

Die sozialistische Karibikinsel Kuba kämpft derzeit mit einer Versorgungskrise. Durch die Blockade der USA kommt es aufgrund von Treibstoffmangel immer wieder zu Stromausfällen. Hinzu kommen die Folgen von Naturkatastrophen und die Nachwirkungen der Corona-Pandemie. Dies stellt die Regierung vor die Aufgabe, die Versorgung der Bevölkerung zu sichern, die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus zu erhalten und gleichzeitig die Wirtschaft neu aufzustellen, damit die Produktivkräfte entwickelt werden können.

# unsere zeit

## Grauen ohne Ende

Bilanz nach 160 Tagen Gaza-Krieg veröffentlicht – Deutschland unterstützt Völkermord weiter



Foto: Palestine Red Crescent Society

In Palästina stehen die Mitarbeiter des Roten Halbmonds totaler Zerstörung gegenüber – lindern können sie das Leid auch wegen fehlender Hilfslieferungen nicht.

Wieder hat Israel gezielt das Al-Schifa-Krankenhaus in Gaza-Stadt angegriffen, wieder erfolgte der Beschuss aus Panzern und Flugzeugen, wieder gab es Dutzende Tote und Verletzte zu beklagen. Augenzeugen berichten von willkürlich Festgenommenen, darunter Ärzte und medizinisches Personal, von Sanitätern, die sich im Kugelhagel Verletzten nicht nähern konnten. Das, was die israelische Armee als „präzise Operation“ bezeichnete, mit der sie führende Köpfe der Hamas ausschalten wollte, war ein weiterer Schlag, der „auf die Zerstörung des Gesundheitswesens im Gazastreifen abzielt“; wie das palästinensische Gesundheitswesen mitteilte. Im Al-Schifa-Krankenhaus werden

zur Zeit 3.000 Patienten behandelt, rund 30.000 Inlandsvertriebene haben dort zusätzlich Schutz gesucht. Sie alle wurden von der Armee aufgefordert, die Klinik und anliegende Stadtviertel zu evakuieren und Richtung Westen zu fliehen. Dort liegt nach ungefähr einem Kilometer das Mittelmeer.

Der erneute Angriff auf das Al-Schifa-Krankenhaus ist nur ein weiterer trauriger Höhepunkt des Völkermords in Gaza: Mehr als 40.000 Tote, davon 36.330 Zivilpersonen, 14.861 Kinder, 9.273 Frauen bilanziert der „Euro-Med Human Rights Monitor“ nach 160 Tagen Krieg gegen Gaza. 74.400 Verletzte, zwei Millionen Vertriebene, 112.000 völlig zerstörte, 256.100 stark beschä-

digte Wohngebäude, 2.131 zerstörte Betriebe, 634 zerstörte Moscheen, drei zerstörte Kirchen, 200 zerstörte Stätten des Kulturerbes, 175 zerstörte oder stark beschädigte Medienbüros und 134 bei ihrer Berufsausübung getötete Journalisten. Die Liste ist zu lang, um sie hier komplett wiedergeben zu können.

Zudem steht eine Hungersnot in Gaza unmittelbar bevor. Im Norden werde diese nach einem am Montag von Integrated Food Security Phase Classification (IPC) veröffentlichten Bericht zwischen Mitte März und Mai eintreten, schon jetzt ist nach dem Bericht die Hälfte der Bevölkerung (rund 1,1 Millionen Menschen) in schlimmster Notlage. Praktisch alle Haushal-

te verzichten täglich auf Mahlzeiten, Erwachsene reduzieren ihren Lebensmittelkonsum zugunsten der Kinder. Schuld daran ist die ausbleibende humanitäre Hilfe. Die jetzt eingerichtete Luftbrücke, an der sich auch Deutschland beteiligt, kann den Bedarf nicht decken. Die Ladung eines Transportflugzeuges ersetzt noch nicht einmal die eines einzelnen Lkw. Zudem werden die Nahrungsmittel nicht mehr verteilt. Der Abwurf aus der Luft begünstigt damit eine ungerechte Verteilung.

„Vor dem Krieg war der Gazastreifen das größte Gefängnis unter freiem Himmel, heute ist er der größte Friedhof unter freiem Himmel“; stellte am Montag dieser Woche selbst der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell folgerichtig fest. Und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) behauptete in Jerusalem: „Wir können nicht zusehen, wie Palästinenser den Hungertod riskieren.“ Ein Ende der Waffentlieferungen an Israel kündigte er allerdings nicht an. Stattdessen betonte Scholz beim Presstetermin mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, Israel habe das Recht, „sich gegen den Terror der Hamas zu verteidigen.“ Eine Erklärung dazu, wie Völkermord eine Verteidigung sein kann, blieb Scholz schuldig. Stattdessen bat er Netanjahu darum, „seine Strategie im Gazastreifen zu überdenken“.

Viel mehr als leise Bitten zur Mäßigung hat Israel nicht zu befürchten. Am Montag lehnten die Außenminister mehrerer EU-Staaten den Vorschlag Irlands und Spaniens ab, das Assoziierungsabkommen mit Israel auszusetzen. Schließlich, so die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne), brauche man „Gesprächskanäle rund um die Uhr, damit wir endlich zu dieser so dringenden humanitären Feuerpause kommen“. Den Völkermord Israels nicht mehr aktiv zu unterstützen wäre ja auch zu einfach.

Melina Deymann

Siehe Seite 7

## Demokratie verstanden

Olaf Scholz hat es oft getan. Er tat es für die Mussolini-Verherrlerin Giorgia Meloni, für das Land Baden-Württemberg zum 70. und für die Drogerieketten dm zum 50. Geburtstag. Sogar für die Queen hat er es getan – wenige Monate später war sie tot. Doch bei den russischen Präsidentschaftswahlen war dann Schluss mit lustig. „Der Bundeskanzler hat nicht gratuliert“; durfte die stellvertretende Regierungssprecherin bekanntgeben, um des Kanzlers kalte Schulter in die Welt zu tragen.

Zugleich schlug die Stunde der Sprachkünstlerin Annalena Baerbock: „Die Wahl in Russland war eine Wahl ohne Wahl.“ Im Wahlvorgang zeige sich „das ruchlose Vorgehen Putins gegenüber seinem eigenen Volk“. So etwas kann einem Vorzeigedemokraten wie Wladimir Selenski nicht passieren. Der ukrainische Präsident hatte die Präsidentschaftswahlen im eigenen Land gleich ganz abgeblasen. Nun warf er Putin vor, „eine weitere Wahl simuliert“ zu haben. Sein russischer Amtskollege würde alles tun, „um lebenslang zu regieren“.

Die deutschen Zeitungen hatten auch eigene Interpretationen des Wahlakts zu bieten. Die „Frankfurter Rundschau“ wusste schon Ende letzten Jahres, dass es sich um ein „Referendum für den Kriegskurs des Kremlchefs“ handeln würde. Weder hierzulande noch in der Ukraine wurde bislang über den Kriegskurs abgestimmt. Ein Referendum? Das wollen wir auch!

Bleibt noch die Riege derer, die das Ergebnis schon vor der Wahl kannten, die die Medienmacht der herrschenden Klasse geißelten und vorhersagten, dass nach der Wahl alles anders werde als versprochen. „Willkommen in der bürgerlichen Demokratie!“, möchte man ihnen zurufen. Bald wird das EU-Parlament gewählt, ein Vorgang, der mit „Pseudowahl“ wohlwollend umschrieben ist. Denn im Gegensatz zum russischen Präsidenten hat dieses Parlament nicht viel zu sagen – von Wahlversprechen, Medienvielfalt und Meinungsfreiheit ganz zu schweigen. Um ihre Legitimation müssen die Wahlen im Westen Europas trotzdem nicht fürchten. Schließlich wird der deutsche Kanzler am Ende gratulieren.

VC

Siehe Seite 6

## Im Kriegswillen geeint

Im Wahlkampf getrennt: Koalition streitet über Feldzug gegen Russland

Im NATO-Krieg gegen Russland zeichnet sich ein Scheitern des Militärpakts

und damit seiner Vormacht, der USA, ab. Die Folgen wären weiterreichend als beim Desaster des 20-jährigen Feldzugs in Afghanistan – der Niedergang ist offensichtlich. Das erhöht in den Hauptstädten der Allianz die Neigung zu unverantwortlicher Rhetorik, offenbar auch die zu abenteuerlichen, einen Weltkrieg riskierenden Handlungen. Starke politische Kräfte, die der Kriegstreiberei in den Arm fallen könnten, sind in den Parlamenten nicht sichtbar. Hier und da gibt es verhaltene Bemühungen, dem Kriegsrausch etwas Nüchternheit entgegenzusetzen, zumal bei den Wahlen zum EU-Parlament mit Friedensparolen Stimmen gesammelt werden können.

Das gilt auch für die Bundesrepublik, wo nach Umfragen an die 60 Prozent der Bevölkerung gegen die Lieferung weitreichender Waffen an Kiew sind (Mehrheiten dafür finden sich nur bei den Wählern von Grünen und FDP). Am 14. März hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich in der Bundestagsdebatte über eine Lieferung von

Taurus-Marschflugkörpern gefragt: „Ist es nicht an der Zeit, dass wir nicht nur darüber reden, wie man einen Krieg führt, sondern auch darüber nachdenken, wie man einen Krieg einfrieren und später auch beenden kann?“ Das Wort „einfrieren“ reichte, um einen Wutschrei bei allen auszulösen, denen die gigantische deutsche Militär- und Finanzhilfe, die Mützenich ausdrücklich unterstützt, nicht reicht. In SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, in CDU und CSU gibt es genügend lautstarke Rufer nach Waffen, die Ziele im russischen Hinterland oder sogar in Moskau erreichen können.

Am Dienstag hatten sich die Gemüter immer noch nicht beruhigt, so dass Kanzler Olaf Scholz (SPD) sich zu Wort meldete. Auf einer Diskussionsveranstaltung der Zeitungen des Dieter-von-Holtzbrinck-Konzerns „Zeit“, „Handelsblatt“, „Tagesspiegel“ und „Wirtschaftswoche“ in Berlin behauptete er: „Die Debatte in Deutschland ist an Lächerlichkeit nicht zu überbieten.“ Er wünsche sich eine Diskussion, „die Beson-

nenheit nicht diskreditiert als etwas, das zögerlich sei“; Scholz wiederholte rituell seine Formel: Deutschland sei einer der größten Unterstützer der Ukraine und er der „Besonnene“. Letzteres liefert die „Grundlage dafür, dass es die notwendige Unterstützung in der Bevölkerung für diese Dinge gibt“. Dem entsprach seine Äußerung zu Mützenich: Das Wort „einfrieren“ nicht in den Mund nehmen, aber sich der Kritik nicht anschließen. Mützenich sei „einer der hervorragenden Unterstützer“ seiner Ukraine-Politik. Er sei sich mit Mützenich und vielen anderen einig, „dass wir ein klares Signal an den russischen Präsidenten senden“ – das Signal, dass die Ukraine so lange unterstützt werde wie nötig.

Anders „Kriegstüchtigkeit“-Minister Boris Pistorius (SPD) am selben Tag im „Deutschlandfunk“: „Ich hätte mir jetzt das Wort ‚Einfrieren‘ nicht zu eigen gemacht, weil das Wort ‚Einfrieren‘ signalisiert, man könne einen solchen Krieg einfach so einfrieren und dann hoffen, dass es besser wird.“ Und weiter: „Wir

wissen aus der Geschichte und der Erfahrung mit Putin, dass das niemals so sein wird.“ Während die SPD es so mit einer Doppelstrategie versucht, setzen die Kriegshetzer weiter auf Zustimmung für einen Siegfrieden. Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) schrieb zum Beispiel auf X: „Heute vor zehn Jahren hat Wladimir Putin die Krim annektiert. Wer glaubt, seinen Krieg gegen die Ukraine einfrieren zu können, der sollte in die Geschichte schauen.“

Der Gemeintete nahm am Dienstag im Interview mit der „Neuen Westfälischen“ nichts zurück. Nach Mützenichs Ansicht müsse China, das mit seiner „Seidenstraßeninitiative“ wirtschaftliche Interessen in der Ukraine habe, zu einer aktiveren Rolle bewegt werden: „Diese Debatten muss Politik doch führen, anstatt nur darüber zu reden, wo die Schrauben beim Taurus sitzen.“

Im Wahlkampf wird getrennt marschiert, der Russe aber soll gemeinsam geschlagen werden – bedingungslos.

Arnold Schölzel



## Einigung mit Ford-Zulieferern

Die IG Metall hat mit den Zulieferern von Ford Saarlouis Sozialtarifverträge abgeschlossen. Zuvor hatten rund 500 Beschäftigte bei Ford-Zulieferern gestreikt. Hintergrund ist, dass Ford im November 2025 seine Produktion in Saarlouis einstellt. Für die Ford-Beschäftigten wurde bereits ein Sozialtarifvertrag ausgehandelt (UZ vom 8. März).

Die IG Metall Völklingen teilte mit, die Zulieferunternehmen seien nicht gewillt, Arbeitsplätze zu erhalten und Ersatzprodukte in Saarlouis anzusiedeln. Der Sozialtarifvertrag sei die „zweitbeste Lösung“. Die Beschäftigten erhielten dadurch „erhebliche Abfindungszahlungen“ sowie „Klarheit und Sicherheit für die verbleibende Zeit bis zum Auslaufen der Ford-Focus-Produktion“. Die Zustimmung zum ausgehandelten Ergebnis sei hoch: Sie liege zwischen 100 Prozent bei Lear Corp. und bis zu 77,4 Prozent bei Magna.

## Schlicht und Schlichter

Im Tariffkampf des Bodenpersonals bei der Lufthansa haben der Luftfahrtkonzern und ver.di Schlichter benannt. Lufthansa nominierte den ehemaligen Chef der „Bundesagentur für Arbeit“, Frank-Jürgen Weise, die Gewerkschaft benannte den Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Die Schlichtung soll am 25. März beginnen und spätestens am 28. März enden.

Nach erfolgreichen Warnstreiks hat sich ver.di damit verpflichtet, während der Schlichtung nicht zu streiken, da Friedenspflicht besteht. ver.di hat gleichzeitig eine Urabstimmung eingeleitet, damit, sollte die Schlichtung scheitern, der Weg frei ist für einen Arbeitskampf. Das sei die „letzte Chance, um einen Erzwingungsstreik zu verhindern“, sagte ver.di-Verhandlungsführer Marvin Reschinsky.

## 17 Prozent weniger

Rund drei Millionen Beschäftigten des sozialen Bereichs bekommen laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) durchschnittlich 17 Prozent weniger Lohn als andere Lohnabhängige. Zudem seien wechselnde Arbeitszeiten, hohe Fluktuation und Teilzeit weiter verbreitet als in anderen Branchen – trotz extremen Personalmangels.

Das betrifft Berufe in der Kinderbetreuung und -erziehung, der Altenpflege, der Gesundheits- und Krankenpflege oder der Sozialarbeit und Sonderpädagogik. Laut Studie sind rund 80 Prozent der Beschäftigten in der sozialen Arbeit Frauen. Die beschäftigungspolitische Bedeutung dieser Branche sei „enorm“, heißt es in der Studie. Der IAB vergleicht sie mit der Automobilindustrie, die „nur“ 800.000 Menschen beschäftigt.

## EU-Lieferkettengesetz

Nach wochenlangen Debatten hat eine Mehrheit der EU-Staaten für ein Lieferkettengesetz gestimmt. Das Europäische Parlament muss der Vorlage nun ebenso zustimmen. Das Lieferkettengesetz soll Unternehmen in der EU dazu bringen, „Menschenrechts- und Umweltstandards“ in ihren Lieferketten einzuhalten. Immer wieder gibt es Berichte von Kinderarbeit etwa in der Textilindustrie oder bei der Kakaoproduktion.

Der nun abgestimmte Entwurf sieht vor, dass das Lieferkettengesetz für Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten und einem jährlichen Umsatz von mehr als 450 Millionen Euro gelten soll. Die Möglichkeit einer zivilrechtlichen Haftung wurde abgeschwächt.

Deutschland hat dem Gesetz nicht zugestimmt.

# Musk zieht durch

## Tesla Grünheide: Konzern hält an Werksausbau fest, Belegschaft wählt Betriebsrat

Tesla-Chef Elon Musk machte sich nach „dem Anschlag auf die Stromversorgung“ der Autofabrik im brandenburgischen Grünheide „persönlich ein Bild von der Lage“ – so oder so ähnlich berichteten deutsche Medien in der vergangenen Woche. Bei seinem „Überraschungsbesuch“ trug Musk seinen Sohn auf den Schultern und wurde laut „Business Insider“ von der Belegschaft „mit Jubel und ‚Elon-Rufen begrüßt“.

Es gab einige Themen, die den Tesla-Chef zu einem Besuch in Brandenburg bewegten. Da wäre zum einen der Protest gegen die Erweiterung seiner „Gigafactory“ in Grünheide. In einer Befragung hatte sich eine klare Mehrheit der Anwohnerinnen und Anwohner dagegen ausgesprochen. Kein Grund für Tesla, nicht trotzdem den Ausbau zu planen. Tesla habe „die Pläne für die Erweiterung seines Werkgeländes überdacht“, meldete „rbb24“ Ende letzter Woche. Der Autokonzern

wolle nun 47 statt 100 Hektar Wald roden. Auch die Politik ist damit zufrieden: Arne Christiani, Bürgermeister von Grünheide, kündigte bereits einen neuen Bebauungsplan an, für den er Unterstützung forderte. Die Pläne des US-Elektroautoherstellers seien auf „ein geringes Maß reduziert“ worden, so Christiani. Seit Donnerstag (nach Redaktionsschluss) sollte der Bebauungsplan öffentlich ausliegen, dann sollen Gemeindevertreter darüber abstimmen.

Dass das Votum der Bürgerbefragung ignoriert werden würde, war absehbar. Aktivisten hatten deshalb frühzeitig ein Protestcamp im an das Tesla-Werk angrenzenden Wald aufgeschlagen. Zu Redaktionsschluss war noch nicht bekannt, ob das Verwaltungsgericht in Potsdam eine Entfernung der Baumhäuser anordnet oder die Aktion fortgesetzt werden darf. Einer, der die Entscheidung kaum abwarten konnte, ist Brandenburgs Innenminister Micha-

el Stübgen (CDU). Er hatte Tage zuvor bereits angekündigt, dass Verstöße gegen Auflagen eine Räumung des Camps nach sich ziehen könnten.

Ein wesentlicher Grund für Tesla-Chef Elon Musk, Grünheide heimzusuchen, dürfte allerdings die in dieser Woche stattfindende Betriebsratswahl in der Autofabrik mit rund 12.500 Beschäftigten gewesen sein. Neun Listen mit 234 Kandidatinnen und Kandidaten traten zur Wahl an. Schon im Vorfeld gab es auch hier gerichtliche Auseinandersetzungen. Nach einem Produktionsstopp aufgrund von Lieferengpässen versuchte das Management, die Betriebsratswahl schnell durchzuführen, die IG Metall versuchte letztendlich erfolglos, eine Wahl unter „unötig hohem Zeitdruck“ zu verhindern.

Für die Liste „IG Metall – Tesla Workers GFBB“ kandidieren 106 Beschäftigte. Die bisherige Betriebsratsmehrheit agiert Management-hörig. Anders die IG Metall, die zwar für

einen Ausbau des Werks ist, die Arbeitsbedingungen in Grünheide jedoch scharf kritisiert: „Die aktuellen Produktionsbedingungen sind unzumutbar“, so eine Betriebsratskandidatin der IG-Metall-Liste. „Und deshalb brauchen wir längere Taktzeiten. Wir brauchen angemessene Bandpausen. Und zusätzlich muss die Unterbesetzung aufhören.“

Ein anderer Kandidat der Liste wird von der IG Metall mit den Worten zitiert: „Ich bin vor drei Jahren zur Gigafactory gekommen. Ich hatte Bock. Ich hatte richtig Lust, etwas zu verändern. Nach drei Jahren bin ich erschöpft.“ Die Äußerungen der Kolleginnen und Kollegen, die für die IG-Metall-Liste kandidieren, wurden ohne Nennung von Namen veröffentlicht. Und das mit gutem Grund: Tesla ist als Unternehmen bekannt, das mit Union-Busting-Methoden gegen engagierte Gewerkschafter vorgeht.

Lars Mörking

Foto: Tesla © 2023



Mitten im Wald: Das Fabrikgelände von Tesla in Brandenburg liegt in einem Wasserschutzgebiet.

# Erfolgreiche Zermürbung

## Arbeitsgerichtsprozess um Altenpfleger endet mit einem Vergleich

Am 14. Februar endete ein Prozessmarathon vor dem Arbeitsgericht in Dortmund mit einem Vergleich. Der 54-jährige Altenpfleger und stellvertretende Betriebsratsvorsitzende R. M. erhält eine Abfindung in Höhe von 97.500 Euro zuzüglich ausstehender Prämien. Dazu kommt die Differenz zwischen seinem ursprünglichen Gehalt und dem seit Januar 2023 bezogenem Arbeitslosengeld beziehungsweise der Vergütung in seiner Tätigkeit als Altenpfleger in einem anderen Betrieb, die er zwischenzeitlich ausgeübt hatte.

Vor zwei Jahren teilte die Leitung des AWO-Seniorenzentrums Marl dem Kollegen unerwartet mit, dass er vor dem Hintergrund von insgesamt sechs Beschwerden von Bewohnern beziehungsweise Bewohnerinnen fristlos gekündigt werden sollte (UZ vom 20. Oktober 2023). In einer ganzen Reihe von Verfahren hatten sich die Vorwürfe gegen ihn allerdings als haltlos erwiesen. Ein Strafmittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Essen gegen R. M. war mit Zustimmung des zuständigen Amtsgerichtes eingestellt worden, die Bezirksregierung Münster sah von einem Berufsverbot gegen ihn ab. Und auch die Heimaufsicht des Kreises Recklinghausen nahm ein von ihr ausgesprochenes Betretungsverbot für das AWO-Seniorenzentrum Marl wieder zurück. Das Landesarbeitsgericht Hamm sprach dem Altenpfleger, obwohl er von seiner Tätigkeit freigestellt worden war, seine Vergütung als Altenpfleger wieder zu.

Eine weitere Auseinandersetzung wird ungeklärt bleiben, bei der dem Arbeitgeber von Beobachtern kaum Chancen eingeräumt wurden: Der AWO-Bezirk Westliches Westfalen e. V.

hatte schon vor mehr als einem Jahr mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen den Rücknahmebescheid des Kreises Recklinghausen angefochten, ein Verhandlungstermin stand bis zur Arbeitsgerichtsverhandlung in Dortmund noch nicht fest.

Vor mehr als einem Jahr, im Februar 2023, beschloss das Arbeitsgericht in Dortmund, dass der Betriebsrat zu Recht seine Zustimmung zur Kündigung des Altenpflegers verweigert hatte. Allerdings hob das Landesarbeitsgericht Hamm bei einer Revisionsverhandlung den positiven Beschluss des Arbeitsgerichtes Dortmund auf und verwies diesen an das Gericht in Dortmund zurück – nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern aufgrund eines nicht beherrschbaren Verfahrensfehlers bei der schriftlichen Urteilsverkündung.

Detlev Beyer-Peters, selbst ehemaliger jahrzehntelanger Betriebsrat auf unterschiedlichen Ebenen des AWO-Konzerns Westliches Westfalen e. V. und Sprecher der Initiative „Solidarisches Recklinghausen“, schätzte vor Beginn des Prozesses die Chancen für den Betriebsrat und den Altenpfleger sehr optimistisch ein: „Immerhin sind alle bisherigen Entscheidungen der Arbeitsgerichte und der Behörden zugunsten des Altenpflegers ausgefallen.“ Allerdings wies er auch auf die Vielfalt und die enorm lange Dauer der Verfahren hin, die leider alle zu Lasten des Kollegen gehen. Die Auseinandersetzung vor Gericht hätte sich ohne Vergleich wohl noch über ein Jahr hingezogen. Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, dass R. M. sich darauf eingelassen hat.

Dessen ungeachtet ist zu bedauern, dass durch diesen Vergleich eine inhaltliche Wertung der Kündigung ausbleiben wird. Für die Initiative „Solidarisches Recklinghausen“ und das Recklinghäuser Pflegebündnis ist klar, dass die Kündigung eines aktiven Betriebsrates und Gewerkschafters eine politische Dimension hat. Der Arbeitgeber setzte sofort und ausschließlich auf eine Kündigung und wies Vorschläge des AWO-Heim-Betriebsrats ab, die einen gangbaren Weg für alle Beteiligten aufgezeigt hätten.

Detlev Beyer-Peters sagte: „Der AWO-Geschäftsleitung scheint kein Preis zu hoch zu sein für die Kündigung eines konsequenten Betriebsrates. Allein der Betrag für die Abfindung, der Verlust eines erfahrenen und examinierten Pflegers zu Zeiten eines dramatischen Fachkräftemangels sowie die erheblichen Kosten der Verfahren und der Freistellung des Kollegen schlagen enorm zu Buche und fehlen in der Pflege.“ Beschäftigte aus AWO-Seniorenheimen berichten immer wieder von eklatantem Mangel an Personal und notwendigen Arbeitsmaterialien.

Der kapitalistische Konkurrenzdruck der Heimbetreiber, bedingt durch die Kommerzialisierung der Pflege, führt zu solchen Mängeln zu Lasten der Bewohner und der Beschäftigten. Wenn sich dann Widerstand in den Heimen regt, wenn konsequente Betriebsräte die Interessen der Kolleginnen und Kollegen gegenüber den Arbeitgebern vertreten, führt das zu Kündigungsschutzklagen vor den Arbeitsgerichten. Wie vermutlich auch in diesem Fall.

Werner Sarbok

Foto: Werner Sarbok



Der gekündigte Altenpfleger wurde bei seinen Prozessen von Kolleginnen und Kollegen aus Betrieb und Initiativen solidarisch begleitet – hier im Oktober 2023 am Landesarbeitsgericht Hamm.





Foto: IG Metall

## Besser mit Tarif

ver.di einigt sich mit Paritätischer Tarifgemeinschaft in NRW auf Tarifvertrag

Anfang 2023 legte die Paritätische Tarifgemeinschaft (PTG) NRW ver.di einen komplett neuen Entwurf für einen Tarifvertrag in Nordrhein-Westfalen zur Verhandlung vor. In diesem beschrieb die PTG Arbeitsbedingungen, Entgelttabellen und eine Entgeltordnung für die Bereiche Pflege, Tagesbetreuung, Soziales, Eingliederungshilfe, Werkstatt, Allgemeiner Dienst, Wirtschaftsdienst, Rettungsdienst, Bildung und Frühförderung.

ver.di hat sich darauf eingelassen, auf Grundlage des PTG-Entwurfs Verhandlungen aufzunehmen, und das, obwohl nur wenige der 9.000 Beschäftigten in 61 Betrieben der Parität Gewerkschaftsmitglied sind. Verhandlungen auf Initiative des „Arbeitgebers“ hin aufzunehmen ist ungewöhnlich. Im Normalfall sind es Gewerkschaftsmitglieder, die in nicht tarifgebundenen Betrieben arbeiten, die bei ver.di anfragen, ob eine Möglichkeit besteht, einen Tarifvertrag durchzusetzen. Dann schaut ver.di: Wie viele Mitglieder haben wir in dem Betrieb? Reicht die Zahl, um Druck zu machen, um beispielsweise mithilfe von Streiks Verhandlungen zu erzwingen? Ist das der Fall, wird eine Tarifkommission gebildet.

ver.di meldete sich in diesem Fall bei den Mitgliedern, die bei paritätischen Betrieben arbeiten und einen Betriebsrat haben. So bin ich in die Tarifkommission gekommen.

Da die Paritätische Tarifgemeinschaft ähnliche Entwürfe ver.di auch in anderen Bundesländer vorlegte und es in einigen Bundesländern einen Tarifvertrag mit der Parität gibt, wurden die Arbeitsbedingungen bundesweit in einem Manteltarifvertrag verhandelt. Der Bundesmanteltarifvertrag für die Beschäftigten bei Mitgliedern der Paritätischen Tarifgemeinschaft PTG (M-TV Parität Bund) wurde im Februar 2024 geeint und durchläuft gerade noch die Stellen für alle Unterschriften auf Seiten der Parität und bei ver.di.

Der M-TV Parität Bund wirkt rückwirkend ab 1. Januar 2024. Im Manteltarifvertrag ist eine 39-Stunden-Woche mit Öffnung nach unten vereinbart. Zudem sind – wie im Öffentlichen Dienst (TVöD) – Stufen nach Jahren enthalten sowie eine Jahressonderzahlung im November von 85 Prozent eines Monatslohns, 30 Tage Urlaub, Zusatzurlaub bei Schicht-, Wechsel- und Nachtschicht und vieles mehr.

Die Einigung über die Entgeltordnung für NRW erfolgte im Februar. Sie muss von beiden Seiten noch unterzeichnet werden. Diese soll rückwirkend zum 1. März 2024 in Kraft treten. Das Ziel war, einen Abschluss auf TVöD-Niveau zu erreichen, was weitgehend gelang. Es war ein großes Stück Arbeit, die Eingruppierungsmerkmale in allen Bereichen zu vereinheitlichen. Noch schwieriger war die Regelung der Höhe der Gehälter in den Tabellen. Es wurden fünf Tabellen vereinbart für Pflege, Soziales, Allgemeines, Rettung und Bildung. Durch diese Einigung werden die Kolleginnen und Kollegen in den meisten Fällen eine deutliche Gehaltserhöhung bekommen.

Nicht erreicht werden konnte eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Was aber durchgesetzt wurde, ist ein weiterer freier Tag. Dazu kommt ein weiterer freier Tag für ver.di-Mitglieder. Darüber hinaus gibt es einen Tarifvertrag für Auszubildende, der sich sehen lassen kann. Der Tarifvertrag läuft bis zum 31. Mai 2025 und kann drei Monate vorher gekündigt werden.

Zum Ende der Verhandlungen sind mehrere Betriebe aus der PTG ausgetreten. Sie werden den Tarifvertrag nicht umsetzen. Als Hauptgrund geben sie an, dass die Finanzierung der Gehälter von der Refinanzierung durch Bund, Land und Kommunen abhängt. Tatsächlich werden die Verhandlungen um die Refinanzierung immer schwieriger, da in den sozialen Bereichen gekürzt wird und immer weniger Leistungen bewilligt werden. Heike Warschun

Die IG Metall spricht inzwischen vom **längsten Streik in ihrer Geschichte**: Seit über 130 Tagen sind die Beschäftigten der Schrott- und Recycling-Firma SRW metalfloat in Espenhain im Streik. Die Gründe dafür sind leicht nachzuvollziehen: schlechte Arbeitsbedingungen und schlechte Bezahlung.

Derzeit sind es laut Gewerkschaft weniger als 2.000 Euro brutto im Monat, die die Beschäftigten von SRW metalfloat nach Hause bringen. Dafür sortieren sie Metallschrott im Dreischichtbetrieb. In den Blechcontainern, in denen sie arbeiten müssen, wird es im Sommer über 40 Grad heiß und im Winter ist es so kalt wie draußen.

Lohnerhöhungen habe es in den vergangenen Jahren kaum gegeben, so die IG Metall. Viel sei versprochen worden, gekommen ist nichts. Deshalb fordern die Streikenden einen Tarifvertrag: 8 Prozent mehr Geld, jeweils 1.500 Euro Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit von 40 auf 38 Stunden. UZ

## Verluste nicht ausgeglichen

Tarifergebnis für TV-Hessen: Mehr Organisation nötig

Die Organisation der hessischen Landesbeschäftigten in ver.di und GEW hat trotz stärkerer Einbeziehung der Belegschaften nicht ausgereicht, um die Landesregierung zu zwingen, den Reallohnverlust der vergangenen Jahre auszugleichen. Das ist das Ergebnis der Tarifeinigung für den neuen Tarifvertrag Hessen (TV-H) in der letzten Woche, dem hessischen Pendant zum Tarifvertrag der Länder (TV-L). Hessen war 2004 aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgeschieden, seitdem werden die Tarifverhandlungen für die rund 55.000 Landesbeschäftigten aus der Forstwirtschaft, in Schulen, Krankenhäusern und vielen anderen Bereichen gesondert geführt. Im aktuellen Fall liegen die Ergebnisse in Hessen sehr nah am Abschluss des TV-L im letzten Jahr.

Gefordert waren 10,5 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 500 Euro als Sockelbetrag, ein Tarifvertrag für die studentischen Hilfskräfte und eine Eindämmung des Befristungsunwesens an den Hochschulen. Herausgekommen sind ein Sockelbetrag von 200 Euro im Februar 2025 und 5,5 Prozent mehr Lohn ab August 2025, am Ende aber mindestens 340 Euro. Vereinbart wurde eine Inflationsausgleichszahlung von insgesamt 3.000 Euro, die in drei gleichen Teilen voraussichtlich im April oder Mai, im Juli und im November ausgezahlt wird. Azubis erhalten davon jedoch nur die Hälfte und ihre Ausbildungsvergütung wird lediglich um 150 Euro erhöht. Für studentische Beschäftigte sollen die Mindestentgelte pro Stunde zunächst 13,46 Euro betragen, ab 2025 dann 14,20 Euro. Die Mindestbeschäftigungsdauer ist das erste Mal rechtskräftig auf zwölf Monate festgelegt worden. Die Jahressonderzahlung steigt je nach Entgeltgruppe von knapp 55 auf 60 Prozent beziehungsweise von rund 82 auf 90 Prozent eines Monatsgehalts. An den Hochschulen sollen bis 2030 400 unbefristete Stellen eingerichtet werden. Die Beschäftigten erhalten weiterhin ein Landesticket und die Ergebnisse sollen zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Die Laufzeit beträgt 24 Monate bis zum 31. Januar 2026.

Die lange Laufzeit und die späten und niedrigen Erhöhungen sind der Grund, warum der Abschluss die Reallohnverluste der Beschäftigten aus den letzten Jahren nicht auffängt. Die 3.000 Euro sind eine Einmalzahlung, die über

kurz oder lang durch die dauerhaft hohen Preise aufgeessen werden wird. Für studentische Beschäftigte bleibt die Bezahlung schlecht, wenn auch etwas weniger schlecht als nach TV-L. Ein Erfolg der studentischen Hilfskräfte, die sich an vielen Hochschulen gemeinsam mit der Gewerkschaft erfolgreich organisierten, ist die erkämpfte Mindestbeschäftigung von zehn Stunden pro Woche. Ein Durchbruch sind die festgeschriebenen 400 Dauerstellen an den Hochschulen – viel zu wenig und auf einen viel zu langen Zeitraum, aber bundesweit einmalig und daher mit Signalwirkung. Ein Tarifvertrag für die studentischen Hilfskräfte konnte nicht erreicht werden, aber die Regelungen sind verbindlich in einer schuldrechtlichen Vereinbarung festgehalten, ein erster Schritt in Richtung eines Tarifvertrags. Gerade in den Hochschulen wird es darauf ankommen, die neuen Regelungen auch durchzusetzen. Die

Voraussetzungen dafür haben sich durch die ersten guten Ansätze zur Organisation der studentischen Hilfskräfte etwas verbessert.

Insgesamt haben sowohl im TV-L als auch im TV-H die Landesregierungen gezeigt, dass sie das Kapital unterstützen und auf Kosten der Beschäftigten sparen wollen. Die Gewerkschaften haben die Kolleginnen und Kollegen mit Tarifbotschaftern und Befragungen stärker einbezogen, allerdings reichten diese Schritte nicht aus, um mehr durchzusetzen. Aktive gewerkschaftliche Betriebsgruppen, arbeitende Vertrauensleutestrukturen und ehrenamtliche Gremien, die real etwas entscheiden, haben Seltenheitswert. Das zu ändern, ist die Voraussetzung, um in Zukunft mehr als zwei, drei Warnstreiktage erfolgreich zu bestreiten und Druck auf die Regierungen aufbauen zu können.

Jan Meier

### „Aktivieren, Bilden, Organisieren“

Erklärung der DKP & SDAJ Hessen zur Tarifeinigung  
Der Abschluss spiegelt die Kräfteverhältnisse in Hessen wider. Durch die lange Laufzeit des neuen Tarifvertrags und weil die Ausgleichszahlung nicht tabellewirksam ist, werden die Menschen weniger Geld in der Tasche haben. Die gestiegenen Preise fressen die Erhöhungen auf. Die lange Laufzeit nimmt den Beschäftigten die Möglichkeit, schnell auf Krisen, Inflation oder auf Angriffe der „Arbeitgeber“seite zu reagieren. Die lange Friedenspflicht entpolitisiert und verrechtlicht Auseinandersetzungen, dabei ist gerade im Öffentlichen Dienst der politische Druck der Öffentlichkeit entscheidend für die Gewerkschaft, um zu siegen. Auch die Organisation und Mitgliedererwerb außerhalb von Tarifrunden ist deutlich schwieriger.

Die Landesregierung hat gemauert. Sie wollte am liebsten gar keine Verbesserungen zulassen. Jeder Euro mehr Lohn und jede entfristete Stelle sind kleine Siege der Kolleginnen und Kollegen und ihrer Gewerkschaften, auch wenn diese Siege noch zu klein sind. Die Landesregierung handelt gemäß ihrer Rolle im Sinne des Kapitals. Sie bekennt sich zum Rüstungsstandort Hessen und unterstützt die Aufrüstung. Sie baut Autobahnen dort, wo Unternehmen sie zum Transport ihrer Waren brauchen, sie will Start-ups fördern und in Unternehmen investieren, um Hessen wettbewerbsfähig zu machen. Die arbeitenden Menschen, die den Reichtum unseres Bundeslandes schaffen, sollen dafür zahlen. Gegen diese Entwicklung hilft nur unser gemeinsamer Widerstand. Der muss jetzt organisiert werden. Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen, die in den Warnstreiks auf der Straße waren. Wir sprechen den Gewerkschaften für die kommenden Auseinandersetzungen unsere Solidarität aus. Wir versprechen: Wir werden nach unseren Kräften jeden Schritt unterstützen, der zur Aktivierung von mehr Kolleginnen und Kollegen führt. Dazu braucht es auch Bildungsarbeit. Denn nur wer versteht, dass die Milliarden im Taunus und die Kinderarmut in Offenbach nur die beiden Seiten der gleichen kapitalistischen Medaille sind, dass die Milliarden Steuergelder, die in Rüstung und Autobahnen fließen, Milliarden sind, die für die öffentliche Daseinsvorsorge fehlen, nur der wird sich wehren. Und es braucht mehr Organisation, mehr gewerkschaftliche Betriebsgruppen, aktive Vertrauensleute und kampfbereite Gewerkschaften, damit wir die Macht haben, Veränderungen gegen dieses System, seine Profiteure und den Staat, der es verwaltet, durchzusetzen.

## Unter Bedingungen

Staat darf Tariftreue zur Auflage machen

„Öffentliche Gelder müssen im Sinne von Gemeinwohl und Guter Arbeit eingesetzt werden.“ Dies fordert der DGB schon seit vielen Jahren. Aus Sicht der Kapitalseite wäre das „ein schwerwiegender Eingriff in den freien Markt“ und damit „sozialistisches Teufelswerk“. Und aus Teilen der Politik hört man, solche Vorgaben seien auf Grund juristischer Bedenken nicht umsetzbar. Ein Gutachten, das in der vergangenen Woche von der renommierten Kanzlei Becker Büttner Held vorgestellt wurde, kommt hier jedoch zu einem anderen Ergebnis: Soziale Vorgaben wie Standortsicherung und Tariftreue als Zugangsvoraussetzung für öffentliche Zuwendungen wie Subventionen oder Steuererleichterungen sind sehr wohl möglich und stehen keineswegs im Widerspruch zum nationalen oder europäischen Recht.

Damit wäre der Weg frei, die von den Unternehmensverbänden eingeforderten öffentlichen Mittel zur Finanzierung der Transformationsprozesse nicht länger, wie bisher praktiziert, im Gießkannenprinzip auszuschütten. Stattdessen könnte die Vergabe an Bedingungen wie Standort- und Beschäftigungsgarantien geknüpft werden. Unternehmen, für die Tarifbindung und Mitbestimmung Fremdwörter sind, könnten so von jeglicher Wirtschaftsförderung ausgeschlossen werden. Dies wäre nicht nur ein staatlicher Beitrag gegen Dumpinglöhne und prekäre Arbeitsbedingungen, sondern auch ein wirksameres Instrument gegen die Rechtsentwicklung im Land als die häufig sinnentleerten Demonstrationen gegen die AfD der vergangenen Wochen.

Auch wirksamen Tariftreue- und Vergabegesetzen auf Bundes- und Län-

derebene stünde nach dem oben genannten Gutachten juristisch nichts mehr im Wege. Es wäre gesetzlich möglich, dass ein Unternehmen nur dann einen öffentlichen Auftrag – und damit Steuergelder – erhält, wenn es tarifgebunden ist oder den maßgeblichen Tarifvertrag in der Branche anwendet. So könnte die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen und beim Einkauf von Leistungen auch die Arbeitsbedingungen bei den beauftragten Unternehmen berücksichtigen, statt nur – wie bisher üblich – das billigste Angebot auszuwählen. Vor dem Hintergrund, dass der deutsche Staat – laut Schätzungen der OECD – jährlich öffentliche Aufträge im Volumen von 300 bis 500 Milliarden Euro vergibt, wäre so ein beträchtlicher Einfluss auf Arbeitsbedingungen und soziale Standards möglich.

Eine Zunahme der Tarifbindung ist auch dringend nötig. Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) arbeiteten 1998 noch 76 Prozent der Beschäftigten im Westen und 63 Prozent der Beschäftigten im Osten im Geltungsbereich eines Tarifvertrags. Heute sind es bundesweit nur noch rund 50 Prozent und nur bei einem Viertel aller Betriebe gilt noch ein Tarifvertrag.

Damit der Staat zukünftig im Interesse der Beschäftigten tatsächlich auch soziale Ziele verfolgt, statt reine Wirtschaftsförderung zu betreiben, wird erheblicher betrieblicher und gesellschaftlicher Druck notwendig sein. Zumindest können sich die politisch Verantwortlichen seit der vergangenen Woche nicht länger hinter juristischen Bedenken verstecken.

Ulf Immelt



## Deutschland angeklagt

Am 8. und 9. April muss sich die Bundesrepublik Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) gegen den Vorwurf der Beihilfe zum Völkermord verteidigen. Nicaragua wirft der BRD die politische, finanzielle und militärische Unterstützung Israels sowie das Streichen von Zuwendungen für das UN-Palästinenserhilfswerk vor, obwohl im Gazastreifen „die anerkannte Gefahr eines Völkermordes am palästinensischen Volk“ bestehe. Deutschland habe gegen die Verpflichtungen der Völkermordkonvention verstoßen. Weitere Anklagepunkte betreffen Verstöße gegen die Genfer Konvention und das humanitäre Völkerrecht.

## Millionen für Rüstungsindustrie

Ein Großteil der Fördergelder, die die Europäische Union (EU) für den Ausbau der „Munitions- und Flugkörperproduktion“ zur Verfügung stellt, fließen an deutsche Chemie- und Rüstungskonzerne. Von den insgesamt vorgesehenen 500 Millionen Euro des Programms ASAP („Act in Support of Ammunition Production“) werden knapp 130 Millionen Euro in Deutschland ausgezahlt. Zu den Profiteuren gehören Rheinmetall, Nitrochemie und Alzchem sowie der „Taurus“-Hersteller MBDA Deutschland GmbH.

## Razzia wegen Palästina-Solidarität

Am vergangenen Mittwoch haben Polizisten die Wohnung einer Frau in Berlin-Tempelhof wegen des Verdachts auf „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ durchsucht. „Der 41-Jährigen wird vorgeworfen, seit Oktober 2023 in vier Fällen über soziale Netzwerke strafbare Inhalte mit Bezug zur Hamas und dem aktuellen Nahost-Konflikt veröffentlicht zu haben, bspw. die Parole ‚From the river to the sea‘. Bei der Durchsuchung wurden drei Handys, zwei Computer sowie eine Festplatte aufgefunden und beschlagnahmt“, hieß es in der gemeinsamen Presseerklärung von Berliner Polizei und Staatsanwaltschaft.

## BSW: Cyberangriff möglich

Der Verein „BSW – Für Vernunft und Gerechtigkeit e. V.“ ist möglicherweise Opfer eines Cyberangriffs geworden. Das gab der Verein in der vergangenen Woche über seinen Newsletter bekannt. Zuvor hatten mehrere große Medien über ein „Datenleck“ bei BSW berichtet, von dem bis zu 35.000 Menschen betroffen seien. Bei den abgeflossenen Daten soll es sich überwiegend um E-Mail-Adressen, aber zum Teil auch um getätigte Spendenbeträge gehandelt haben. Adress- oder Kontoverbindungsdaten und Telefonnummern waren laut Erklärung des Vorstands nicht betroffen. Der Verein wurde nach eigenen Angaben vom Investigativ-Team des „Spiegel“ auf den Vorfall aufmerksam gemacht. Zudem seien auch Spender des Vereins direkt vom „Spiegel“ kontaktiert worden.

## GEW für Protestkultur

Der Landesverband Berlin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat die geplanten Änderungen des Hochschulgesetzes kritisiert. Um vermeintlichen Fällen von Antisemitismus zu begegnen, sollen in Berlin Exmatrikulationen erlaubt werden (siehe UZ vom 15. März). Die GEW fürchtet, dass dies genutzt wird, um „politische Aktivitäten von Studierenden zu behindern und mit dem Generalverdacht von Ordnungsverstößen zu belegen“. Der Gesetzentwurf sei so weitgehend, dass künftig auch Klimaproteste, Proteste für bessere Arbeits- und Studienbedingungen oder gegen Kürzungen im Hochschulbereich vom Ordnungsrecht erfasst würden.

# „Wehrhafte“ Mauschelei

Die großen Parteien wollen ihren Einfluss auf das Bundesverfassungsgericht sichern. Dafür scheint jedes Mittel recht

Das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Demokratie sinkt, die Unzufriedenheit wächst. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Stephan Harbarth, klagte vergangene Woche dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) sein Leid. Als Gründe nannte er „Enttäuschung, Frustration, wirtschaftliche, soziale, kulturelle Sorgen“. Im 75. Jahr des Grundgesetzes fühlen sich die Karlsruher Richter von der Wirklichkeit umzingelt.

Die Redakteurin Kristina Dunz vom RND fand in ihrem Bericht über die von „Demokratiefeinden“ heimgesuchte „oberste Hüterin der Verfassung“ dennoch tröstende Worte. Sie weiß, „es gibt nicht viele Gerichte auf der Welt, die so viel Vertrauen genießen“. So viel Vertrauen, dass die Ampel-Regierung aktuell versucht, das Gericht, das zuweilen eigene Wege geht (siehe Schuldenbremse), für die Zukunft einzuhegen. Die gelegentlichen gemeinsamen Abendessen, zu denen man in Karlsruhe oder Berlin zusammenfindet („Gedankenaustausch und Dialog der Staatsorgane“) sind in ihrer Bindungskraft jeweils nur von kurzer Dauer. Da scheint es auf der Hand zu liegen, endlich an eine Reform des Grundgesetzes (GG) und des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes (BVerfGG) zu gehen.

Wie wird man eigentlich Richter in Karlsruhe? Dazu steht im Grundgesetz nicht viel, in Artikel 94 GG erfährt man nur, dass sie zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat gewählt werden. Von Kandidaturen, öffentlichen Präsentationen, konkurrierenden Bewerbern hat gleichwohl noch niemand gehört. Der Grund dafür liegt in Paragraph 6 BVerfGG. Es entscheidet nämlich in geheimer Sitzung ein nach Parteienproporz besetztes 12-köpfiges Wahlmännergremium. Die küren den oder die Kandidatin, der Bundestag stimmt zu. Das Auswahlmonopol des besagten Gremiums sichert auch die



Wer die rote Robe anziehen darf, bestimmen SPD und CDU. Damit das so bleibt, soll an Gesetzen geschraubt werden.

Erbhöfe der großen Parteien CDU und SPD. Scheidet ein Verfassungsrichter vorzeitig aus, fährt sein Nachfolger auf dem gleichen Parteiticket ins Amt.

Das eingespielte System zur Sicherung der richterlichen „Unabhängigkeit“ soll nun für alle Zukunft abgedichtet werden. Seit November letzten Jahres grassiert vor allem in der CDU- und SPD-Bundestagsfraktion die Angst, es könnte eine Situation auftreten, in der man seine gekürten

Richter nicht mehr durchs Parlament bringt. Dies wäre immer dann der Fall, wenn weniger als zwei Drittel der Abgeordneten für den Favoriten stimmen. Aufgrund der sich verschärfenden Krise könnten immer mehr Bürger auf die Idee kommen, keiner der etablierten Parteien ihre Stimme zu geben. Die Justizministerkonferenz, der Konvent zur Abstimmung neuer Gesetzesvorhaben auf der Bundesebene, hatte schon Ende 2023 die Ausarbeitung eines Gesetzes

in Auftrag gegeben, das die feindliche Übernahme des Monopols zur Richterauswahl verhindern soll. Gleichzeitig soll die zwölfjährige Amtszeit der Karlsruher Richter unverbrüchlich abgesichert werden.

Das Projekt läuft unter dem Arbeitstitel „Vorschläge Resilienz BVerfG“, geleitet von Hamburgs grüner Justizsenatorin Anna Gallina: „Es ist an der Zeit, dass wir über Parteigrenzen hinweg in Bund und Ländern gemeinsam für einen wehrhaften Rechtsstaat eintreten.“ Seither kommen vor allem aus dem Bereich der Universitäten unzählige Vorschläge. Diese konzentrieren sich im Wesentlichen auf zwei Ansätze: Änderung des Grundgesetzes und Absenkung der erforderlichen Mehrheit zur Wahl eines Verfassungsrichters auf nur noch 55 bis 60 Prozent der Abgeordneten oder die Änderung des BVerfGG. Hier wird zum Beispiel eingebracht, man könne doch im Falle eines Scheiterns des genehmten Kandidaten im Parlament einfach den Bundespräsidenten anrufen, der dann die Wahl trifft.

Es scheint alles und jedes Mittel recht, um den bisherigen Einfluss der Politik auf die Richterschaft zu sichern. Die zarten Überbleibsel der von der Verfassung garantierten Unabhängigkeit der Richter werden geschleift. All das ist nicht neu, noch nicht einmal originell. 1955 versuchte die Adenauer-Regierung das Ganze schon einmal, damals im Vorfeld des ein Jahr später vom Verfassungsgericht verfügten KPD-Verbots. Blätterte man in der Ausgabe der Zeitschrift „Justiz“ von 1955, erfolgte die Debatte der Verfassungsrechtler unter der Überschrift „Anschlag auf das Verfassungsgericht“. Dort liest man, ein „Regierungsgericht“ sei undenkbar. Adenauer scheiterte mit seinem Vorhaben. Man sollte in den juristischen Fakultäten die alten Zeitschriften wieder zur Hand nehmen.

Ralf Hohmann

## Gelassen gegen Verleumdung

Bei der Jagd auf RAF-Mitglieder versuchen Medien an die Stimmungsmache des „Deutschen Herbst“ anzuknüpfen. Haltlose Vorwürfe gegen die Rote Hilfe



Das Göttinger KAZ kündigte die Räume für die Ausstellung „100 Jahre Rote Hilfe“. Besichtigt werden kann sie trotzdem: im Hausprojekt OM10 in Göttingen, an zahlreichen anderen Orten und digital im Internet.

Wer es in Zeiten multimedialer Echtzeitfahndung nach den letzten mutmaßlichen RAF-Mitgliedern wagt, sich kritisch oder solidarisch zu äußern, wird unweigerlich zum Feind erklärt oder ist den bürgerlichen Medien zumindest suspekt.

Nach der Festnahme von Daniela Klette hatte die Rote Hilfe in einer Stellungnahme geschrieben, dass die Verhaftung das Ergebnis einer jahrzehntelangen Verfolgungswut und des staatlichen Rachebedürfnisses gegen ehemalige Mitglieder der Stadtguerilla-Gruppen sei. Nun stehe zu befürchten, dass auch in diesem neuerlichen RAF-Verfahren sämtliche rechtsstaatlichen Standards außer Kraft gesetzt würden, um eine möglichst hohe Haftstrafe zu erreichen und Reuebekundungen zu erpressen. Zu erwarten sei ein politisch motivierter Gesinnungsprozess, wie sie heutzutage vielfach gegen Aktivistinnen und Aktivisten der türkischen und

kurdischen Linken sowie antifaschistischer Gruppen stattfänden.

Dass die staatlichen Verfolgungsbehörden über 30 Jahre Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt haben, um Daniela Klette, Ernst Volker Staub und Burkhard Garweg endlich fassen zu können, ist wohl kein Geheimnis. Dass sie sich im Vergleich dazu beim NSU eher keine Mühe gaben und stattdessen Verwandte und Angehörige der Ermordeten drangsalierten, ist auch längst belegt. Gleiches gilt für die Tatsache, dass die Anklagebehörde in den historischen RAF-Prozessen viel gelernt hat, was sich auch heute noch in den immer häufiger stattfindenden Paragraph-129-Verfahren sehr gut anwenden lässt, die gegen Mitglieder von angeblich „kriminellen“ oder „terroristischen“ Vereinigungen geführt werden. Die Hausdurchsuchungen und Vorladungen der letzten Zeit belegen, dass es sich bei derartigen Vorwürfen um ei-

nen Generalverdacht handelt, den ältere linke Projekte und Organisationen noch von früher kennen.

Es weht ein eisiger Wind durch den bürgerlichen Blätterwald, der an den „Deutschen Herbst“ erinnert, und er richtet sich wieder einmal gegen links. So kommt es dann auch, dass sich selbsternannte „Experten für innere Sicherheit“ in Zeitungen und Podcasts aufspielen und behaupten, „die Rote Hilfe könnte unterstützt haben“. Das soll wohl investigativ klingen und als ob da ein Kenner spräche, auch wenn es ganz offensichtlich nichts als heiße Luft ist. Was das überhaupt heißen soll, wird bewusst offengelassen. Die Rote Hilfe reagiert gelassen auf derartige Berichterstattung. Sie ist es gewohnt, dass „Sicherheitsexperten“ allerlei „Erkenntnisse“ verbreiten.

Leider gibt es Kultureinrichtungen, die sich davon beeindruckt lassen und quasi in vorausweisendem Gehorsam die

Kooperation kündigen. So geschehen vor ein paar Tagen in Göttingen. Das Kulturzentrum KAZ sagte die Räume für die Ausstellung „100 Jahre Rote Hilfe“ ab und verwies auf die oben erwähnte Erklärung. Die dort zum Ausdruck kommende Haltung gegenüber gewalttätigen und kriminellen Terroristen stehe nicht im Einklang mit den Werten des KAZ, hieß es in einer kurzen Stellungnahme. Aus diesem Grund habe man sich gegen das Zeigen der Ausstellung in den Räumen des KAZ entschieden. Das sei allerdings keine nachträgliche Distanzierung zu den Inhalten der Ausstellung. Letzteres stimmt fast schon wieder versöhnlich und es darf zumindest vermutet werden, dass die Angst um Fördergelder eine Rolle gespielt hat.

„Wir finden es schade, dass das KAZ uns abgesagt hat und fänden es schön, weiter im Dialog zu bleiben. Wir sind offen für weitere Gespräche und hoffen, dass diese bald zustande kommen“, sagte Rote-Hilfe-Sprecherin Anja Sommerfeld im Gespräch mit UZ. Außerdem sei es der Ortsgruppe Göttingen innerhalb kürzester Zeit gelungen, Ersatzräume zu finden. Es werde über das ganze Jahr bundesweit „100 Jahre Rote Hilfe“-Veranstaltungen geben und man freue sich über die große Resonanz und auf viele spannenden politische Diskussionen.

Henning von Stoltzenberg

Unser Autor ist Bundessprecher der Roten Hilfe e. V. Veranstaltungstermine und die digitale Ausstellung „100 Jahre Rote Hilfe“ sind auf der Website der Roten Hilfe zu finden: [rote-hilfe.de](http://rote-hilfe.de)



# Zeit der Diskussion, der Analyse und Beschlüsse

Auf dem 26. Bundeskongress stellt die SDAJ die Weichen für den Kampf der Jugend in Zeiten von Krieg und Krise

Die Arbeiterjugend steht Kriegsgefahr, Militarisierung und Perspektivlosigkeit gegenüber. Auch wenn sich teils Widerstand in zunehmenden Protesten und kämpferischen Tarifrunden regt, herrscht bei Jugendlichen überwiegend Resignation vor. In dieser Situation findet am Osterwochenende der 26. Bundeskongress der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) in Nürnberg statt. Aus ganz Deutschland treffen sich Delegierte, um über die Lage der Jugend zu beraten und in Beschlüssen Schlussfolgerungen für den Kampf zu treffen. Ein beträchtlicher Teil der Debatte über die Leittraktate hat bereits stattgefunden. Etwa 600 Änderungsanträge wurden in allen Gliederungen der SDAJ diskutiert, begleitet von einer Diskus-

sionskonferenz, verschiedenen Treffen und zahlreichen Beiträgen in Diskussionsrunden.

Der Schwerpunkt des Kongresses liegt auf der Überarbeitung des Zukunftspapiers, der programmatischen Grundlage der SDAJ. Dort analysieren wir den Kapitalismus unserer Zeit – den Imperialismus. Wir zeigen seine Krisenhaftigkeit, die Kapitaloffensive und das Weltmachtstreben des deutschen Imperialismus auf. Wir machen aber auch klar, was auf dem Stand der Produktivkräfte möglich wäre, halten Grundrechte der Jugend fest, die in den Kämpfen der Arbeiterbewegungen entstanden sind und für deren Durchsetzung wir auch heute kämpfen. Sei es das Recht auf Frieden, Bildung, Ausbildung oder das Recht auf Arbeit: Geschenkt

werden sie uns nicht, vollumfänglich durchsetzbar sind sie nur mit Erämpfung des Sozialismus. Im Zukunftspapier skizzieren wir daher auch grob, was Sozialismus ist und wie unser Kampf grundlegend aussehen soll – in Auseinandersetzungen, in Kämpfen, wollen wir Klassenbewusstsein erzeugen.

Wie der Kampf in den nächsten zwei Jahren aussehen soll, was die nächsten Schritte für die SDAJ sind, wollen wir in der Handlungsorientierung festhalten. Wir wollen uns über die Lage des deutschen Imperialismus und die Lage der arbeitenden und lernenden Jugend, aber auch über die Entwicklung der SDAJ und Anknüpfungspunkte für Widerstand verständigen. Wir halten unsere zentralen Ziele in den nächsten zwei Jahren fest: Eine Qualifizierung

unserer Arbeit in Schule und Betrieb, eine Stärkung unserer Verankerung beispielsweise durch weitere Gründungen von Schul- und Betriebsgruppen, ein weiteres Wachstum als SDAJ vor allem unter Schülerinnen, Schülern und Auszubildenden mit der entsprechenden Stärkung unserer Strukturen und eine Ausweitung unserer ideologischen Arbeit beispielsweise durch die Verdopplung unserer Schulungsplätze und die Anleitung zum Selbststudium.

Wir wollen kleine, gewinnbare Kämpfe führen, niedrigschwellige Angebote organisieren und vermehrt in Aktion kommen, um der Resignation der Jugend entgegenzuwirken und eine Kampfperspektive zu bieten. Wir wollen unsere Arbeit in Gewerkschaften und Schülervertretungen verstärken, erste Erfahrungen in Hochschulen machen und, als Teil demokratischer Bewegungen in diesem Land, unter anderem gegen den voranschreitenden reaktionären Staatsumbau und die Militarisierung mobilisieren. Stärken wollen wir unsere Beziehung zur Kommunistischen Partei in diesem Land, der Partei an unserer Seite. Mit der DKP verbindet uns eine Kampfgemeinschaft – und wir wollen mehr gemeinsam in Diskussion, Aktion und Kämpfen kommen.

Im Antrag zur SDAJ-Geschichte halten wir fest, dass der Erfahrungsschatz der über hundertjährigen Arbeiterjugendbewegung für uns von unschätzbarem Wert ist. Wir streben danach, diese Erfahrungen zu bewahren und zu verhindern, dass sie in Vergessenheit geraten. Daher liegt dem Bundeskongress ein Antrag vor, der die Herausgabe eines Buches zur Geschichte der Arbeiterjugendbewegung und vor allem der SDAJ vor 1989 vorschlägt.

Nun gilt es, die Diskussionen des Bundesverbands auf dem Kongress

„Jugendliche trifft Sozialabbau und Kapitaloffensive besonders hart. Ein Viertel der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in Deutschland sind von Armut bedroht. Die Schulbildung wird immer schlechter: Lehrkräfte fehlen (...). Die Bundeswehr will immer präsenter an Schulen werden, es wird sogar gefordert, das Werbeverbot auch offiziell aufzuheben. Die Angriffe auf die Jugend nehmen zu, die (Aus-)Bildung wird immer schlechter, die Finanzierung eines eigenständigen Lebens insbesondere für junge Menschen immer schwerer.“  
(Leitantrag Handlungsorientierung des Bundesvorstands).

zusammenzuführen, für eine Qualifizierung der Leittraktate zu streiten und gemeinsam Beschlüsse zu treffen. Der auf dem Bundeskongress neu gewählte Bundesvorstand, das aktualisierte Zukunftspapier und die Handlungsorientierung werden uns das Rüstzeug geben, um uns den Herausforderungen der sich immer weiter zuspitzenden Kriegsgefahr und deren Folgen zu stellen. Auch wenn das nicht einfach werden wird, machen uns Erfolge der letzten Jahre Mut!

Dominic Lenz und Andrea Hornung

Sollte in DKP-Ortsgruppen Interesse an einem Bericht vom SDAJ-Bundeskongress bestehen, freuen sich die SDAJ-Gruppen vor Ort über Einladungen. Das kann ein guter Auftakt sein, um dem Ziel näher zu kommen, die Zusammenarbeit zu festigen. Kontakt über die Landesleitungen oder [info@sda-j-netz.de](mailto:info@sda-j-netz.de)



Die SDAJ auf der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration in Berlin

## Brandmauerland ist abgebrannt

Studie skandalisiert die Zusammenarbeit von „Demokraten“ und AfD in ostdeutschen Kommunen. Politische Analysen sind dabei Mangelware

Rechte Kräfte werden stärker, deshalb werden die „demokratischen Parteien“ immer rechter. So lässt sich das Politik- und Faschismusverständnis einiger Linker, vor allem in der Führungsebene der Partei „Die Linke“, zusammenfassen. Um SPD, Grüne, CDU und FDP vor dem „Rechtsruck“ zu bewahren, hilft nach dieser Vorstellung nur die infektionshemmende Isolation, vorzugsweise durch eine „Brandmauer“ gegen die AfD. Solange die eingehalten wird, bleibt die rechte Regierungspolitik der Kriegstreiberei und des Sozialabbaus ein Gegenstand der „demokratischen Debatte“.

Unter diesen Voraussetzungen sonnt sich das antifaschistische Selbstverständnis im eigenen Licht, losgelöst von Kriegs- und Klassenfrage. Eine Auseinandersetzung damit, was rechte Politik ist, wer sie betreibt und in wessen Interesse, findet nicht statt. So demonstrieren Konzernchefs und Kriegsgewinnler zusammen mit grünen Stahlhelmen, abschiebefreudigen Nützlichkeitsrassisten und neoliberalen Sozialdemagogen „gegen rechts“. Die „linke“ Opposition steht gerührt daneben.

Aber nun dräut Ungemach. Denn die der Linkspartei nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung hat festgestellt, dass die „Brandmauer“ bröckelt. So zumindest interpretierten zahlreiche Medien die in der vergangenen Woche erschienene Studie zur „Kooperation mit der extremen Rechten in ostdeutschen Kommunen“. Zwischen 2019 und 2023 haben die Autoren 121 Fälle der Zusammenarbeit zwischen „demokratischen Parteien“ und „extrem rechten Parteien“ festgestellt. Bei 93 festgestellten „Kooperationen“

wurde gemeinsam abgestimmt, viel seltener waren gemeinsame Fraktionen, Anträge oder Zusammenschlüsse zur Wahl von Personen. Innerhalb von vier Jahren dürfte es tausende Abstimmungen in ostdeutschen Kommunen gegeben haben. In Anbetracht dessen ist die „Fallzahl“ äußerst gering. Der medialen Welle zur Studie tat das keinen Abbruch. „Brandmauer: Offen wie ein Scheunentor“, kommentierte beispielsweise das „nd“.

Die Studie selbst verwechselt zuverlässig Ursache und Wirkung. Die AfD wird als Motor und Ausdruck der „rechten Formierung“ bezeichnet. CDU, SPD, FDP und Grüne zählen zu den „demokratischen Parteien“, wobei immerhin eine „wenig plausible Trennschärfe der Definition“ erkannt wird. Diese wird aber nicht am Kriegskurs der benannten Parteien festgemacht, sondern daran, dass diese „rechte Narrative und Politiken übernehmen, etwa in Form von Asylrechtsverschärfungen“.

Haarklein listet das Papier auf, wann „Demokraten“ und AfD-Mitglieder gemeinsam die Hand gehoben haben – etwa für ein Kopftuchverbot an Schulen oder gegen die Aufnahmen von Geflüchteten, aber auch für einen „essbaren Wildpflanzenpark“ in Berlin und gegen hohe Energiepreise in Sonneberg. Nun könnte es tatsächlich interessant sein, sich mit rechter Politik in den Kommunen zu befassen. Es ließe sich aufzeigen, wie der reaktionär-militaristische Staatsumbau auf lokaler Ebene vorangetrieben wird, welche Rolle beispielsweise rassistische Spaltungsversuche spielen und welche Funktion der AfD dabei zukommt. Dann könnte deutlich werden, dass die AfD eine Partei des Ka-

pitals ist, dass ihr rebellisches Getue Demagogie ist und ihre reaktionäre Politik nahtlos an das anschließt, was die Ampel vorbereitet. Das geschieht allerdings nicht.

Stattdessen wird die fehlende „Brandmauer“ skandalisiert, egal ob der Beschluss auf einen CDU-Antrag zurückgeht oder einstimmig gefasst wurde wie in Sonneberg. Damit nährt die Studie die Illusion, dass das Wirken der AfD mit dem bürgerlichen Politikalltag unvereinbar wäre, wenn nicht einzelne Abweichler daran rütteln würden. Dahinter verbirgt sich die gerade bei der Linkspartei immer noch vorhandene Vorstellung, dass zumindest SPD und Grüne im Kern progressive Parteien seien, die nach ein paar kleineren Kurskorrekturen fantastische Koalitionspartner abgeben könnten. Anders lassen sich auch die in der Studie gegebenen Handlungsempfehlungen schwer verstehen, in denen dafür geworben wird, „Mehrheiten jenseits der extremen Rechten“ zu nutzen.

Dass es des Widerstandes gegen die derzeit herrschenden Kräfte bedarf, um rechte Politik zurückzudrängen, spielt keine Rolle – denn gerade die werden ja zu den „demokratischen Parteien“ gezählt, die hier belehrt werden sollen. Über so viel Fokus kann sich die AfD nur freuen. Die „Brandmauer“-Diskussion nährt den verlogenen Nimbus der vermeintlich „einzigen Oppositionspartei“. Über die kann sich eine „Linke“, die sich nicht mehr als Gegnerin des kapitalistischen Systems, sondern als Wächterin der bürgerlichen Ordnung versteht, dann schön aufregen. Allein, mit Antifaschismus hat das wenig zu tun.

Vincent Czesl

Das Kasseler Friedensforum hat einen **Offenen Beschwerdebrief** an das ZDF gerichtet, um gegen die „militaristische und bellizistische Beeinflussung von Kindern“ zu protestieren. Den Anlass hatte die Kindernachrichtensendung „logo!“ mit Beiträgen zur „Taurus“-Debatte geliefert. Diese verstießen nach Ansicht des Kasseler Friedensforums „direkt gegen das Gebot des ZDF, das Grundgesetz der Bundesrepublik zu achten, das (...) die normative Verpflichtung aller staatlichen Gewalt auf den Frieden enthält“. Zudem seien journalistische Grundsätze verletzt worden. Die Beschwerde kann im UZ-Blog nachgelesen werden.

Weitere Infos unter: [kurzelinks.de/uz-logo](http://kurzelinks.de/uz-logo) unsere-zeit.de



## Proteste gegen soziale Kürzungen in Argentinien

In Argentinien ist es bei Protesten gegen soziale Kürzungen durch die rechte Regierung zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten gekommen. Die Polizisten setzten Wasserwerfer, Schlagstöcke und Tränengas gegen die Demonstranten ein, die die Zufahrtstraßen zur Hauptstadt Buenos Aires blockierten. Seit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Javier Milei im Dezember gehen die Sicherheitskräfte massiv gegen Demonstranten vor.

Mitglieder von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen forderten am Montag mehr Lebensmittel für die Volksküchen, in denen arme Familien versorgt werden. Zudem protestierten sie bei rund 500 Straßenblockaden im ganzen Land gegen Kürzungen von Sozialleistungen.

## „Militärhilfen“-Plan

Am Montag haben die Außenminister der EU-Staaten den offiziellen Beschluss für die Fortsetzung der gemeinsamen Finanzierung von militärischer Ausrüstung und Ausbildung für die Ukraine gefasst. Die Entscheidung soll die Lieferung von Waffen und Munition im Wert von mindestens fünf Milliarden Euro garantieren.

Innerhalb der „Europäischen Friedensfazilität“ (EFF) soll ein spezieller Unterstützungsfonds für die Ukraine geschaffen werden. Über dieses Finanzierungsinstrument können den EU-Mitgliedstaaten Ausgaben für die militärische Unterstützung der Ukraine erstattet und gemeinsame Bestellungen bezahlt werden. Der Rüstungsindustrie der EU soll bei Aufträgen Vorrang eingeräumt werden. Wenn diese allerdings für die Bedürfnisse der Ukraine nicht ausreichend schnell liefern kann, sollen mit dem EU-Geld auch Aufträge an Unternehmen in Nicht-EU-Staaten bezahlt werden können.

Die 14 Staats- und Regierungschefs der EU haben zudem sich für eine stärkere Rolle der Europäischen Investitionsbank (EIB) bei Investitionen in die Rüstungsindustrie ausgesprochen. Die Finanzierungen der EIB für „Sicherheit und Verteidigung“ müssten im Einklang mit den neuen Prioritäten der EU verbessert werden, heißt es in einem gemeinsamen Brief der Staaten.

Den Brief unter finnischer Koordinierung haben neben Bundeskanzler Olaf Scholz auch die italienische Regierungschefin Georgia Meloni, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sowie die Regierungschefs von Bulgarien, Tschechien, Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Schweden und den Niederlanden unterzeichnet.

## Bauernproteste

Am Sonntag haben tausende spanische Bauern erneut mit hundert Traktoren in Madrid gegen die EU-Agrarpolitik und für bessere Preise für ihre Erzeugnisse demonstriert. Seit dem frühen Morgen waren Landwirte aus fünf autonomen Gemeinschaften Richtung Hauptstadt unterwegs und sorgten dabei für Verkehrsprobleme.

Die Demonstranten zogen mit ihren schweren Schleppern zunächst zum Umweltministerium und begaben sich von dort zum Agrarministerium. Luis Cortés von Unión de Uniones warnte im Fernsehen, die Bauern würden ihre Proteste wieder verschärfen, wenn es keine Lösungen für die vielen Probleme des Agrarsektors gebe.

Auch an den Autobahn-Grenzübergängen in Brandenburg gab es wegen der Blockaden von Bauern in Polen weiter erhebliche Verkehrsbehinderungen. In Frankfurt/Oder und in Guben waren die Übergänge am Montag nach Auskunft einer Polizeisprecherin gesperrt.

# Breite Zustimmung, hohe Beteiligung

## In Russland haben die Präsidentschaftswahlen stattgefunden

Vom 15. bis 17. März fanden in der Russischen Föderation Präsidentschaftswahlen statt. Daran waren neben mehr als 300.000 nationalen Beobachtern aus politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen 1.115 Menschen aus 129 Ländern als internationale Beobachter beteiligt. Die Wahlbeteiligung betrug 77,44 Prozent. Spitzenreiter dabei ist die Oblast Kemerowo in Sibirien mit mehr als 95 Prozent Beteiligung, dicht gefolgt von der Republik Tschetschenien.

In den neuen Gebieten, vor allem in der Nähe der Front, hatten – wie auch in abgelegenen Gebieten der RF – schon in den Tagen vor dem

15. März Möglichkeiten bestanden, sich an der Wahl zu beteiligen, beispielsweise in Höfen von Häusern oder an Bushaltestellen. Auch in das erst vor kurzem befreite Awdejewka kamen mobile Wahllokale, von den dort verbliebenen 1.442 wahlberechtigten Einwohnern beteiligten sich mehr als 1.300 an der Wahl. In Teilen der Oblast Charkow, die bisher nicht zur RF gehört, konnten diejenigen, die bereits die russische Staatsbürgerschaft haben – das sind bereits mehr als 50 Prozent – wählen.

Der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) in der Donezker Volks-

republik (DVR) und Vorsitzende der kommunistischen Fraktion im Volkssowjet, Boris Litwinow, erklärte in einer Fernsehsendung, dass die Wahlbeteiligung der beim Referendum über die Souveränität der DVR im Jahr 2014 nahe kommt, was unabhängig von den Ergebnissen für die einzelnen Kandidaten eine Unterstützung des Kurses auf Integration in die RF deutlich mache.

Der Amtsinhaber Wladimir Putin erreichte nach Auszählung von mehr als 99,5 Prozent der Stimmen 87,30 Prozent, auf dem zweiten Platz ist der Kandidat der KPRF, Nikolai Charitonow, mit 4,31 Prozent, es folgen die Kan-

didaten der Partei „Neue Menschen“ und der Liberaldemokratischen Partei mit 3,83 beziehungsweise 3,20 Prozent. Bei den letzten Wahlen im Jahr 2018 hatte der Kandidat der KPRF noch etwas mehr als 11 Prozent erreicht. Putin hat in praktisch allen Föderationssubjekten gegenüber 2018 zugelegt. Unter den Bedingungen des faktischen Krieges der NATO gegen Russland hat sich eine große Mehrheit offensichtlich entschieden, den derzeitigen Präsidenten zu unterstützen. Deutlich wird das auch in Hochburgen der KPRF, zum Beispiel der Oblast Orjol, wo im September 2023 der kommunistische Gouverneur mit über 80 Prozent gewählt wurde, die KPRF aber jetzt nur gut 9 Prozent der Stimmen erhielt.

In den neuen Gebieten lagen die Ergebnisse für Putin mit Ausnahme von Cherson (88,12 Prozent) über dem Durchschnitt, von 92,83 Prozent in Saporoschje bis 95,23 Prozent in der DVR. In der Oblast Cherson lag der Kandidat der KPRF mit knapp 5 Prozent über dem Landesdurchschnitt.

Berichte über Verstöße gibt es wenige, der KPRF-Kandidat Charitonow gab an, dass Beobachter der Partei solche praktisch nicht feststellen konnten.

In einer Pressekonferenz am späten Abend erläuterten der Vorsitzende der KPRF, Gennadi Sjaganow, Nikolai Charitonow und weitere Mitglieder der Parteiführung, dass die KPRF weiterarbeiten werde, um die Grundsätze ihres Programms umzusetzen. Um einen Sieg an der Front gegen den ukrainischen Faschismus zu erreichen, gegen die Aggression des Westens zu bestehen und die innere Fünfte Kolonne zu besiegen, sei es notwendig, bestimmte Aufgaben zu lösen. Dazu gehört es, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen, das Bildungswesen auszubauen und eine moderne Industrie zu entwickeln. Ohne das könne es keinen Sieg geben. Dazu werde es Konsultationen mit dem gewählten Präsidenten und der Regierung der RF geben. Um viele von Putin richtig genannten Ziele zu erreichen sei es aber dringend notwendig, deren Finanzierung zu gewährleisten.



Am Wahlabend gab es keine großen Überraschungen.

Renate Koppe

## Rassistisches Gesetz

### Indiens Kommunisten wehren sich gegen neues Gesetz der Regierung Modi

Indische Kommunisten haben in der vergangenen Woche die von der Regierung von Narendra Modi angekündigten neuen Staatsbürgerschaftsregeln scharf kritisiert. Das Gesetz zur Änderung der Staatsbürgerschaft (Citizenship Amendment Act – CAA) ermöglicht Hindus, Parsis, Sikhs, Buddhisten, Jains und Christen, die vor dem 31. Dezember 2014 aus Afghanistan, Bangladesch und Pakistan in das mehrheitlich von Hindus bewohnte Indien geflohen sind, eine schnelle Einbürgerung. Muslime, die in allen drei Ländern die Mehrheit bilden, werden von dem Gesetz ausgeschlossen.

Das Gesetz zur Änderung der Staatsbürgerschaft wurde bereits 2019 vom indischen Parlament gebilligt, aber die Regierung der Bharatiya Janata Party (BJP) unter Narendra Modi hielt die Umsetzung zurück, nachdem es in der Hauptstadt Neu-Delhi und anderswo zu Protesten kam. Bei den tagelangen Zusammenstößen wurden zahlreiche Menschen getötet.

Die Communist Party of India – Marxist (CPI-M) teilte in einer Erklärung mit, das Gesetz „mache deutlich, dass die BJP die Umsetzung des CAA zu spaltenden und polarisierenden Zwecken nutzen wolle“. Weiter bekräftigte die CPI-M „ihre Ablehnung des CAA und seiner Umsetzung und wird ihre Bemühungen fortsetzen, dieses schädliche Gesetz zu annullieren“.

Der Staatssekretär der CPI-M in Tamil Nadu, K Balakrishnan, betonte, dass die Partei die Umsetzung des CAA in diesem Bundesstaat nicht zulassen werde. „Das Gesetz ist drakonisch und wird die Menschen nach religiösen und kommunalen Gesichtspunkten spalten. Im ganzen Bundesstaat wird es starke Proteste geben“, so Balakrishnan.

2019 hat die Regierung Modi das Staatsbürgerschaftsgesetz als humanitäre Geste verteidigt und argumentiert, es diene nur dazu, religiösen Minderheiten, die vor Verfolgung fliehen, die Staatsbürgerschaft zu verleihen. Das Gesetz werde nicht gegen indische Staatsbürger eingesetzt. Doch die größte Opposition gegen Modi, die Kongresspartei, erklärte, die Vorschläge zur Umsetzung des Gesetzes von 2019 seien „offensichtlich darauf ausgerichtet, die Wahlen zu polarisieren“. Der Schritt der Modi-Regierung kommt nur wenige Wochen vor den Parlamentswahlen im Land.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty India bezeichnete das Gesetz in einer Erklärung als „diskriminierend“ und sagte, es stehe „im Widerspruch zu den verfassungsmäßigen Werten der Gleichheit und den internationalen Menschenrechtsvorschriften“.

Roger McKenzie, Morning Star  
Übersetzt und redaktionell bearbeitet  
von Melina Deymann

## Antikolonialer Kurs

### Im Niger ist die US-amerikanische Militärpräsenz von jetzt an „illegal“

Vertrag gekündigt: Nigers Übergangsregierung hat am Samstag erklärt, das 2012 mit den USA geschlossene Abkommen über militärische „Kooperation“ gelte nicht mehr – „mit sofortiger Wirkung“. Auf der Grundlage dieses Vertrags haben die USA derzeit mehr als 1.000 Soldaten stationiert und betreiben unter anderem ihre wichtigste Drohnenbasis in Afrika in Agadez im Norden Nigers. 2018 hatten die USA die Basis für mehr als 100 Millionen US-Dollar errichtet.

Der „ungerechte“ Vertrag sei dem Land am 6. Juli 2022 „unilateral aufgegeben“ worden mittels einer einfachen Verbalnote, erklärte Regierungssprecher Amadou Abdramane am 16. März im Staatsfernsehen. Die US-Militärpräsenz sei illegal und verletze alle demokratischen und Verfassungsregeln.

Kurz nach ihrer Machtübernahme hatte die Übergangsregierung unter General Abdourahmane Tiani sämtliche Militärabkommen mit Frankreich gekündigt und den Abzug französischer Truppen gegen den Widerstand der französischen Regierung durchgesetzt. Die letzten französischen Soldaten hatten Niger Ende Dezember 2023 verlassen.

Die Regierung Nigers, erklärte Regierungssprecher Abdramane, habe „unter Berücksichtigung der Bestrebungen und Interessen ihres Volkes“

beschlossen, „in voller Verantwortung das Abkommen über den Status des US-Militärpersonals und der Zivilangestellten des US-Verteidigungsministeriums auf dem Gebiet Nigers mit sofortiger Wirkung zu kündigen“.

Matthew Miller, Sprecher des US-Außenministeriums, twitterte, man habe das Kommuniqué der nigrischen Regierung zu Kenntnis genommen. Es sei auf „offene Diskussionen (...) über unsere Bedenken“ bezüglich des Kurses der Übergangsregierung gefolgt.

Der Erklärung der Regierung in Nigers Hauptstadt Niamey war ein dreitägiger Besuch einer US-amerikanischen Delegation unter der Leitung von Molly Phee vorausgegangen. Phee leitet die Unterabteilung für Afrika des US-Außenministeriums. General Tiani traf sie nicht. Die Delegation habe sich nicht an diplomatische Gepflogenheiten gehalten und Niamey einseitig über ihre Zusammensetzung und Ankunftsdatum informiert, sagte Abdramane.

Der Schritt der Regierung Tiani ist unerwartet, passt aber zu ihrem selbstbewussten antikolonialen Kurs. Das Land hat mit seinen Nachbarn Mali und Burkina Faso die Allianz der Sahel-Staaten gegründet und arbeitet verstärkt mit Russland zusammen. Aktuell sind in Niamey noch Soldaten der deutschen Bundeswehr stationiert. Ihr Einsatz soll bis 31. Mai 2024 laufen.

Valentin Zill



# Vor einer neuen Militärinvasion?

Verfall der Zentralmacht liefert die Begründung für westliche Einmischung in Haiti



Foto: Prensa Latina

Dank der permanenten Einmischung von Frankreich und USA verhungern auch heute noch Kinder in Haiti.

Die Zerstörung der Ukraine, der Massenmord in Gaza, die Kriegsvorbereitung in Taiwan, all das reicht noch nicht, nun soll auch das arme Haiti mit einer Militärinvasion beglückt werden. Wieder einmal. Jedenfalls wenn es nach dem „Trio infernale“ der imperialistischen Haiti-Politik aus Kanada, USA und Frankreich geht. Haiti sei ein „gescheiterter Staat“, es herrsche „Anarchie“, das Land stehe „vor dem Zusammenbruch“. Das Einzige, was noch helfe, sei die berühmte „R2P“, die Responsibility to Protect, oder auf Deutsch die „Verantwortung zum Schutz“. Diesmal der Haitianer.

Auch auf die Gefahr, Bekanntes zu wiederholen, lohnt ein Blick in die Geschichte. Als am 26. August 1789 die französische Nationalversammlung ihre berühmte „Erklärung der Menschen und Bürgerrechte“ erließ, deren vielleicht bekanntester Artikel 1 lautet: „Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten. Soziale Unterschiede dürfen nur im gemeinen Nutzen begründet sein“, dachten die Sklaven auf Saint-Domingue/Haiti, es gelte auch für sie. Ein Irrtum, wie sich bald herausstellte.

Keine zwei Jahrzehnte später hatte sich der französische Menschenrechtsuniversalismus der Jakobiner in den

militanten Expansionismus der Bonapartisten gewandelt: „Alle Menschen sind frei geboren“ – außer es sind Sklaven oder Schwarze.

Die im großen Stil aus Afrika verschleppten und versklavten Menschen, etwa 40.000 pro Jahr, organisierten ab 1790 unter der Führung von Haitis Nationalheld François-Dominique Toussaint Louverture einen erfolgreichen Aufstand gegen Haitis extrem brutale Sklaverei. Einige Kriege und Tausende von Toten später musste Frankreich den Verlust seiner profitabelsten Kolonie letztlich akzeptieren. Allerdings nicht ohne den Aufständischen 1825 die Zahlung von 150 Millionen Franc für das Land inklusive der Sklaven abzapressen. Die Forderung, später auf 90 Millionen Franc reduziert, bedeutete noch immer eine untragbare, verzinsliche Schuld von umgerechnet 32,6 Milliarden aktuellen US-Dollar. Frankreich legte damit die Blaupause für die globale neokoloniale Schuldknechtschaft der 1970er/80er Jahre vor. Haiti bezahlte weit über 100 Jahre. Das bedeutete dauerhafte Armut, Elend und Unterentwicklung. Bis heute.

1915 intervenierten die USA – auf Betreiben der New-Yorker National City Bank – militärisch in Haiti. Die US-Marines blieben bis 1934, schlugen

die Aufstände der kämpferischen Haitianer nieder und machten aus der Insel eine US-Militärkolonie mit Kriegsrecht, Folter und brutaler Zwangsarbeit und aus seiner Wirtschaft einen Selbstbedienungsladen. Der höchstdekorierte Soldat der US-Militärgeschichte, Generalmajor Smedley Butler, hat 1935 die US-Kriege dieser Zeit, darunter auch die Haiti-Intervention, in seinem Essay „War is a Racket“ (Krieg ist eine Gaunerei) mit drastischen Worten beschrieben: „Ich verbrachte 33 Jahre und vier Monate im aktiven Militärdienst und während dieser Periode war ich den größten Teil meiner Zeit ein hochklassiger Muskelmann für Big Business, für Wall Street und die Banker. Kurz gesagt, ich war ein Halsabschneider, ein Gangster für den Kapitalismus ...“ Die 20-jährige US-Herrschaft hinterließ politisches und ökonomisches Chaos und bescherte den Haitianern die 30-jährige Duvalier-Diktatur (1957 – 1986).

Im September 2004 hatte das oben erwähnte Trio infernale eine Regime-Change-Operation gegen Haitis ge-

wählten Präsidenten organisiert, den aus dem imperialistischen Ruder gelaufenen katholischen Befreiungstheologen Jean-Bertrand Aristide. Die als UN-„Peacekeeping-Mission“ MINUSTAH getarnte Operation brachte, nachdem sie das Land mit der EU durch Sanktionen destabilisiert hatte, Haiti wieder unter direkte US-Kontrolle. Zu allem Überfluss wurde das geschundene Land 2010 und 2021 von starken Erdbeben (7,0 bzw. 7,2 Punkte auf der Richterskala) heimgesucht. Sie forderten etwa 300.000 Todesopfer und verwandelten die Hauptstadt Port-au-Prince in eine Trümmerlandschaft.

Das neokoloniale Ausbeutungs- und Besatzungsregime raubte Haiti jede Möglichkeit, den gravierenden sozialökonomischen und politischen Herausforderungen, die noch dazu durch zwei Naturkatastrophen verschärft wurden, in adäquater Weise zu begegnen. Dem Zerfall der von Washington gesteuerten korrupten Zentralmacht folgte der Aufschwung des Bandenunwesens. Durchsetzt mit Paramilitärs wie den „Tonton Macoute“, dem Machtap-

parat der Duvaliers, ausgerüstet mit US-Kriegswaffen, plündern Gruppen wie die G9 und ein Dutzend weiterer nach Art von Warlords das, was noch an Werten im Land vorhanden ist.

Nach der Ermordung von Präsident Jovenel Moïse am 7. Juli 2021 brach die Krise des Landes offen aus. Der Bandenkrieg beherrscht das Geschehen. Der derzeit als Präsident fungierende und Ende Februar 2024 in Kenia um Hilfe ersuchende Ariel Henry wird an der Rückkehr in sein Land gehindert. Inzwischen hat er sich nach einem Gespräch mit US-Außenminister Antony Blinken zum Rücktritt bereiterklärt. Bewaffnete Gangs haben zwei Gefängnisse gestürmt und 4.700 Gefangene befreit. Die Gangs sollen nun den weit aus größten Teil der Hauptstadt kontrollieren. Der in der Tat dramatische Zerfall Haitis ist das Produkt der jahrhundertelangen Einmischung und Ausplünderung. Eine weitere Intervention würde das nicht bessern. Nicht Haiti ist gescheitert, gescheitert ist die imperiale Politik Frankreichs und der USA.

Klaus Wagener



Foto: Prensa Latina

Der dramatische Zerfall Haitis ist Produkt jahrhundertelanger Einmischung und Ausplünderung.

## Kurz vor dem großen Krieg

Trotz anderer Beteuerungen könnten sich die Angriffe auf den Libanon zu einer zweiten Front für Israel entwickeln

Beide Seiten in den Kämpfen an der Grenze zwischen Libanon und Israel erklären, einen offenen, umfassenden Krieg vermeiden zu wollen. Aber die militärische Eskalation geht weiter und die israelischen Drohungen, mit einer Bodenoffensive gegen die Hisbollah vorzugehen, werden regelmäßig laut – auch wenn echte oder vorgeliebte Fristen immer wieder verstreichen. Der geplante israelische Angriff auf Rafah kann die Situation im Norden weiter verschärfen.

Was am 8. Oktober mit Angriffen der Hisbollah auf israelische Beobachtungsstationen entlang der Grenze begann, werde so lange andauern, wie die israelische Bombardierung des Gazastreifens anhalte, erklärte die Organisation wiederholt. Und tatsächlich herrschte auch an der Nordgrenze während des kurzen Waffenstillstands in Gaza im November Ruhe – vorübergehend.

Auf beiden Seiten der Grenze mussten zehntausende Einwohner wegen der andauernden Kämpfe ihre Ortschaften verlassen. In Israel mussten Geschäfte, Cafés und Buchläden ebenso Verluste hinnehmen wie große Unternehmen, deren Produktionsanlagen beschädigt oder zerstört wurden. Die Landwirtschaft wird in Mitleidenschaft gezogen, weil Arbeitskräfte fehlen und militärische Sperrgebiete nötige Arbeiten unmöglich machen. Um 70 Prozent reduziert waren auf israelischer

Seite Kreditkartenumsätze im Vergleich zur Zeit vor dem Krieg – und viele dieser Umsätze dürften durch Soldaten erfolgen.

Lange Zeit waren die Kämpfe auf einen schmalen Streifen entlang der Grenze beschränkt. Doch im Januar begann die israelische Luftwaffe, die Angriffe auf weitere Gebiete im Libanon und in Syrien auszuweiten. In Syrien griff sie Einrichtungen an, von denen es hieß, sie seien mit der Hisbollah verbunden. Und im Libanon tötete sie gezielt einzelne Kommandeure der Hisbollah, darunter den „Brigadekommandeur“ Hassan Hussein Salami.

Die Hisbollah ihrerseits griff eine wichtige Einrichtung der israelischen Luftraumüberwachung (die „Meron-Basis“) und das Nordkommando der israelischen Streitkräfte an. Teilweise führte sie ein Dutzend oder mehr Angriffe täglich durch.

Israelische Bomben und Raketen trafen zuletzt 100 Kilometer von der Grenze entfernte Ziele im Bekaa-Tal und führten zu einer heftigen Reaktion der Hisbollah. Mit Drohnen und 100 Raketen griff sie Ziele auf den Golan-Höhen an.

In einer Umfrage der Zeitung „Maariv“ gaben 71 Prozent der Befragten an, Israel solle in einer groß angelegten Militäraktion gegen die Hisbollah vorgehen, diese Ergebnisse wurden in einer neuen Umfrage bestätigt. Der

rechtsextreme Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir nutzt die Gelegenheit. Er warf dem israelischen Verteidigungsminister Joav Gallant Untätigkeit vor und forderte: „Krieg jetzt!“

Die Armee bereitet sich darauf vor. Generalstabschef Herzi Halevi erklärte im Februar: „Wir konzentrieren uns darauf, für einen Krieg im Norden vorbereitet zu sein.“

Ein offener Krieg hätte für beide Seiten verheerende Folgen. Um das zu vermeiden, gibt es nach Schritten der Eskalation immer wieder ruhigere Phasen. Mittlerweile ist aber – insbesondere mit den Angriffen tief im Libanon – eine Stufe der Eskalation erreicht, auf der jeder Fehler zu einem umfassenden Krieg führen kann. Auch eine massive Eskalation durch Israel – um zu versuchen, die Hisbollah von der Grenze zu vertreiben – oder durch die Hisbollah als Antwort auf eine mögliche Eskalation in Rafah ist nicht auszuschließen.

Die „Jerusalem Post“ zitierte Ronan Cohen, einen Oberst der Reserve, mit den Worten: „Es ist der erste Krieg, in dem Israel es sich nicht leisten kann, an zwei Fronten zugleich zu kämpfen.“

Manfred Ziegler

Weitere Infos unter: [unsere-zeit.de/naher-osten](http://unsere-zeit.de/naher-osten)



Anzeige



Florence Hervé (Hg.)

Ihr wisst nicht, wo mein Mut endet

Europäische Frauen im Widerstand gegen Faschismus und Krieg

Porträtiert werden Frauen, die sich an verschiedensten Aktionen des Widerstands beteiligten. Sie widersetzten sich und kämpften für Freiheit, Frieden, Menschenwürde und Solidarität, sie riskierten ihr Leben – und trugen zur Befreiung am 8. Mai 1945 bei. Sie machen Mut bis heute.

ISBN 978-3-89438-821-8 | 317 Seiten | € 22,90



Ulrich Schneider

Arbeiterwiderstand im Dritten Reich

Basiswissen Politik / Geschichte / Ökonomie

Ob Fluchthilfe, Flugblattaktionen, Bildung von Netzwerken in der Illegalität, parteiübergreifende Bündnisse während des Krieges oder Pläne für die Zeit nach der Befreiung: Vorwiegend waren es Angehörige der Arbeiterbewegung, die den antifaschistischen Widerstand prägten.

ISBN 978-3-89438-828-7 | 127 Seiten | € 12,00

PapyRossa Verlag | [www.papyrossa.de](http://www.papyrossa.de)



# Noch ist Zeit, umzukehren

Der Kriegskurs der Regierung lässt sich nur gemeinsam stoppen

Rund um Ostern finden im ganzen Land die traditionellen Ostermärsche der Friedensbewegung statt. Stell dir vor, es reihen sich die Bauern mit ihren Traktoren, Schulklassen, Krankenhauspersonal und weitere Teile von Belegschaften ein. Nein, da sind wir noch nicht. Angesichts der Kriegstreiberei der deutschen Bundesregierung, ihrer Angriffe auf die sozialen Belange der Menschen im Land und ihren Rufen, das Gesundheits- und Bildungswesen „kriegstüchtig“ zu machen, ist der Gedanke aber gar nicht so abwegig. Wir dokumentieren auf dieser Seite Aufrufe der „Handwerker für den Frieden“ gegen Taurus-Lieferungen an die Ukraine, von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern für Friedensfähigkeit statt „Kriegstüchtigkeit“ sowie einen Aufruf der DKP zu den Ostermärschen. Es gilt, die nächsten Tage zu nutzen, um für die Friedensaktionen zu Ostern und darüber hinaus zu mobilisieren. Denn noch ist Zeit, um die Eskalation zu stoppen.



Protest gegen die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine am 10. März in Berlin vor dem Sowjetischen Ehrenmal im Tiergarten

## Handwerker sagen Nein zum Krieg!

Die Lieferung von Taurus bedroht Russland – und uns alle

Die Dessauer Initiative „Handwerker für den Frieden“ schaltet sich mit einem Aufruf in die Debatte um Taurus-Lieferungen an die Ukraine ein. Die Reichweite dieser Waffen mache sie zu einem unkalkulierbaren Risiko. Wir dokumentieren hier den Aufruf der Handwerker, die damit auch zur Teilnahme an den Ostermärschen aufrufen:

Mit der Ankündigung des französischen Präsidenten Macron, den Einsatz von NATO-Truppen nicht auszuschließen, und den Plänen einiger Hardliner, Taurus-Marschflugkörper gegen Russland zum Einsatz zu bringen, droht der Krieg im Donbass, sich in Europa auszuweiten. Wie auch immer man zu diesem Krieg stehen mag, die Tatsachen sind für Befürworter wie auch Gegner der Taurus-Lieferung gleich:

1. Im Unterschied zu allen bisher an die Ukraine gelieferten Waffen kann das Gerät Moskau erreichen. Das ist der wesentliche Unterschied zu den britisch-französischen Marschflugkörpern. Das ist auch der Unterschied zum Leopard und anderen westlichen Waffensystemen, die bisher geliefert worden waren. Sie stellten keine direkte Gefahr für russisches Kernland dar. Diese Tatsache wird den Bürgern von Seiten der Befürworter vorenthalten. Der Taurus stellt für Russlands Staatlichkeit eine größere Bedrohung dar als alles andere bisher – und damit auch für uns selbst.
2. Russland hat rote Linien. Diese hat es deutlich aufgezeigt. Ein Überschreiten dieser Grenzen ist für das Land gegeben, wenn andere Staaten Atomwaffen im Erstschlag einsetzen oder aber die Existenz Russlands durch einen konventionellen Krieg bedroht

ist. Wann das der Fall ist, wird nicht im deutschen Bundestag, nicht im NATO-Hauptquartier, auch nicht in Washington entschieden. Darüber entscheidet Moskau ganz allein nach seinen eigen-



nen Kriterien. Selbst wenn noch so viele deutsche Politiker und Experten vorgeben zu wissen, dass mit dem Taurus keine roten Linien überschritten werden, die Entscheidung darüber fällt woanders.

3. Seine Reichweite macht den Taurus zu einem unkalkulierbaren Risiko, unabhängig davon, ob er von deutschen

Fachleuten in der Ukraine eingesetzt wird oder eigenständig von den Ukrainern. Nicht umsonst hat bisher kein NATO-Staat Waffen geliefert, die russisches Kernland erreichen können, nicht einmal die USA. Denn sie alle wissen um die Gefahr eines Gegenschlags. Dessen sollten sich alle bewusst sein, die in ihrem antirussischen Taumel die Lieferung des Taurus fordern. Wenn Russland zurückschlägt, wird es auch jene treffen, die Lieferung und Einsatz der Waffe gefordert und unterstützt haben. Es wird sie selbst treffen, ihre Kinder und ihre Enkel. Massenvernichtungswaffen machen keinen Unterschied zwischen Befürwortern und Gegnern, nicht zwischen Guten und Bösen, nicht zwischen Rechts und Links. Massenvernichtungswaffen töten alle ohne Ausnahme.

Und da wir alle bedroht sind, sollten wir uns auch alle überlegen, was uns wichtiger ist im Kampf gegen diese Waffen. Ist es uns wichtiger, gemeinsam diese Krise lebend zu überstehen, trotz unterschiedlicher Ansichten zu anderen Themen? Oder ziehen wir es vor, im Tod vereint zu sein, weil wir im Leben nicht hatten miteinander kämpfen wollen? Wir sollten das Leben wählen mit all seinen Widrigkeiten.

Wir, die Handwerker für den Frieden, rufen Euch alle auf, gegen die Lieferung und den Einsatz des Taurus zu protestieren. Lasst uns die diesjährigen Ostermärsche unter die Forderung stellen: Keine Lieferung von Taurus, keine weitere Eskalation des Krieges!

## DKP mobilisiert zu den Ostermärschen

Für Frieden mit Russland – Stoppt den Völkermord in Gaza

Die DKP hat am 16. März eine Erklärung „Heraus zu den Ostermärschen – Kriege stoppen, bevor es zu spät ist“ veröffentlicht, die wir im Folgenden dokumentieren:

CDU, FDP und Grüne wollen Taurus-Marschflugkörper, die Moskau erreichen können, an die Ukraine liefern. Der französische Präsident Macron will offiziell NATO-Truppen in die Ukraine schicken. Bundeskanzler Scholz will alles liefern – außer Taurus. Die Angriffe auf Russland nehmen zu. Der Krieg eskaliert. Er steht an der Schwelle zu einem Weltkrieg. Diese Eskalation muss jetzt gestoppt werden – durch Friedensverhandlungen.

Stimmen der Vernunft wie zuletzt die des Papstes werden diffamiert. Auch hierzulande sollen Kriegsgegner durch Verschärfungen des Strafrechts und eine unablässige Beschallung mit militaristischer Propaganda mundtot gemacht werden. Zugleich wird die Bevölkerung zur Kasse gebeten, um für die Hochrüstung und den Wirtschaftskrieg gegen Russland zu zahlen.

In Gaza wurden zehntausende Palästinenserinnen und Palästinenser getötet, darunter tausende Kinder und Jugendliche. Zehntausende Häuser liegen in Schutt und Asche, die Infrastruktur ist zerstört. Aus dem größten Freiluftgefängnis der Welt, in dem fast zwei Millionen Menschen vegetieren, ist eine Gefängnisruine geworden. Deutschland liefert Waffen für dieses Schlachten und versucht sich mit Almosen reinzuwaschen. Bei diesem

Krieg sind nicht nur die Ampel-Regierung und die CDU dabei – hier macht auch die AfD mit.

Ein deutsches Kriegsschiff kreuzt im Roten Meer, wo es nichts zu suchen hat. Auch hier ist die ganz große Koalition von AfD über CDU bis Ampel am Werk.

Zu dieser Situation erklärt Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP: „Wir können und dürfen die Frage von Krieg und Frieden weder der Regierung noch dem Parlament überlassen – sie führen Kriege und drohen dieses Land zum Kriegsschauplatz zu machen. Es ist notwendig, den Widerstand auf die Straße zu tragen. Darum heraus zu den Ostermärschen!“

Wir müssen den Friedenskampf stärken, auch in Schulen, Universitäten und Betrieben. Deshalb rufen wir dazu auf, den Aufruf ‚Gewerkschafter gegen Aufrüstung und Krieg‘ zu unterstützen – alle Kandidatinnen und Kandidaten der DKP zu den EU-Wahlen haben dies bereits getan und werden an Ostern für den Frieden auf die Straße gehen.“

Die Ostermärsche beginnen bereits an diesem Samstag, den 23. März, in Potsdam. Im UZ-Blog haben wir die Termine zusammengestellt: [kurzlinks.de/ostermarsch2024](https://kurzlinks.de/ostermarsch2024)

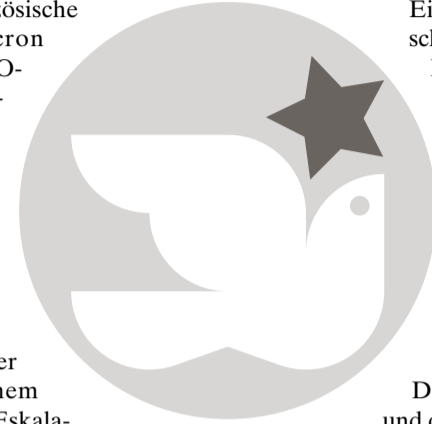


Foto: Gegen Krieg und Faschismus

## Gewerkschafter für den Frieden

Mehrere tausend Mitglieder von DGB-Gewerkschaften richten sich an ihre Vorstände

Mehr als 4.000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben sich mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt. Sie fordern Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit und kritisieren die Kriegspolitik der Bundesregierung. Sie fordern von ihren Kolleginnen und Kollegen und von den Vorständen ihrer Gewerkschaften, dass sie sich einmischen in den Friedenskampf. Ein wichtiger Schritt wäre es, sich sichtbar in die Ostermärsche einzureihen. UZ dokumentiert im Folgenden den Aufruf, der online unterzeichnet werden kann und soll:

Die Welt wird von immer neuen Kriegen erschüttert, Menschen werden getötet, Länder verwüstet. Das Risiko eines großen Krieges zwischen den Atomwaffen wächst und bedroht die Menschheit weltweit. Gigantische Finanzmittel und Ressourcen werden für Krieg und Militär verpulvert, statt damit die großen Probleme von Armut und Unterentwicklung, maroder Infrastruktur und katastrophalen Mängeln in Bildung und Pflege, Klimawandel und Naturzerstörung zu bekämpfen.

Die deutsche Regierung und Parlamentsmehrheiten beteiligen sich an dieser verheerenden Politik. Sie reden über „Kriegstüchtigkeit“ und sogar über „eigene“ Atomwaffen, statt sich mit aller Kraft für ein Ende der Kriege, für Frieden und gemeinsame Problemlösungen einzusetzen. Die Ausgaben für Militär sollen 2024 auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung, über 85 Milliarden Euro, erhöht werden und in den kommenden

Jahren weiter steigen. Während in den sozialen Bereichen, bei Bildung und Infrastruktur gravierend gekürzt wird und die Lasten der Klimapolitik auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden.

Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt „Kriegstüchtigkeit“ einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen. Das ergibt sich aus ihrer Tradition und ihren Beschlüssen. Auch und besonders in den aktuellen Auseinandersetzungen um die internationale Politik und um die Haushaltspolitik!

Wir fordern unsere Gewerkschaften und ihre Vorstände auf, den Beschlüssen und ihrer Verantwortung gerecht zu werden! Die Gewerkschaften müssen sich laut und entschieden zu Wort melden und ihre Kraft wirksam machen: gegen Kriege und gegen Aufrüstung!





In einem waren sich Olaf Scholz, Emmanuel Macron und Donald Tusk wirklich einig, als sie am 15. März im Format des Weimarer Dreiecks in Berlin zusammentrafen, nämlich darin, dass sie sich einig waren. „Wir teilen alle drei einen Willen“, beteuerte der französische Präsident. „Geschlossenheit ist so wichtig“, säuselte der Bundeskanzler. Der polnische Ministerpräsident jammerte, ihm seien „böse Gerüchte“ zu Ohren gekommen, „dass es Streitigkeiten oder Meinungsunterschiede zwischen den Hauptstädten in Europa gebe“. Das stimmt natürlich nicht. Zum Beleg beschworen alle drei eine weitere Einigkeit: dass Russland den Krieg gegen die Ukraine nicht gewinnen dürfe. Davon waren sie einhellig fest überzeugt. Na also.

In Wirklichkeit verhält es sich mit dem Weimarer Dreieck, wie es so oft der Fall ist, wenn lauthals Einigkeit beschworen wird: Die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Polens sind in wichtigen Fragen tief zerstritten.

Jörg Kronauer zum Treffen der Staatsmänner von Deutschland, Frankreich und Polen

## Sowas von einig

Dies trifft vor allem auf Berlin und Paris zu. Zu den alten Streitigkeiten etwa um die gemeinsamen Rüstungsprojekte oder auch um die Frage, wie viel Schulden man in und mit der EU machen darf, kommt neuer Zoff um die Ukraine hinzu – ausgelöst dadurch, dass Russland auf dem Schlachtfeld in die Offensive gelangt und eine ukrainische Niederlage denkbar ist.

Was tun? Berlin fordert, mehr Munition und mehr Waffen zu liefern. Und weil es inzwischen viel mehr Geld in die Aufrüstung der Ukraine gesteckt hat als Paris, prangert Scholz Macron öffentlich an. Der schlägt zurück, weist – der Sache

nach völlig zu Recht – darauf hin, dass das Hauptproblem der ukrainischen Armee derzeit im Mangel an Soldaten besteht; er beharrt darauf, die Entsendung von Truppen aus NATO-Staaten nicht auszuschließen. Dagegen wiederum sperrt sich Scholz mit dem zutreffenden Hinweis, damit wäre die Schwelle zur Kriegsbeteiligung ebenso überschritten wie mit der Lieferung des Taurus, auf die Macron gleichfalls dringt. Eine Lösung des Streits ist nicht in Sicht.

Und Tusk? Als seine Regierung im Dezember 2023 diejenige der Kaczyński-Partei PiS ablöste, ergab sich für Deutschland und Frankreich die Chance, Polen

ein Stück weit aus der überaus engen Bindung an die USA zu lösen. Sie setzen also auf ein Revival des Weimarer Dreiecks. Für Macron ergeben sich dadurch zusätzliche Chancen. Er müht sich schon seit Längerem, Frankreich Einfluss bei den Hardlinern im Baltikum zu verschaffen; mittlerweile sind französische Truppen im NATO-Rahmen in Estland stationiert. Mit der Forderung, Soldaten in die Ukraine zu entsenden und den Taurus zu liefern, sucht Macron nicht nur im Baltikum, sondern auch in Polen neue Sympathien zu gewinnen. Er will damit den Osten der EU zumindest punktuell hinter sich bringen.

Tusk aber lässt sich davon nur partiell beeindrucken. Sein Außenminister hat sich positiv zu Macrons Bodentruppen-Vorstoß geäußert. Tusk selbst unterstützt zudem Macrons Absicht, einen französischen Nuklearschirm über die EU zu spannen, den Berlin ablehnt, weil es dabei keine Mitsprache hätte. Warschau hält aber gar nichts von der zentralen Pariser Forderung, Waffen in Zukunft vor allem in der EU zu kaufen, um militärisch weniger abhängig von den USA zu werden; kurz vor dem Treffen in Berlin hat Tusk in Washington einen viele Milliarden US-Dollar schweren Kauf von Kampfhubschraubern und Raketen vorangebracht – zu Macrons Ärger.

Einigkeit im Weimarer Dreieck? Sie gibt es nicht, sie muss beschworen werden – daher das Geschwätz von angeblicher Geschlossenheit. In der Pressekonzferenz nach dem Treffen in Berlin waren Fragen nicht zugelassen. Auch das war eine Antwort.

Da sag noch einer, es gäbe keine feinen, anständigen Menschen mehr. Stimmt nicht, denn es gibt Oliver Blume. Und der – ein Leistungsträger, wie er im Buche steht – verzichtet in diesem Jahr auf 5 Prozent seines Gehalts als Konzernchef von Volkswagen. Okay, es wurde angemerkt, dass Blume nicht nur VW-Chef ist, sondern gleichzeitig auch noch Porsche vorsteht. Und dass Blume im letzten Jahr **8.723.605,98 Euro** bekam, wobei sich sein „Verzicht“ nur für das Festgehalt als VW-Chef bezieht. Aber es geht ja gar nicht um schnöde Zahlen – jedenfalls bei ihm nicht. Blume könnte wesentlich mehr verschmerzen. Es geht um das „Signal“, das er damit sendet. Boss Blume will beim VW-Konzern ein „Effizienzprogramm“ durchdrücken. Der Autokonzern hatte 2023 einen Gewinn von 17,9 Milliarden Euro eingefahren. Das soll noch wesentlich mehr werden. Und dafür sollen die Beschäftigten bluten. Denn schließlich hat der Chef sein Opfer bereits geleistet. LM



Foto: © VDA/IAA MOBILITY

Bella Gruber zur Militarisierung des Bildungswesens

## Grundkurs Panzerfahren

Die Bevölkerung wird systematisch auf den Kriegskurs der Bundesregierung getrimmt. Riesige Plakate, schlechte Online-Serien und aufdringliche Werbung auf Instagram und sogar auf Pizzakartons – die Bundeswehr ist überall präsent. FDP-Bildungsministerin Stark-Watzinger nimmt nun die Schulen ins Visier. Sie plädiert für Zivilschutzübungen und ein „unverkrafftetes Verhältnis zur Bundeswehr“. Jugendoffiziere sollen noch häufiger in die Schulen kommen und berichten, „was die Bundeswehr für unsere Sicherheit tut“.

An die Stelle von Brandschutzübungen rücken dann möglicherweise Panzerfahrten und Kurse „Wie überlebe ich einen Raketenangriff?“. Planspiele handeln dann nicht mehr davon, wie man Dörfer strukturiert, sondern wie man Truppen am effektivsten gegen die Russen positioniert.

Die Ängste und Sorgen von uns Jugendlichen werden nicht nur vorangetrieben, sondern ausgenutzt. Heute ist es schwierig, eine Ausbildung zu finden, mit der man unabhängig von seiner Familie leben kann, wo die eigenen Rechte geschützt werden und die man auch gerne macht. Während uns wegen des Mangels an guten Ausbildungsplätzen kaum noch berufliche

Perspektiven bleiben, ködert uns die Bundeswehr mit guten Karrierechancen und hoher Bezahlung. Jugendliche sollen als Kanonenfutter für die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands verfeuert werden.

Das Ganze dient dazu, Krieg und Militarismus zu legitimieren. Schulen, die einst als Orte des Lernens und der Entwicklung gedacht waren, werden zu Schlachtfeldern der Propaganda. Indem Kinder und Jugendliche in die Kriegsvorbereitung einbezogen werden, wird die Illusion einer gerechten und notwendigen Verteidigung geschaffen. Die tatsächlichen Ursachen von Konflikten und Kriegen, wie imperialistische Aggression und die Ausbeutung von Ressourcen, werden verschleiert. Statt den Fokus auf Bildung und friedliche Konfliktlösungen zu legen, werden wirtschaftliche Interessen über den Schutz und das Wohlergehen der Bevölkerung gestellt.

Es ist höchste Zeit, dass wir dem gefährlichen Kurs der Militarisierung des Bildungswesens etwas entgegensetzen. Es gilt sowohl den Angriff auf die Zivilschutzklausel an Hochschulen abzuwehren wie auch die Öffnung von Schulen für die Bundeswehr und ihre Jugendoffiziere wieder zu schließen.

## Frieden? Widerlich!

Schulen, Universitäten und Krankenhäuser sollen kriegstüchtig werden  
Kolumne von Tatjana Sambale

Ich erinnere mich an Zeiten, da traten Politiker nicht nur wegen schlecht kopierter Doktorarbeiten zurück, sondern auch, weil sie zu offen für Krieg zur Durchsetzung deutscher Interessen waren. Horst Köhler etwa. Er nahm als Bundespräsident 2010 seinen Hut, weil er in einem Hörfunkinterview zu Afghanistan darum bat zu verstehen, „dass ein Land unserer Größe mit unserer Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall, auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege“. Diese Aussage löste vor knapp 15 Jahren in einem Land mit konstanten Ablehnungsraten deutscher Militärauslandseinsätze von über 60 Prozent so viel Entrüstung aus, dass das formelle Staatsoberhaupt zurücktreten musste.



Dieser Zustand konnte überwunden werden. Im Jahr 2024 lernen wir auf tagesschau.de: „Die deutsche Marine beteiligt sich im Roten Meer am Schutz der zivilen Handelsschifffahrt. Nun schoss die Fregatte ‚Hessen‘ erstmals scharf (...). Der Seeweg durch das Rote Meer und den Suezkanal ist eine der wichtigsten Handelsrouten weltweit.“ Keine 15 Jahre ist es auch her, dass Politikerinnen und Politiker das Wort „Krieg“ in der öffentlichen Debatte tunlichst vermieden. Heute kann

das Kriegsgeheul gar nicht laut und schrill genug sein. Der Begriff, den es zu vermeiden gilt, weil er irgendwie anrühend und potenziell karrierebedrohend ist, lautet „Frieden“. So geschehen nicht nur, aber auch, im Bundestag während der Debatte zu weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine. Da verteidigte SPD-Fraktionschef Mützenich das Kanzler-Nein zur Taurus-Lieferung, nach minutenlanger Beteuerung des Kriegswillens und der grundsätzlichen SPD-Kampfbereitschaft. Vorsichtig fragte er: „Ist es nicht an der Zeit, dass wir nicht nur darüber reden, wie man einen Krieg führt, sondern auch darüber nachdenken, wie man einen Krieg einfrieren und später auch beenden kann?“

Das Teufelswort „Frieden“ vermeiden zu haben brachte ihm keine mildernden Umstände ein. Die Kriegsmeute aus Union, FDP, AfD und Grünen fiel unter schrillum „Verrat-an-der-Sache“-Geschrei unisono über ihn her. Der ukrainische Scharfmacher und Ex-Botschafter in Deutschland Andrij Melnyk bezeichnete Mützenich gar als „widerlichsten deutschen Politiker“.

Wir leben in Zeiten, in denen die Forderung nach Frieden in Palästina oder der Ukraine wahlweise antisemitisch, widerlich oder beides ist. Wir

leben in Zeiten, in denen je nach Interessenlage unter „Völkermord“ mal der Austausch ukrainischsprachiger Schulbücher durch russischsprachige und mal die Wahrnehmung des Rechts auf „Selbstverteidigung“ durch die rechts-faschistoide israelische Regierung zu verstehen ist. Wir leben in Zeiten, in denen Kinder mit Hilfe animierter Marschflugkörper zur Kriegstüchtigkeit erzogen werden sollen und die Bundeswehr an Schulen zur Normalität wird. Der Vorsitzende des Lehrerverbandes assistierte der FDP-Bundesbildungsministerin bei ihrem Aufruf, an den Schulen ein „unverkrafftetes Verhältnis zur Bundeswehr“ zu entwickeln, mehr Rüstungsforschung an den Hochschulen zuzulassen und endlich diese nervigen Zivilklauseln zu überwinden.

Damit noch nicht genug: Zeitenwende heißt dank Minister Lauterbach für die Pflegekräfte im Gesundheitswesen nun die Vorbereitung auf militärischen Zwangsdienst und Massenversorgung von Kriegsverletzten. Es ist ja auch viel leichter, mit all diesen nervigen Streiks umzugehen, wenn erst mal Kriegsrecht herrscht. All die Klagen über Personalmangel, strukturelle Unterversorgung und Mangelfinanzierung im Gesundheitsbereich sollen schnell vergessen werden, jetzt, wo der Russe ernst macht. Diese Zeitenwende ist für Beschäftigte einfach widerlich.

Unsere neue UZ-Kolumnistin ist Altepfliegfachkraft und Kandidatin der DKP zu den EU-Wahlen.

Günter Pohl zu den Aufgaben der Medien in Kriegszeiten

## Meinungsbildung

Die Aufgaben von Presse, Rundfunk, Fernsehen und Internet im Verhältnis zur Gesellschaft sieht die „Bundeszentrale für politische Bildung“ in der Erfüllung von gesellschaftlichen Funktionen. Es handelt sich dabei um sachliche Information, freie Meinungsbildung und investigative Kritik und Kontrolle. Diese Aufgaben sollen, so die BPB im November 2016, auf die Hauptbereiche der demokratischen Gesellschaft angewandt werden, die sie in Politik, Wirtschaft und dem Sozial- und Kulturbereich sieht. „Damit nehmen die Medien die Rolle von Vermittlern und Hütern ein“, heißt es weiter.

Vermitteln und Hütern sind offenbar nicht für Kriegszeiten gemeint. Der Umgang deutscher Medien mit dem Krieg in der Ukraine ist nämlich weder durch sachliche Information noch von kritischer Kontrolle geprägt, sondern von der Skandalisierung aller Aktionen Russlands und einer Beschönigung des Verhaltens des ukrainischen Militärs, die den dortigen Verantwortlichen Lachtränen ins Gesicht treiben muss. Es wird gelogen, was das Zeug hält: Desertionen gibt es nur bei den Gegnern, die sich kriegsverbrecherisch auf den Beschuss von Schulen und Krankenhäusern spezialisieren und systema-

tisch Vergewaltigungen einsetzen. Die eigenen Truppen hingegen sind ehrlich und mutig und verteidigen opferbereit Demokratie, Recht und Heimat. Die pausenlose Wiederholung dieser immer gleichen Botschaften lässt sich durchaus als Meinungsbildung fassen, wenn auch die BPB mit dem Begriff anderes im Sinn gehabt haben dürfte.

Da „Nachrichten“ von der niederhochdeutschen Wortherkunft das sind, wonach man sich zu richten hat, halten viele Menschen solcherlei Informationspolitik für Propaganda. Es gibt keinen guten Grund, das für übertrieben zu halten: Das leichteste Opfer von Propaganda ist der Mensch, der glaubt, in seinem Land gebe es keine.

Die oben genannten drei Aufgaben dürften seit der damaligen BPB-Veröffentlichung unverändert geblieben sein; als vierte Aufgabe aber könnte mittlerweile das „Antreiben“ hinzugekommen sein. Weit vor „der Politik“ sind es die Medien, welche Leopard, Taurus und – bei weiteren russischen Erfolgen – in Kürze auch NATO-Einsätze fordern. Wer Vernunft anmahnt, ist im Kreuzfeuer: Der Papst wird es gewohnheitsmäßig vergeblich; aber Rolf Mützenich dürfte in Berlin mittlerweile gefährdeter als Selenski in Kiew sein.



# Mann der Wissenschaft und der Tat

## Ein Gespräch mit Dirk Krüger über Leben und Wirken des jungen Friedrich Engels

Am 26. März stellt Dirk Krüger sein Buch „Friedrich Engels aus der Sicht der Kommunisten heute“ vor. Es gibt bisher keine Schrift, in der Engels ausführlich in seinem Werden zum späteren Kommunisten beschrieben wird. Diese Lücke schließt das Buch und beleuchtet vor allem die ersten Lebensjahre des Mitbegründers des wissenschaftlichen Sozialismus und seine Prägung in Wuppertal. UZ sprach mit dem Autor über sein Werk.

**UZ:** In deinem Buch konzentrierst du dich auf die ersten 30 Lebensjahre von Friedrich Engels. Wieso nimmst du gerade den „jungen Engels“ in den Fokus?

**Dirk Krüger:** Es waren zwei Gründe, die mich dazu bewogen haben: Da war zunächst der Wunsch der DKP-Kreisorganisation, in ihrem „WupperReport“ zum 200. Geburtstag des „größten Sohnes“ unserer Stadt eine Artikelserie zu veröffentlichen, die sich besonders an jugendliche Leserinnen und Leser richten sollte. Die Zeitung wird vor allem in der Nordstadt, einem Teil von Elberfeld, verteilt. Das ist ein traditioneller Arbeiterbezirk.

Ein zweiter Grund war ein persönlicher. Als ich damit begann, mich mit dem jungen Engels zu beschäftigen, habe ich festgestellt, dass seine jugendlichen Helden auch meine Helden waren. Das Aufbegehren gegen Ausbeutung, Unterdrückung und geistige Indoktrination hat auch mich in meiner Jugend geprägt.

### Friedrich Engels

Die frech bedräute,  
jedoch wunderbar befreite Bibel.  
Oder: Der Triumph des Glaubens

Wer jaget hinterdrein mit  
wildem Ungestüm?  
Ein schwarzer Kerl aus Trier,  
ein markhaft Ungetüm.  
Er gehet, hüpfet nicht, er springet  
auf den Hacken  
Und raset voller Wut und gleich,  
als wollt' er packen  
Das weite Himmelszelt, und zu  
der Erde ziehn,  
Streckt er die Arme sein weit  
in die Lüfte hin.  
Geballt die böse Faust, so tobt er  
sonder Rasten,  
Als wenn ihn bei dem Schopfe  
zehntausend Teufel fasten.

In seinem Gedicht aus dem Jahr 1842 schildert Engels den Kampf der Junghegelianer und Atheisten gegen die Wortführer des Pietismus und die Glaubenseiferer in Berliner Studentenkreisen. In dem hier abgedruckten Auszug spielt er auf Marx an, der zu dieser Zeit die Stadt schon verlassen hatte.

**UZ:** Engels wurde in eine pietistische Fabrikantenfamilie geboren. Er wurde streng religiös-preußisch erzogen, geworden ist er zu einem „vernünftigen Atheisten“. Welche besonderen Bedingungen siehst du für seine Entwicklung?

**Dirk Krüger:** Es war ja nicht nur der junge Engels, es gab weitere Kämpfer für sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt, die aus großbürgerlichen Familien stammten. In der Literatur sprechen wir gar von „revolutionärer Romantik“. Viele der damals Aufbegehrenden erkannten den unüberbrückbaren Gegensatz von humanistischen Ansprüchen, die in ihren Familien propagiert wurden, und ihrer tatsächlichen politischen und sozialen Praxis gegenüber den Menschen. Sie stellten sich deswegen ganz konsequent auf die Seite der Ausgebeuteten, der Unterdrückten und Geschädigten. Der junge Engels klagte in seinen „Briefen aus dem Wuppertal“ die Kinderausbeutung scharf an. Das war, ohne ihn zu nennen, ein Frontalangriff auf seinen Vater, der in seinen Fabriken die Kinderausbeutung ohne Hemmungen praktizierte. Das waren die ersten deutlichen Zeichen seiner Entwicklung zum Revolutionär. Er wurde zum „schwarzen Schaf“ der Familie. In einem Brief an seine Frau macht der Vater seine „tiefen Sorgen“ um die Entwicklung des Sohnes deutlich. Der hat dann nach seiner Rückkehr aus Manchester im Sommer 1844 in Barmen das Buch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ geschrieben und ist dann nach Brüssel geflohen. Er kehrte nur noch einmal zur Beerdigung seiner Mutter nach Barmen zurück.

**UZ:** Engels lernte in Manchester nicht nur die leidende Arbeiterklasse kennen, sondern auch die Arbeiterbewegung ...

**Dirk Krüger:** Noch vor Engels' Geburt kam es zu Klassenkämpfen und aus diesen entstand eine selbstbewusste Arbeiterbewegung, mit der sich Intellektuelle verbanden. Der britische Poet Percy Bysshe Shelley beschäftigte sich etwa ab 1819 sehr kritisch mit den sozioökonomischen Zuständen in seinem Geburtsland. In diesem Jahr wurde der Aufstand der Arbeiterinnen und Arbeiter der baumwollverarbeitenden Industrie von den Herrschenden blutig niedergeschlagen. Dieses Blutbad ist als „Peterloo-Massaker“ in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingegangen. Es

hat den Poeten Shelley tief erschüttert. Er schrieb das politisch aufrüttelnde Gedicht „The Masque of Anarchy“. Das war seine Hinwendung zur Arbeiterbewegung. Engels hat darauf hingewiesen, dass Shelleys Literatur vor allem von den Arbeiterinnen und Arbeitern gelesen wurde. Shelleys Gedichte hat er ins Deutsche übersetzt.

**UZ:** Das europäische Festland war zu der Zeit geprägt von den Nachwirkungen der Französischen Revolution und dem Aufbruch deutscher Intellektueller einerseits und der Reaktion der „alten Mächte“ andererseits. Engels entschied sich für den Fortschritt, engagierte sich und lernte Karl Marx kennen. Welche Bedeutung hatte dieses Treffen?

**Dirk Krüger:** Als Engels nach Berlin kam, war Marx schon weg. Er hat ihn also nicht getroffen, aber in einem wunderbaren, von uns zu wenig beachteten Gedicht herrlich und zutreffend porträtiert.

Auf die Frage, wie und wann es zu ersten echten Begegnungen mit Marx kam, gibt es verschiedene Antworten. Meine ist: Als Engels das erste Mal alleine in Manchester war, wurde er mit der unglaublich starken, entwickelten und einflussreichen britischen Ökonomie konfrontiert. Er erkannte, dass er bei dem Wust von Indoktrination, seinen Vorstellungen, Überlegungen und Kämpfen die Ökonomie völlig übersehen hatte. Er studierte fortan mit der ihm üblichen Intensität und Gewissenhaftigkeit die reale Ökonomie. Er erkannte die Ökonomie als wichtigste Grundlage des menschlichen Daseins. Er erkannte aber auch die negativen Auswirkungen durch den Privatbesitz. Am Schluss seiner Beschäftigung mit dem Thema verfasste er die Schrift „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“. Diese Schrift schickte er an Marx, der gerade an den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“ bastelte. Der war natürlich unheimlich bewegt, denn auch er hatte sich mit der Ökonomie und ihrer Bedeutung für das menschliche Dasein beschäftigt. 1844 veröffentlichte Marx die Schrift von Engels in den „Jahrbüchern“. Auf seiner Rückreise von Manchester nach Barmen machte Engels einen Umweg zu Marx. Das waren die ersten auch inhaltlich bedeutenden Begegnungen. Seit diesen Tagen datiert ihre Freundschaft, wurde die Ökonomie zum beherrschenden Thema der beiden Revolutionäre.

**UZ:** Engels war 27, als er mit Marx Anfang 1848 das „Manifest“ fertigstellte. Wenige Monate später stand er auf den Barrikaden ...

**Dirk Krüger:** Das war typisch für ihn. Er war ein Mann der Wissenschaft, aber auch ein Mann der Tat. Als er hörte, dass auch in Elberfeld gekämpft wurde, reiste er eilig von Köln über Solingen dorthin. In Elberfeld hatte man an zentralen Punkten Bar-



Friedrich-Engels-Statue vor seinem Geburtshaus in Wuppertal-Barmen

rikaden errichtet, um den Vormarsch der preußischen Truppen zu verhindern. Engels wurde zum Inspekteur gewählt. Als die Revolutionäre feststellten, dass sie zu wenig brauchbare Waffen hatten, stürmten sie in Solingen ein Waffendepot der Reaktion und verteilten die erbeuteten Gewehre an die Barrikadenkämpfer. Diese Aktion und Engels' politische sowie soziale Vorstellungen führten dazu, dass die Führung der Elberfelder Bewegung Schiss bekam und Engels aufforderte, die Stadt sofort zu verlassen. Er wurde zur Fahndung ausgeschrieben und wich ins Badische aus. Dort kämpfte er weiter mit der Waffe in der Hand gegen die Reaktion.

Nach der Niederlage erreichte Engels über die Schweiz den italienischen Hafen Genua und ein Schiff nach Britannien. Er lebte, arbeitete und kämpfte danach jahrelang in Manchester. Erst im hohen Alter zog er nach London zu Marx und seiner Familie. Dort ist er auch gestorben.

**UZ:** Zu seinem 200. Geburtstag musste Engels' Heimatstadt Wuppertal ihren „größten Sohn“ feiern. Die Bedeutung seines Werks für heute wurde dabei umschiff.

**Dirk Krüger:** Es wurden etwa Veranstaltungen zum Thema „Friedrich Engels und die Natur“ durchgeführt:

Was hätte er zum Umgang der Menschen mit der Natur gesagt? Ein anderes Thema war „Friedrich Engels und die Frau“. Dabei ging es nicht um seine Beziehung zu den beiden irischen Arbeiterinnen Lydia und Mary Burns, sondern um die vielen Fragen, die die heutige Frauenbewegung diskutiert. Engels hatte sich in Manchester sehr viel und sehr intensiv mit der Lage der Arbeiterinnen beschäftigt.

Sichtbar geworden ist erneut, dass man sich scheut, Leben und Werk von Marx für die heutige Zeit, zur Lösung aktueller Probleme, nicht nur zu studieren, sondern auch zu nutzen – sie in die Praxis umzusetzen. Dass man sich scheut, ist nicht verwunderlich, denn die Umsetzung der Vorstellungen der beiden Freunde bedeutet den revolutionären Kampf zur Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Die Fragen stellte Björn Blach

Dirk Krüger  
Friedrich Engels aus der Sicht  
der Kommunisten heute  
CommPress Verlag, Essen 2024  
104 Seiten, 8 Euro,  
Subskriptionspreis bis zum  
26. März: 6 Euro  
Erhältlich im [uzshop.de](http://uzshop.de)

## Kollektiv die Realität verändern

### Organisationspolitisches Seminar in der Karl-Liebknecht-Schule der DKP

Natürlich muss man in unserer Partei immer viel organisieren. Infostände anmelden, die UZ rechtzeitig zum Verteiltermin parat haben, die Tagesordnung für die nächste Mitgliederversammlung verschicken. Darum ging es allerdings auf dem Organisationspolitischen Seminar in der Karl-Liebknecht-Schule der DKP am vergangenen Wochenende nur nebenbei. Gekommen waren Genossinnen und Genossen aus ganz Deutschland, die sich in Leitungsfunktionen befinden oder solche in Zukunft übernehmen sollen. Bei der Fragerunde zum Einstieg wurde bereits deutlich, dass man vor den verschiedensten Problemen steht. Hilfestellung dazu sollte es im Seminarprogramm geben.

Nach dem Referat zum demokratischen Zentralismus und einer kurzen Diskussion ging es um unsere Arbeitsweise. Anhand eines praktischen Beispiels wurde verdeutlicht, wie wir

mit Hilfe unserer Weltanschauung ganz konkret Lösungen erarbeiten können. Zu Beginn sprudelten aus den Teilnehmern durchaus gute Ratschläge, so dass sie erst gar nicht verstanden, warum sie von der Seminarleitung gebremst wurden. Im Laufe des Samstagvormittags setzte sich dann die Erkenntnis durch, dass es sinnvoll ist, die Ausgangslage kollektiv zu analysieren, um dann gemeinsam aus dem gefundenen Widerspruch ein Ziel zu formulieren und erst dann zur Umsetzung zu schreiten. Darauf aufbauend wurden die Begriffspaare Kollektiv und Individuum, Realität und Anspruch sowie



Die Karl-Liebknecht-Schule der DKP

Kritik und Selbstkritik in der Gruppe diskutiert.

Auch wenn bis dahin schon vieles aus dem Gruppenleben mit eingeflossen war, wurde es am Nachmittag

nochmal praktischer. In Kleingruppen hieß es, das Gelernte anzuwenden. Und das war gar nicht so leicht, auch weil die Gruppen sich die ein oder andere Herausforderung in ihre Szenarien hineingebastelt hatten.

Mit der für die Karl-Liebknecht-Schule typischen guten Verpflegung wurde dann der Feierabend eingeläutet. Bei dem einen oder anderen Getränk wurden die großen und kleinen Fragen des Kommunismus vertieft. Das artete natürlich nicht aus, da am nächsten Tag noch zwei große Themen auf dem Programm standen. Den Anfang machte eine gemeinsame Erarbeitung

der Rolle von Strategie und Taktik in unserer Bewegung und wie sie mit unserer Weltanschauung, unserem Programm und unserer Partei zusammenhängen. Passenderweise gab es dazu einen Abriss über die Geschichte der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung. In der Diskussion gelang es, die Themen des Wochenendes mit aufzugreifen, die Niederlage des Sozialismus in Europa sowie die darauf folgenden Auseinandersetzungen in der DKP anzureißen. Auch daran wurde klar, dass der Weg voran alles andere als einfach ist und wir noch viel vor uns haben. Aber auch, dass ihn außer uns keiner geht: Der Ort für kämpfende Kommunisten in Deutschland ist die DKP. Wie wir den Kampf organisieren war Inhalt des Seminars. Das nächste findet vom 11. bis 13. November 2024 statt. Jede Gliederung und jeder Genosse und jede Genossin kann davon profitieren.

Benedict Kolbe



# Krieg zwischen den Palästen, Friede zwischen den Hütten

Zur Aktualität des Komponisten Béla Bartók • Von Hanns-Werner Heister

Unter den Bauern herrscht Frieden – Gehässigkeit gegen Menschen anderer Rassen wird nur von höheren Kreisen verbreitet.“ So eine zentrale Erkenntnis von Béla Bartók aus seinem Artikel mitten im Zweiten Weltkrieg, „Volksliedforschung in Osteuropa“ (1943). (Anstelle des früher üblichen unwissenschaftlichen Begriffs „Rasse“ würde er heute „Völker“ oder „Ethnien“ schreiben.) Bartóks Entgegensetzung erinnert an die vielzitierte revolutionäre Parole Georg Büchners und Friedrich Ludwig Weidigs im „Hessischen Landboten“ von 1834, dort ohne das „zwischen“, als immer noch aktueller Aufruf „Friede den Hütten, Krieg den Palästen!“

Bartók gehört mit Mahler, Debussy, Schönberg, Charles Ives, Anton Webern, Alban Berg, Strawinski, Eisler und Schostakowitsch zu den bedeutendsten Komponisten der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Als einziger hat er bäuerliche Folklore kompositorisch verarbeitet. Mahler verwendete hauptsächlich „Volkslied“ und „Volksmusik“ bis hin zum Marsch, so im Anschluss an ihn auch Alban Berg, Debussy allenfalls Kinderlieder, lieber aber „exotische“, nicht-europäische Musik. Ives bevorzugte städtische Folklore und Populärmusik einschließlich religiöser Musik, ohne Letztere desgleichen Eisler wie auch Schostakowitsch; nur Strawinski verfuhr ähnlich wie Bartók, mit russischer traditioneller Musik, aber nur in einer Phase noch vor dem Ersten Weltkrieg.

## „Bauernmusik“ als Material der Musiksprache

Bartóks kompositorische Option ist mit seiner politisch-sozialen Opposition gegen die Herrschenden in Ungarn verknüpft. In einer kurzen nationalromantischen Phase richtete er sich hauptsächlich gegen das „Österreich“ in der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. Seine symphonische Dichtung „Kossuth“ feiert 1903 den ungarischen 1848er Revolutionär. Während der Proben weigerte sich der Erste Trompeter der Budapester Philharmonie, ein Österreicher, die im Werk parodierte habsburgische Kaiser-Hymne „Gott erhalte“ zu spielen. Das ungarische nationalistische bürgerliche Publikum war von dem Werk angetan, obwohl ihm manches daran musiksprachlich zu kühn war.

In „Kossuth“ verwendete Bartók eben jene „ungarische“ Musik, die er,

auch aufgrund von Folkloreforschungen im multinationalen Ungarn, ab 1904 verwarf, da er nun authentische Musik der ländlichen Unterklassen entdeckt hatte. Diese städtische Populärmusik, die „Zigeunermusik“, wie sie vor dem Völkermord der Nazis genannt werden konnte, galt als „magyarisch“, als „ungarisch“ schlechthin, in Operetten wie dem „Zigeunerbaron“ wie schon vorher für Liszt, etwa in seinen „Ungarischen Rhapsodien“, oder Brahms in seinen „Ungarischen Tänzen“. Durchweg wurde wie auch in Verdis „Troubadour“ oder Bizets „Carmen“ die unsichere Lage der meist armen und verfolgten Fahrenden als Freiheit romantisch verklärt.

Bei der Schlüsselstellung der Bauern für seine Musik hallt bei Bartók auch etwas von den Anschauungen der „Narodniki“ nach, der „Volkstümmler“ im zaristischen Russland seit der Aufhebung der Leibeigenschaft 1861. Die Progressiven darunter hofften, ohne den Umweg über den Kapitalismus aus der egalitären und relativ autarken Dorfgemeinschaft als Komponenten der asiatischen Produktionsweise direkt zum Sozialismus übergehen zu können. Marx erwog das 1881 immerhin in einem ausführlichen Antwortbrief an Wera Iwanowna Sassulitsch (1849 – 1919) ausführlich und mit Sympathie.

Bartóks Parteinahme für die bäuerliche Bevölkerung und Musik hat ebenso wie die Reserve gegen die bürgerliche „Zigeuner“-Romantik mit Rassismus, „Klassismus“ und Nationalismus nichts zu tun. Im Gegenteil. Sein Forschungsinteresse wie seine musikalischen Aneignungen wurden bald international, fast schon internationalistisch: „(Ich begann die) Arbeit natürlich mit ungarischer Volksmusik, dehnte sie aber bald auf

die benachbarten Gebiete – Slowakei, Ukraine, Rumänien – aus. Gelegentlich machte ich sogar Abstecher in entlegene Gegenden (Nordafrika, Kleinasien), um einen weiteren Ausblick zu gewinnen.“ (Bartók, „Rassenreinheit in der Musik“, 1942) Einer der Höhepunkte dieser interkulturellen und intersozialen Aneignung ist die „Tanzsuite“ für Orchester. Bartók komponierte sie im Sommer 1923 „als Auftragsarbeit des Budapester Magistrats zum 50. Jahrestag der Vereinigung von Buda und Pest zur neuen Hauptstadt Ungarns. Neben Bartók erhielten auch Zoltán Kodály und Ernő von Dohnányi gleichlautende Aufträge. Pikanterie dieser Geschichte ist, dass das jetzige ultra-christlich-nationale Stadt-Magistrat jene 3 ungarischen

Komponisten wählte, die während der bolschevistischen Regierung das Musik-Direktorium gebildet haben: Während Kodály den ‚Psalmus hungaricus‘ beisteuerte, das grandioseste Chorwerk der ungarischen Musik überhaupt, um die verlogene Moral der neuen Herren mit den eindringlichen Worten des Psalmendichters Sándor Vég aus dem 16. Jahrhundert anzuprangern, begegnete Bartók dem ultrarechten Chauvinismus der neuen politischen Führung mit einer Musik, die vehement die ‚Verbrüderung der Völker‘ – so Bartóks eigene Worte – proklamierte, indem sie die enge Verwandtschaft der südosteuropäischen und vorderasiatischen Volksmusik-Idiome demonstrativ herausstellte. Bartók unternimmt da, in fünf Tänzen und einem Finale, die durch ein mehrfach wiederkehrendes (...) Ritornell zusammengehalten werden, eine musikalische Reise durch die Gegenden seiner Forschungs- und Sammlertätigkeit, ohne auch nur ein einziges originales Volksmusik-Zitat zu verwenden. Zum ‚Charakter‘ der einzelnen Sätze schreibt Bartók im Jahre 1931: ‚No. 1 hat teilweise, No. 4 gänzlich orientalischen Charakter, Ritornell und No. 2 ist ungarischen Charakters, in No. 3 wechseln ungarische, rumänische, sogar arabische Einflüsse; von No. 5 ist das Thema derart primitiv, dass man bloß von einer primitivbäuerlichen Art sprechen kann und auf die Klassifizierung nach Nationalität verzichten muss.‘ Neben diesen dem archaischen Stil der ursprünglichen Bauernmusik nachempfundenen Charakteren taucht im lyrischen Ritornell zum ersten Mal seit langer Zeit eine ‚verbunkos‘-artige Melodie auf, die ihre Quellen eher in der volkstümlichen Kunstmusik hat, die Bartók ja zunächst bekämpfte.“ (Attila Csampai, 2005)

Der „zigeunermusikalische“ „verbunkos“ war ein Werbepanorama im Spätabsolutismus des 18. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der Werbung von Söldnern für das habsburgische Heer. Bartók öffnete also schon früh seine Musiksprache für sehr vielfältige Einflüsse. Das Streben nach Ursprünglichkeit beißt sich, auch wenn sie wie bei Bartók sozial und nicht „ethnisch“ definiert ist, mit der Realität. Alle wollen die älteste, „reinste“ Folklore haben. Aber Mischung, nicht „Reinheit“ ist hier eine Grundkomponente, wie genetisch in der Evolution ganz generell. „Das Vergleichen der Volksmusik der einzelnen Völker ließ klar erkennen, dass da ein ständiges Geben und Nehmen von Melodien vor sich ging, ein ständiges Kreuzen und Wiederkreuzen, das seit Jahrhunderten anhält.“ Migration und Assimilation sind auch hier also geradezu lebensnotwendig. „Wenn für die nähere oder fernere Zukunft ein Überleben der Volksmusik erhofft werden darf (...), dann ist offensichtlich die künstliche (...) Trennung eines Volkes vom anderen für die Entwicklung der Volksmusik sehr ungünstig. Eine vollkommene Absperrung gegen fremde Einflüsse bedeutet Niedergang; gut assimilierte fremde Anregungen bieten Bereicherungsmöglichkeiten.“ (1942)

## Verbrüderung

Im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg betonte er 1942 das Internationale und verknüpfte die soziale Frage mit der Friedensfrage: „Jetzt, da sich diese Völker auf höheren Befehl gegenseitig morden und die dortige (europäische) Welt so aussieht, als wollten die verschiedenen Nationalitäten einander in einem Löffel Wasser ersäufen (...), ist es vielleicht zeitgemäß, darauf hinzuweisen, dass es bei den Bauern keine Spur von grimmigem Hass gegen andere Völker gibt und nie geben wird. Sie leben friedlich nebeneinander, jeder spricht seine eigene Sprache, hält sich an seine eigenen Gebräuche, und findet es ganz natürlich, dass sein anderssprachiger Nachbar das Gleiche tut. Ein schlagender Beweis hierfür ist der Spiegel der Volkseele: die lyrischen Volksliedtexte. In diesen findet sich kaum je eine feindliche Gesinnung gegen fremde Nationalitäten. (1942) Konsequenterweise brachte er schon vor Nazismus und Zweitem Weltkrieg die Aneignung und Verarbeitung regionaler, nationaler und internationaler Folklore auf einen gemeinsamen Nenner: „Meine eigentliche Idee aber (...) ist die Verbrüderung der Völker, eine Verbrüderung trotz allem Krieg und Hader. Dieser Idee versuche ich (...) in meiner Musik zu dienen.“ (Bartók 1931)



Statue von Béla Bartók in London

# Schlachtung einer Ikone

Das linksliberale Feuilleton entledigt sich seiner Vordenkerin Judith Butler



Foto: Eimaystern / Wikimedia / CC BY-SA 3.0 Deed / Bearb.: UZ

Seit 2018 hatten die linksliberalen Strategen Greta Thunberg als Ikone der Klimabewegung groß geschrieben. Die junge Aktivistin wurde zu einer lautstarken, aber systemkonformen Frontfrau von „Fridays for Future“. Gleichzeitig war sie nützlich als Hassobjekt konservativer und reaktionärer Politik.

Nach dem 7. Oktober ließen diejenigen, die die Klimabewegung missbrauchen für den Erhalt des umweltschädlichen Imperialismus, sie fallen wie eine heiße Kartoffel. Greta hielt sich nicht ans Drehbuch. Sie prangerte die israelische Vernichtungspolitik in Palästina an. Innerhalb kürzester Zeit wurde sie vom Sockel gestoßen und wird seitdem als Antisemitin bespuckt.

Ähnliches widerfährt derzeit einem langjährigen Liebling des linksliberalen Feuilletons: Judith Butler, US-amerikanische Philosophin, manchmal fälschlicherweise als Marxistin bezeichnet. Butler hatte es bei einer Veranstaltung in Paris gewagt, die Darstellung der Ereignisse am 7. Oktober durch die israelische Propaganda zu hinterfragen. Sie forderte stattdessen, den Angriff der Hamas und verbündeter Kräfte in den Kontext der israelischen Besatzungspolitik zu stellen.

Den Höhepunkt des medialen Schlachtfests durfte der „Redakteur für besondere Aufgaben“, Jan Feddersen, in der „Taz“ liefern. Wenn es um

Apologeten des israelischen Völkermords geht, scheint immer noch nichts über ehemalige Mitglieder maositischer Sekten zu gehen. Feddersen begann seine politische Karriere im „Kommunistischen Bund“ und schrieb sich dann in der „Taz“ hoch. Jetzt darf er Butler den Todesstoß versetzen. Sie bagatellisiere „verschwörungsbewusst das Maß der sexuellen Gewalt gegen israelische Frauen (und Männer) und ihre Kinder“. Die israelische Armee würde Frauen „wie Soldatinnen“ töten, während die Palästinenser sie „entehrt, entwertet, entmenschlicht“, „schlachtend“ vernichtet hätten. Feddersen wiederkaut die israelische Gräuelpopaganda, die etwa Simone Hofmann in der „Jüdischen Allgemeinen“ gegen Butler breitwalzt. Das Grauen und der Ekel, die sie nacherzählt, gehören seit Langem zum Einmaleins der imperialistischen Kriegspropaganda. Dass diese Erzählung von der UN hinterfragt wird, zählt nicht: „Ich weiß, dass die UN in ihrem Report diesen Bericht nicht als erwiesen ansieht, aber ich glaube

den Männern von ZAKA, die die Leichen wegräumen mussten, da mehr“, schreibt Hofmann. Sie beruft sich auch auf Aussagen von Hamas-Mitgliedern. Diese hätten in israelischen Verhören „seelenruhig“ berichtet, dass ihnen befohlen wurde, „auf die brutalste Weise so viele Frauen und Mädchen wie möglich zu vergewaltigen, zu schänden und zu entstellen“. Wer glauben will, der glaubt. Die Untersuchung des UN-Palästinenserhilfswerks UNRWA, die ergab, dass die israelischen Vorwürfe gegen die Hilfsorganisation auf Aussagen beruhen, die durch Drohungen und Folter zustande kamen, kann nicht irritieren.

Feddersen ist noch gründlicher. Er stempelt Butler nicht nur als unbelehrbare Antisemitin und Terrorfreundin ab. Er stößt gleichzeitig ihre Theorie vom Sockel, die in den vergangenen Jahren ein zentrales Element der Identitätspolitik war. Zugegebenermaßen ist Butlers Gendertheorie postmoderner Mumpitz. Gerade deshalb diene sie in den vergangenen Jahren

den Herrschenden als doppelter Formierungshebel. Die linksliberalen, vor allem akademischen Mittelschichten wurden mit der Debatte um Diversität eingebunden. Politische Gruppen wurden mit „\*- und „“-Debatten gelähmt und vom Klassenkampf wegorientiert. Auf der anderen Seite bietet die Debatte den Formierern von Rechts ein gefundenes Fressen.

Feddersen kritisiert die Ersetzung von „Interessen“ durch „Identitäten“. Zudem wirft er Butler vor, dass ihre Theorie „in Allianz mit dem medizinisch-pharmakologischen Komplex, der seine chirurgischen und chemischen Manipulationsmöglichkeiten begründet sehen wollte“, stehe.

Weder Butler noch ihre Gendertheorie scheint für die weitere ideologische Herrschaftsabsicherung nötig zu sein. In Zeiten von Staatsräson und Kriegsvorbereitung gegen Russland und China braucht es keine unsicheren Kantonisten, sondern herrschaftshörige Kriegsschreiberlinge.



Seit Anfang Februar hat Kuba einen neuen Wirtschaftsminister, auch die Leitung der Zentralbank und anderer Schlüsselbereiche wurde neu besetzt; die umfangreichste Regierungsumbildung seit Jahren. Kubas Sozialismus befindet sich inmitten eines historischen Transformationsprozesses.

Mehr als 500.000 Kubaner haben das Land seit 2021 allein Richtung USA verlassen; weitere sind in alle Teile der Erde migriert.

Die seit 1962 laufende Blockade verschärfend, geriet die Insel ab 2017 in das Zentrum der in dichter Taktung eskalierenden Trumpschen Sanktionspolitik mit ihren mehr als 200 Einzelmaßnahmen, die vom Tourismus bis zum internationalen Marktzugang neuralgische Punkte der Wirtschaft lähmten. Eine erste Energiekrise folgte. Abnehmende finanzielle Spielräume und eine Erosion der produktiven Basis führen manche kubanische Ökonomen auf einen zu langsamen Reformprozess zurück.

Dann kam die Pandemie, die alle wichtigen Devisenbringer abwürgte, was das Land jedoch nicht davon abhielt, zwei hochwirksame Impfstoffe zu entwickeln. Mit der Aufnahme in die „Terrorisatoren“-Liste der US-Regierung im Januar 2021 wurde Kuba zum Pariastaat für internationale Finanzinstitutionen. Die landesweiten Proteste im Juli 2021 markierten einen Höhe-, doch keinen Wendepunkt der Krise.

### Das Ende des Mangels

Inzwischen hat sich die Insel mit eigener Kraft aus der Schockstarre befreit. Überall sind mit Einführung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU, auf Kuba „MIPYMES“ für micro, pequeñas y medianas empresas genannt) seit September 2021 neue Geschäfte entstanden. An jeder Ecke ein neuer Kiosk, ein Textilgeschäft, ein kleiner Supermarkt. Zu kaufen gibt es alles, was es vor der Krise gab, und mehr: spanische Milch, Serrano-Schinken, Nutella und Bier aus aller Welt sind zumindest in Havanna oft nur einen Steinwurf entfernt, das Angebot konstant.

Und der Wandel ist nicht auf die Hauptstadt beschränkt. In der ostkubanischen Provinzstadt Contramaestre fand Ende 2023 einer der zahlreichen Märkte („Ferias“) statt, bei denen inzwischen der Privatsektor überwiegt. Kleidung, Haushaltswaren und allerlei Lebensmittel, die vor Jahren nicht einmal in Havanna auffindbar gewesen wären, wechseln in der Provinz den Besitzer. Der staatliche Einzelhandel hat sich mangels Devisen teilweise mit den KMU assoziiert, um das Sortiment aufzustocken. In jedem noch so kleinen Dorf gibt es mittlerweile mindestens einen Kiosk, der einen großen Teil des Sortiments der ehemaligen CUC-Geschäfte (der 2021 abgeschaffte konvertible Peso wurde 1994 eine Parallelwährung zum US-Dollar) gegen Landeswährung verkauft. Die Öffnung des Außenhandels für den Privatsektor ist ein neuer Weg, auch wenn dieser meist über Staatsbetriebe und Joint Ventures erfolgt. Dessen Ergebnisse sind nach gerade einmal zwei Jahren bis in die entlegensten Winkel des Landes sichtbar. 2023 haben die KMU Waren im Wert von mehr als einer Milliarde US-Dollar eingeführt, was der Hälfte aller Lebensmittelimporte des Vorjahres und rund 10 Prozent der Gesamtimporte entspricht. Eine beträchtliche Summe, die der Staat für andere Dinge einsetzen konnte.

Im Unterschied zur 2010 ausgeweiteten „Arbeit auf eigene Rechnung“ verfügen die KMU über eine eigene Rechtsform und dürfen bis zu 100 Personen beschäftigen. Sie operieren in der Regel als „Sociedad de Responsabilidad Limitada“ (SRL), die in etwa einer deutschen GmbH entspricht. Damit sind neben einem attraktiveren Steuersystem, Haftung über das Firmeneigentum und Zugang zum Außenhandel auch Kooperationen mit dem Staatssektor und ausländischen Investoren möglich. Gründungen sind nun in sämtlichen Branchen mit Ausnahme einer 112 Punkte umfassenden Negativliste erlaubt, die vor allem traditionell

staatliche Tätigkeitsfelder wie Militär, Gesundheitswesen, Wasser- und Energiewirtschaft, aber auch Bergbau, Medien, Zuckerindustrie und Großhandel umfasst. Letzterer ist inzwischen explizit für ausländische Investitionen geöffnet. Neue Onlineshops sind entstanden, mit eigener Logistik und eigenem Lieferservice, in denen vom Gefrierhühnchen über Textilien, Medikamente und Pkw bis hin zu Baumaschinen, Traktoren und Mähdreschern so gut wie alles gegen Devisen erworben und eingeführt werden kann. Der Begriff der Mangelwirtschaft trifft inzwischen jeden Tag ein Stück weit weniger auf die kubanische Wirklichkeit zu. In einigen Bereichen hat sich der Verkäufermarkt bereits zu einem Käufermarkt gewandelt, der möglicherweise noch am Anfang seiner Entwicklung steht.

Die Preise im Privatsektor bilden sich in der Landeswährung entlang des informellen Wechselkurses, der im Dezember 2023 bei rund 270 Pesos pro US-Dollar lag. Sie sinken mit dem Angebot: Der Preis für eine Dose Bier fiel zum Beispiel von 300 Pesos bis Ende 2023 auf rund 220 Pesos (etwa 0,75 Euro).

sich als Importeur verdingt, mit spanischen Firmen Verträge abschließt, um anschließend mit der Gemeindeverwaltung über die Anmietung eines Lagerhauses zu verhandeln. Nicht wenige sehen sich in gesellschaftlicher Verantwortung und spenden Teile ihrer Einnahmen an soziale Projekte ihres Viertels. Andere haben sich zum Ziel gesetzt, möglichst viel Geld zu verdienen; auch Auslandskubaner und Ausländer mischen über Strohmänner im Privatsektor mit. Die meisten KMU-Inhaber, mehr als 75 Prozent, sind männlich. 40 Prozent der Betriebe haben ihren Sitz in Havanna.

### Widersprüche

Durch Kubas Hauptstadt weht ein neuer Wind. Das Angebot hat sich in alle Richtungen erweitert. Ausländische Softdrinks bedrängen die lokale Fruchtsaftproduktion; neue Importzölle für Fertigwaren sollen helfen, nun wieder heimische Produktion zu fördern.

Auch auf den Straßen ein ungewohntes Bild: Ein nagelneuer roter Porsche Cayenne fährt die Calle 23 im Herzen Vedados entlang. Riesige SUV



Sammlung frischer Milch auf Kuba. Derzeit hat die kubanische Regierung Probleme, die Versorgung von Kindern unter sieben Jahren mit einem Kilogramm Milchpulver im Monat sicherzustellen.

Auch die heimische Produktion erlebt eine zarte Blüte. Butter, Käse und Trockenfrüchte „Made in Cuba“ beanspruchen ihren Platz in den Regalen von neu entstandenen „Tante-Emma-Läden“. Kleine Lebensmittelindustrien haben sich in stillgelegten Staatsfabriken angesiedelt und private Baubetriebe renovieren Krankenhäuser und Schulen. Die von Karl Marx beschriebene „allgemeine Formel des Kapitals“, der Kreislauf Geld – Ware – mehr Geld, kommt mehr als ein halbes Jahrhundert nach der „revolutionären Offensive“ (1968 wurden kleine und mittlere Privatunternehmen verstaatlicht) wieder ins Rollen.

Eine Studie aus dem Frühjahr 2023 gibt Einblick in die Zusammensetzung des KMU-Sektors, der bis Ende 2023 9.747 genehmigte Betriebe mit 262.000 Beschäftigten zählte und rund 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts stellte. So sind 50,4 Prozent der KMU Kleinbetriebe mit elf bis 35 Angestellten. 27,5 Prozent sind mittlere Betriebe mit 36 bis 100 Beschäftigten. 22,1 Prozent sind Kleinbetriebe, deren Belegschaft maximal 10 Personen umfasst. 34 Prozent sind im Bereich Nahrungsmittelherstellung und -vermarktung angesiedelt, wozu auch die Gastronomie zählt. Beschränkt man die Auswahl auf reine Lebensmittelproduzenten, arbeiten 15 Prozent in diesem Bereich. 21 Prozent sind in anderen produktiven Gewerben tätig, wie Baugewerbe und Leichtindustrie. Die relative Mehrheit von 45 Prozent bietet Dienstleistungen an, deren Bandbreite vom Handel über Schönheitssalons, diverse Transport- und Reparaturdienste bis hin zur Entwicklung komplexer Software reicht.

Die Gesichter hinter den KMU spiegeln die Gesellschaft wider: Die ehemalige Dorfbibliothekarin, die heute einen Kiosk betreibt, ist genauso vertreten wie der umtriebige Köhler, der

und Kühltrucks aus den Vereinigten Staaten sind ab und an selbst in der Provinz zu sehen, möglich durch eine 2022 eingeführte Sanktionslockerung, welche die Einfuhr von US-Fahrzeugen für Privatbetriebe und -personen erlaubt. Wenige Ecken weiter, in einer Nebenstraße, durchwühlt ein verwahrlost aussehender älterer Mann den Müll. Zwei Ansichten, die noch vor wenigen Jahren Gegenstand wilder Zukunftsszenarien waren.

Während die „Sonderperiode“ der 1990er Jahre einen für alle gleichmäßig drastischen Wohlstandsverlust bedeutete, treten jetzt soziale Unterschiede offen zutage. Die Differenzierung der kubanischen Gesellschaft ist keine Neuigkeit mehr, hat jedoch mit der aktuellen Krise weithin sichtbare Aus-

drucksformen angenommen. Manche Konsumgewohnheiten unterscheiden sich nur wenig von denen in anderen Teilen der Welt: Social Media, Netflix, Pizza bestellen und spätabends mit dem Taxi nach Hause zu fahren gehört zum Alltag.

Die seit 2019 flächendeckend verfügbaren und mittlerweile günstigen Mobildaten haben wie ein Katalysator auf die private Digitalwirtschaft gewirkt, die mit der staatlichen Förderung des Onlinehandels Rahmen und Auftrieb erhält. Vieles von dem, was von Touristen zum „authentischen, vom Konsumterror unbefleckten Kuba“ verklärt wird, ist in Havanna bereits Geschichte.

Anders als noch vor wenigen Jahren richten sich die Angebote im Privatsektor heute primär an das heimische Publikum. Doch woher stammt

# Aufbruch ins Kubas Wirtschaft zwischen Krise und

sektor. Der durchschnittliche Monatslohn beträgt hier 4.209 Pesos (rund 16 Euro). Gegenüber 2019 ist die Kaufkraft der staatlichen Löhne um rund 55 Prozent eingebrochen und bewegt sich heute in etwa auf dem Niveau des Jahres 2007.

Die Löhne im kubanischen Staatssektor reichten trotz Subventionen kaum zum Leben, wie Raúl Castro mehrfach einräumte. Das hat nicht nur die externe, sondern auch die ökonomische Binnenmigration vom Staats- in den Privatsektor beschleunigt. Viele Stellen im Staatssektor bleiben unbesetzt; kommunale Dienste, Transport und Verwaltungsapparat sind ebenfalls betroffen.

Insbesondere Rentner ohne Familienanschluss, deren Bezüge 2.000 Pesos nur selten überschreiten, sind von Armut betroffen. Sie sind mehr denn je auf die 1998 eingerichteten staatlichen Suppenküchen („Sistema de Atención a la Familia“, SAF) angewiesen.

Mit der Abschaffung des konvertiblen Pesos (CUC), mit dem der Wechselkurs des Pesos von 1:1 auf 1:24 zum US-Dollar im Staatssektor abgewertet wurde, kam es zu Inflation. Ziel der Reform war die Schaffung wirksamer Anreize für Exporte, indem korrekte Preissignale gesetzt werden; der soziale und politische Preis mit teilweiser Dollarisierung der Wirtschaft war jedoch hoch. Der ursprüngliche Plan einer graduellen Abwertung ab 2016 wurde immer wieder verschoben und schließlich verworfen.

Die kubanische Wirtschaft ist seit jeher eine „offene Wirtschaft“, deren Produktion weitgehend auf Importe von Vorprodukten angewiesen ist – eines der strukturellen Probleme, das mit der Peso-Abwertung um 2.400 Prozent, auf 1:24 zum US-Dollar, angegangen werden sollte. Deren langfristig positive Wirkung bei der Förderung von Exporten und der Verteuerung der Importe führte allerdings kurzfristig zu einer zusätzlichen Belastung der Unternehmen, die der Staat mangels finanzieller Reserven und ohne Unterstützung durch internationale Finanzinstitutionen kaum abfedern konnte. Erst mit der Zunahme von Importen durch den Privatsektor und neuen Zollerleichterungen für Privatpersonen begann sich das Angebot ab 2022 wieder zu verbessern.

Administrativ festgelegte Preise und ein von der realwirtschaftlichen Entwicklung entkoppelter Staatssektor erweisen sich als Hemmschuh für die Entwicklung der Produktivkräfte. Die Zulassung von KMU und privatem Handel war dabei – anders als oft kolportiert – keine verspätete Antwort auf die Versorgungskrise oder die Proteste vom Juli 2021. Sie ist bereits seit 2017 in den Schlüsseldokumenten der KP Kubas als Teil des neuen Wirtschaftsmodells



Die Preise für Kraftstoffe wurden am 1. März erhöht.

Foto: MINAGCuba

Foto: Enrique González (Enro) / Cubadebate



# Unbekannte

Neuanfang • Von Marcel Kunzmann

verankert. Ihre Umsetzung war keine taktische Maßnahme, sondern markiert zugleich einen zentralen strategischen Meilenstein des Reformprozesses.

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, das nach dem alten Berechnungsschema im Jahr 2020 bei 9.499 US-Dollar lag, errechnet sich nach der Währungsreform bei 2.044 US-Dollar für das Jahr 2021, etwas mehr als die Hälfte des Werts von Vietnam, das in den späten 2000er Jahren an Kuba vorbeizog. Im regionalen Vergleich hat sich Kuba damit vom Mittelfeld vor Haiti auf den vorletzten Platz in Lateinamerika bewegt.

rablen Gruppen zugutekommen. Erste Libreta-Geschäfte („Bodegas“) haben bereits zusätzliche Produkte wie Duschgel, Gewürze, Bier und andere Lebensmittel zu nicht subventionierten Preisen im Sortiment.

Die Gehälter im Bildungs- und Gesundheitswesen sind als Teil des Stabilisierungsprogramms zum 1. Januar 2024 angehoben worden. Das Basisgehalt eines Grundschullehrers beträgt 4.010 Pesos pro Monat, ein Familienarzt verdient im ersten Jahr 5.060 Pesos. Damit sollen die Arbeitskräftefluktuation eingedämmt und ein Anreiz zur Wieder-

Die auf dem VIII. Parteitag 2021 aktualisierten Reformdokumente definieren die kubanische Ökonomie als ein „sozialistisches Wirtschaftssystem (...) mit planmäßiger Leitung der Wirtschaft, das den Markt anerkennt und diesen im Interesse der Gesellschaft kontrolliert und reguliert“. Das „Eigentum des gesamten Volkes an den Produktionsmitteln“, das von privatem und genossenschaftlichem Eigentum ergänzt wird, steht als die hauptsächliche Eigentumsform im Vordergrund.

Kubas ehemaliger Wirtschaftsminister José Luis Rodríguez benennt die Warenproduktion als deutlich älter als der Kapitalismus und auch im Sozialismus nicht einfach aufzuheben: „Die Aufhebung des Marktes als Mittler bedarf eines langen historischen Prozesses der Produktivkraftentwicklung.“ Plan und Markt seien keine Gegensätze, Letzterer müsse

1. Lokomotiven im „Markt-Modus“: Grundsätzlich profitable oder profitabel zu machende Unternehmen (weit über 1.000) mit weitgehender Autonomie und eigenständiger Versorgung am Markt, die nicht vor Insolvenz geschützt sind.

2. Monopole: Betriebe wie der staatliche Energieversorger Unión Eléctrica, die Wasserwirtschaft oder der Ölkonzern CUPET fallen in diese Kategorie von rund 200 Unternehmen. Sie werden – falls nötig – weiterhin Subventionen erhalten und arbeiten als Monopole ohne Konkurrenz.

3. Grundversorger im „händischen Modus“: Stark subventionierte Unternehmen, die einen wichtigen Beitrag zur Grundversorgung leisten – zum Beispiel Apotheken, Optiker, kommunale Dienste und Transportunternehmen.

Der Staat ist in Vertretung des Volkes Eigentümer durch ein zu gründendes „Nationales Institut für staatliche Unternehmensvermögen“ (INAE), das dem Ministerrat unterstellt ist und Restrukturierungen anleiten soll. Es erinnert in seinem Aufbau an die „Kommission zur Kontrolle und Verwaltung von Staatsvermögen“ in China: Anders als im Fall der Leitung durch die Ministerien soll sich das INAE aus Ökonomen und Finanzexperten zusammensetzen, die ausschließlich auf die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen zu achten haben, womit eine Rückkehr der Mikrosteuerung verhindert werden soll.

Die Leitungsorgane der jeweiligen Unternehmen setzen sich aus einem Vertreter des Eigentümers in Form eines vom INAE eingesetzten Aufsichtsrats („Junta de gobierno“) und einem Vorstand („Consejo de dirección“) zusammen, wobei der Aufsichtsrat über weitreichende strategische Kompetenzen verfügt. Die Auswahl der Mitglieder des Aufsichtsrats ergibt sich auf Basis von Kriterien wie Management-, Finanz- und Branchenexpertise und rotiert periodisch. Er muss darüber hinaus einen Arbeitervertreter enthalten, der von der Gewerkschaftsorganisation des Betriebs ausgewählt wird.

## Aufgaben der KP Kubas

Die PCC selbst steht indes vor massiven Herausforderungen. Die Notwendigkeit der „Aktualisierung“ und Stärkung des marxistischen Denkens ist bereits 2011 als Teil der „Leitlinien“ des VI. Parteitags beschlossen worden. Das wäre nötig, um den Reformprozess ideologisch anzuleiten, aus der Partei selbst heraus kohärent begründen und langfristig projektieren zu können. Der Blick richtet sich auch hier in die sozialistischen Bruderländer, namentlich China, Vietnam und Laos, mit deren Kommunistischen

Umsetzung der Wirtschaftsmaßnahmen einzusetzen. Die Reform der Medien im Rahmen eines neuen Pressegesetzes, das im Mai 2023 bereits durch die Nationalversammlung verabschiedet worden ist, liegt auf Eis. Andere gesellschaftliche Reformprojekte wie die Einführung der „Ehe für alle“ als Teil des neuen Familiengesetzes oder die Aktualisierung des Strafgesetzbuches wurden bereits 2022 umgesetzt.

Wie es langfristig um die in der Verfassung verankerte Rolle der Partei als „führende Kraft von Staat und Gesellschaft“ bestellt ist, wurde zuletzt wieder Gegenstand von Spekulationen.

In einer seltenen öffentlichen Rede ergriff der 92-jährige Raúl Castro am 2. Januar anlässlich des 65. Jahrestags der Revolution das Wort und stärkte Díaz-Canel den Rücken: „Ich weiß, dass ich die Meinung der historischen Generation zum Ausdruck bringe, wenn ich das Vertrauen in diejenigen bekräftige, die heute Führungsverantwortung in unserer Partei und Regierung sowie in den anderen Organisationen und Institutionen unserer Gesellschaft tragen“, so Castro. Es gebe in der Revolution „keine Widersprüche zwischen den Generationen (...)“, weil es unter ihren Kindern weder Neid noch Machtgier gibt; unterstrich er den erfolgreichen Abschluss des 2018 eingeleiteten Generationenwechsels. „Keiner von uns alten Kämpfern klammert sich an Positionen (...) und solange wir noch Kraft haben, werden wir den uns zugewiesenen Posten bekleiden, wie bescheiden er auch sein mag.“ Der aktuellen Führungsriege schuf er freies Feld für personelle Umbildungen: „Diejenigen, die aufgrund unzureichender Kapazitäten, mangelnder Vorbereitung oder einfach nur, weil sie müde, dem Moment nicht gewachsen sind, müssen ihre Position an einen anderen Genossen abgeben, der bereit ist, die Aufgabe zu übernehmen.“ Die „Granma“-Ausgabe, in der die Rede erschien, zeigt, wie Raúl sowie Ramiro Valdés (91) und Machado Ventura (93), prägende Kader des Innenministeriums und der Partei und heute nach Raúl die beiden einflussreichsten „históricos“, gemeinsam mit Díaz-Canel die Fäuste nach oben strecken.

Auf Beschluss des Ministerrats soll Castros Rede „in den Basisorganisationen von PCC, Jugendverband und den Regierungsstrukturen“ analysiert und diskutiert werden. Gleichzeitig wurde Ende Januar zum ersten Mal seit Jahren eine größere Volksauskunft über das Reformprogramm und gesellschaftliche Fehlentwicklungen ins Leben gerufen, wobei Díaz-Canel Parallelen zur 1986 von Fidel Castro gestarteten „Berichtigung von Fehlern“ („Rectificación“) zog. Die Stoßrichtung auf wirtschaftli-



Ein junger Essensauslieferer überholt mit seinem Fahrrad einen „vorrevolutionären“ Straßenkreuzer.

Dass Kubas BIP pro Kopf stets gut 80 Prozent unter jenem Wert lag, der jahrelang als feste (und einzige) Größe galt, ist ein Paukenschlag: Es macht Kuba von einem Middle- zu einem Low-income Country und zeugt zugleich von der wachsenden Möglichkeit und Bereitschaft, reale Daten und Verhältnisse als Entscheidungsgrundlage zu nutzen.

Das ab 2011 entworfene und 2016/17 konkretisierte neue sozialistische Entwicklungsmodell, mit dem die Regierung die Grundlagen für steigenden Wohlstand unter Wahrung sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit im Rahmen eines „prosperierenden und nachhaltigen Sozialismus“ legen will, soll bis zum nächsten Parteitag 2026 in seinen Kernelementen implementiert sein. Präsident Miguel Díaz-Canel kündigte im Juli 2023 „unumgängliche strukturelle Veränderungen der kubanischen Wirtschaft“ für die nächsten drei Jahre an, deren Beginn ein „makroökonomisches Stabilisierungsprogramm“ ist.

Treibstoff wird seit 1. März für Touristen ausschließlich in Fremdwährung verkauft. Ein Liter Superbenzin ist an 30 neu eingerichteten Devisentankstellen mit 1,30 US-Dollar bepreist. Für kubanische Privatpersonen ist der Literpreis für Kraftstoff mit 94 Oktan von 30 Pesos (etwa 10 Eurocent) auf 156 Pesos (etwa 50 Eurocent) gestiegen. Inlandsflüge, Fernbus- und Zugfahrten sollen in einem späteren Schritt bis zu 700 Prozent teurer und nach dem 24:1-Wechselkurs im Staatssektor subventionsfrei werden. Der Strompreis für Privathaushalte wurde für Vielverbraucher ab 500 kWh pro Monat um 25 Prozent angehoben. Er wird allerdings auch nach den Änderungen weiterhin bezuschusst.

Die Libreta – eine Lebensmittelkarte – soll im Laufe des Jahres größere Anpassungen erhalten. Ihre Abschaffung zugunsten zielgerichteter Formen der Unterstützung war bereits 2008 angekündigt worden. Sie wird als Verteilungsinstrument absehbar beibehalten, allerdings werden die Preisstützen in diesem Jahr erstmals differenziert; Subventionen sollen vor allem vulne-

aufnahme der Beschäftigung in diesen Bereichen gesetzt werden. Zudem wurde ein neuer Wechselkurs angekündigt.

Um Anreize für lokale Produktion zu setzen, werden die Zölle für Rohstoffe und Zwischengüter um 50 Prozent gesenkt. Mit der Zollreform soll auch der weitverbreiteten Unterdeklarierung von Einnahmen entgegengewirkt werden, indem Gewinne direkt beim Import abgeschöpft werden. Lange Zeit war Kuba eine „Cash only“-Ökonomie, was Privatbetrieben ermöglichte, nur 20 Prozent ihrer Umsätze beim Fiskus anzugeben. Seit dem 2. Februar müssen alle Geschäfte mindestens eine Form bargeldloser Bezahlmethoden anbieten. Die Umsatzsteuer von 10 Prozent, die bislang nur für Verkäufe im staatlichen Einzelhandel erhoben wurde, gilt seit diesem Jahr für die gesamte Wirtschaft.

Das Programm wurde teilweise fälschlich als „neoliberale Schocktherapie“ kritisiert; aber es gibt weder Privatisierung von Staatsbetrieben noch Sozialabbau. Eher geht es um ein „Aufräumen der Tabellen“, mit dem der Inflation Rechnung getragen werden soll, indem offene Finanzlöcher geschlossen und eine erneute Abwertung des Pesos 120:1 vorbereitet werden. Die Verschiebung von Subventionen hin zur zielgerichteten Unterstützung für Bedürftige verfolgt das Ziel, die verfügbaren Mittel wirksamer zu nutzen. Auch muss das hohe Haushaltsdefizit von 18 Prozent gegenfinanziert werden. Allein für das kostenlose Bildungs- und Gesundheitssystem müssen 46 Prozent der Staatsausgaben aufgewendet werden. Insgesamt betragen die geplanten Sozialausgaben 63 Prozent des Budgets für 2024, 10 Prozent weniger als im Vorjahr.

## Mehr Markt geplant

Ein Hauptbestandteil des neuen Modells ab der zweiten Jahreshälfte 2024 ist die Reform der Staatsunternehmen. 2023 stellten die Staatsunternehmen 87 Prozent des BIP und kamen für 75 Prozent aller Exporte sowie 92 Prozent aller Verkäufe auf; 80 Prozent aller Gewinne werden in nur 56 Betrieben erwirtschaftet.

als Werkzeug der Planung genutzt werden. Die strukturellen Probleme der Zentralverwaltungswirtschaft sollen nach dem Vorbild Chinas und Vietnams gelöst werden. Zentraler Angelpunkt ist die Autonomie der Betriebe und davon ausgehend die Abschaffung der „weichen Budgetbeschränkung“ (wie sie der ungarische Ökonom János Kornai als definierendes Merkmal der klassischen sozialistischen Ökonomie beschrieben hat) für weite Teile des staatlichen Unternehmenssektors.

Im Dezember 2023 wurde ein erster Entwurf des Unternehmensgesetzes („Ley de Empresas“) veröf-



Ein Verkäufer von Kochbananen in den Straßen der kubanischen Hauptstadt Havanna.

fentlich, dessen Verabschiedung für Sommer 2024 geplant ist. Darin wird als Ziel der Staatsunternehmen festgelegt, „zur Entwicklung des Landes auf Basis ihres kontinuierlichen ökonomischen Wachstums mit Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit beizutragen“. Künftig sollen Staatsunternehmen drei verschiedenen Typen zugeordnet werden:

Parteien die PCC bereits seit Jahrzehnten einen engen ideologischen Austausch pflegt.

Eine ursprünglich für das erste Trimester 2024 angesetzte Konferenz der Kommunistischen Partei, auf der Weltanschauung und Arbeitsweise der PCC diskutiert werden sollten, wurde auf die zweite Jahreshälfte verschoben, um alle institutionellen Kapazitäten für die

chem Gebiet ist diesmal die Schaffung eines gesellschaftlichen Konsenses zur Fortsetzung der Reformen und der Bekämpfung von Korruption.

Der Text wurde redaktionell stark gekürzt. Die Langfassung (PDF) findet sich hier: [kurzlinks.de/UZ-Kuba2024](https://kurzlinks.de/UZ-Kuba2024)

Foto: Joaquín Hernández / Xinhua

Foto: Joaquín Hernández / Xinhua





**Aktuell:  
NEUE UZ-  
Broschüre**  
„Chinas Weg zum  
Sozialismus“

Manfred Sohn  
Conny Renkl  
Domenico Losurdo  
Hannes Fellner  
Hans Heinz Holz

DIN A 5, 64 Seiten, far-  
big, 5,- €  
3 Ex.: 10,- €  
10 Ex. 25,- €  
**uzshop.de**  
Tel.: 0201 17788925

**Chinas Weg  
zum Sozialismus**

Texte zur Debatte in der DKP  
zur Entwicklung der VR China

**In einer außerordentl. KMV diskutiert die DKP Hannover:**

**Was ist heute rechts, was ist heute links?  
Wer sind heute Bündnispartner im Friedens-  
kampf und im antifaschistischen Kampf?**  
Einleitungsreferat: Gen. Klaus Hartmann

**Zeit: Sa, 13. April 2024, von 13:30 bis 17:30 Uhr**  
Ort: Stz Stöcken, Eichsfelder Str. 101, 30419 Hannover  
(direkt an Station „Stöckener Markt“ U-Bahn 5/Stöcken)

Im Stadtteilzentrum keine Bewirtung!  
Gäste ohne Mitgliedsbuch und Genossinnen u. Genossen,  
die nicht zur Kreisorg. H. gehören, sind herzlich willkom-  
men.

Anmeldung bis 6. 4. 24 an [postmaster@dkp-hannover.de](mailto:postmaster@dkp-hannover.de)  
erforderlich. Antragsschluss ebenfalls am 06. April.



**Entschleunigung  
Ruhe & Natur satt im  
Müritz-Nationalpark**  
3 FeWo für je 2-3 Personen,  
ganzjährig in Kratzelburg-Granzin,  
Tel: 039822/299488  
[joergtrinogga@web.de](mailto:joergtrinogga@web.de)  
[www.trinogga.de](http://www.trinogga.de)

„Die Kolumne von Karl Rehn-  
nagel ist einfach genial und  
jedes Mal ein Highlight in  
der Zeitung.“

**Karl Rehnagel „Kolumne  
oder so zwo“ – Das Buch**

6,00 Euro / [uzshop.de](http://uzshop.de)

**Urlaub im Lotsenhaus  
an der Ostsee**  
(14 km von Stralsund)  
3 komfortable Fe.-Wo.

**Erich und Michaela Bartels**  
Näheres: Tel. 03831 – 459 366  
[www.ferien-im-lotsenhaus.de](http://www.ferien-im-lotsenhaus.de)

**Toskana, nah am Meer**  
[www.toskana-biohof.de](http://www.toskana-biohof.de) | 0039.0566.81478

Ökohof im Olivenhain,  
weiter Blick, Stille;  
große helle Zimmer,  
viele gute Bücher,  
Haus oder Häuschen;  
Kinderparadies.

# 1. Mai in Havanna

## Leserreise mit UZ und Cuba Libre

- ★ **Havanna**
- ★ **Santa Clara**
- ★ **Cienfuegos**
- ★ **Playa Girón**

- ★ **1. Mai – Demonstration  
und Feier in Havanna**
- ★ **Bildungseinrichtungen**
- ★ **ökologische Projekte**
- ★ **staatliche und private Betriebe**
- ★ **Gewerkschaften**
- ★ **Solidaritätsprojekte**
- ★ **Centro Fidel Castro**
- ★ **Che-Guevara-Mausoleum**





**Kuba**  
**25. April bis 10. Mai 2024**

Preis pro Person im DZ: 2992,- Euro  
(EZ-Zuschlag: 270,-Euro)

**Ausführliches Programm und Anmeldung:**  
[thomas.brenner@unsere-zeit.de](mailto:thomas.brenner@unsere-zeit.de)

**Buchvorstellung & Diskussion**  
**Der junge Engels**

**Dienstag, 26. März 2024,  
19 bis 21 Uhr, Alte Feuerwache, Wuppertal**

Mit: **Dirk Krüger, Autor des Buches** | **Tabea Becker,**  
**CommPress Verlag GmbH** | **Manfred Sohn, Marx-  
Engels-Stiftung** | **SDAJ und DKP Wuppertal**

Herausgegeben mit Unterstüt-  
zung der Marx-Engels-Stiftung  
auf der Grundlage der Beiträge  
von Dirk Krüger im Wupper-Re-  
port, der Zeitung der DKP Wup-  
pertal



104 Seiten, A5, 8 Euro  
**Subskriptionspreis  
bis 26. 3. 2024: 6 Euro**

Bestellungen: [uzshop.de](http://uzshop.de)  
[shop@unsere-zeit.de](mailto:shop@unsere-zeit.de)

Wir gratulieren herzlich unserem Freund und Genossen



**Gernot Linhart**  
\*24. 3. 1944



**zum 80. Geburtstag**

Gernot läuft und läuft und läuft ..., macht bei jedem Früh-  
jahrslauf das Führungsfahrrad und dirigiert die LäuferInnen  
in die richtige Richtung, schreibt und schreibt und schreibt  
in die richtige Richtung und wartet dann auf ein Echo, liebt  
oder liebte Georg Kreisler, kennt in Gießen alle geheimen  
Fahrradwege, liebt die schweigsame Stille und bringt sie  
zuverlässig auf den Punkt, wie seine Gießener-Echo-Artikel.

Alles Gute, Gesundheit und Kraft für den Friedenskampf, für  
deine Aktivitäten in der Parteigruppe und dein Engagement  
in der Friedensbewegung und wann immer du gebraucht  
wirst.

**Deine Genossinnen und Genossen der DKP Gießen**

## „Friedensangebot“ I



**29,90 Euro**

**Kapuzenpullover**



**Gratis dazu**

**Tragebeutel**

## „Friedensangebot“ II



**plus**

**Kaffeebecher**



**plus**

**Halstuch**



**Drei Aufkleber**

**15,00 Euro**

Bücher - Kuchen - Live Musik - Cocktails - BBQ

# FRIEDENSFEST

Für internationale Solidarität,  
Frieden und Freundschaft



14-22 Uhr

**15. Juni 2024**  
**Karl-Liebnecht-Schule**  
Am Stadtpark 68 - Leverkusen  
[www.kls.dkp.de](http://www.kls.dkp.de)



## NEUE FLYER DKP – Positionen zur EU-Wahl 2024

Gemeinsam kämpfen –  
für Frieden, Arbeit und unsere  
demokratischen Rechte

Positionen der DKP  
zur EU-Wahl 2024




EU-Wahl 2024  
**DKP  
wählen**

6 Seiten Wickelfalz  
10 Ex.: 1,- € | 25 Ex.: 2,- €  
100 Ex.: 5,- €

[uzshop.de](http://uzshop.de) | Tel.: 0201 17788925



**uzshop.de | Tel: 0201 17788925**



## So wird das gemacht

### UZ-Kampagne nimmt Fahrt auf

Hätten wir einen sozialistischen Wettbewerb ausgerufen, wären die Genossinnen und Genossen im Rheinland wohl weit vorne. Seit dem 1. März läuft unsere UZ-Kampagne „1.000 neue Abos werben!“. Bei den UZ-Friedenstagen Ende August geht es in die Zielgerade. Die DKP Aachen beschloss am 7. März auf ihrem Gruppenabend, mindestens 10 Probe-Abos einzuwerben. Zur Vorbereitung befassten sich die Genossinnen und Genossen mit der aktuellen Zeitung und lasen gemeinsam den Text von Manfred Sohn „Wenigstens im Prozess ihres Werdens“ zu den Voraussetzungen der sozialen Revolution. Beschlossen wurde, künftig für jeden Infotisch 20 UZ zu bestellen – und auch, wer dafür verantwortlich ist. Fragestellungen in der Gruppe waren: „Welche Genossen haben kein UZ-Abo? Sie sollten zumindest ein kostenloses Probeabo machen. Wer ist in unserem Umfeld? Welchen Bekannten, welche Freundin kann ich ansprechen? Alle machen sich Gedanken dazu und setzen die Ergebnisse in die Tat um.“ Und ganz wichtig: „Auf jeder MV wird der Stand abgefragt.“ Auf dem Gruppenabend wurden denn auch vier Probe-Abos von Genossinnen und Genossen gemacht, die noch kein Abo haben. Ein weiteres kam auf der Frauentags-Demo dazu. Chapeau! Swantje Höhne, Vorsitzende der DKP Neuss und Kandidatin der DKP zur EU-Wahl, hat schon vier ausgefüllte Abo-Listen nach Essen geschickt. Sie schrieb an UZ, warum und wie sie sich in die Kampagne reinhängt: „Die UZ gibt uns die Möglichkeit, unsere Anti-Kriegs-Position zu verbreiten. Ich habe bis jetzt 12 Probe-Abos geworben. Immer wieder bin ich mit politisch interessierten Menschen im Gespräch. Da war es ein Leichtes zu fragen, ob sie nicht unsere Parteizeitung kostenlos probelernen möchten. Viele finden es gut, dass das Abo automatisch ausläuft und sie in keine Kostenfalle tappen. Natürlich hoffe ich dennoch, dass auch dauerhafte Abos herauskommen und die UZ dadurch besser finanziert werden kann. Es gibt weitere Genossinnen und Genossen aus der Parteigruppe, die fleißig sammeln, und auch ich werde auf dem Ostermarsch, am 1. Mai, in der Kneipe und bei Gewerkschaftstreffen für die UZ werben. Ich bin sicher, dass wir auf über 20 Probe-Abos kommen.“ Wir haben zwar keinen sozialistischen Wettbewerb ausgerufen, aber mitmachen dürft ihr trotzdem! Schickt eure Berichte, Erfahrungen und Bilder von der UZ-Verteilung gerne an: [redaktion@unsere-zeit.de](mailto:redaktion@unsere-zeit.de)

Wera Richter



# Sagen, Was ist!

## UZ-Kampagne: 1.000 neue Abos werben



Die EU-Wahl-Kandidatinnen der DKP, Shabnam Shariatpanahi und Meike Siefker, mit der UZ in Aktion

### termine@unsere-zeit.de

#### FR ★ 22. MÄRZ

**Frankfurt (Oder):** „Ursachen des Nahost-Konflikts und mögliche Lösungswege“ mit Lutz Kleinwächter (WeltTrends), RotFuchs-Regionalgruppe Frankfurt (Oder), Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15 Uhr

**Ludwigsfelde:** „Soli-Arbeit der DDR – ein unverzichtbarer Beitrag zur Dekolonialisierung“ mit einem Vertreter der Internationalen Forschungsstelle DDR, Deutsch-Chinesischer Freundschaftsverein, Kinosaal im Klubhaus, Theodor-Fontane-Straße 42, 17 Uhr

#### SA ★ 23. MÄRZ

**Rostock:** „Die Umwelt- und Klimapolitik der Bundesregierung“ mit Reinhard Schiffel, RotFuchs-Regionalgruppe Rostock, Mehr-Generationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 10 Uhr

**Zwickau:** „Die Reaktionen der Russischen Föderation auf das Manöver Steadfast Defender 2024“ mit Oberst a. D. Gerhard Giese, RotFuchs-Regionalgruppe Chemnitz/Zwickau, Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 10 Uhr

#### SO ★ 24. MÄRZ

**Dinslaken:** Kranzniederlegung für die Opfer des Kapp-Putsches, DKP Wessel/Kleve, Parkfriedhof, Willy-Brandt-Straße 86, 11.30 Uhr

#### MO ★ 25. MÄRZ

**Online:** Webinar „Der Gaza-Krieg und seine geopolitischen Hintergründe“ mit Beiträgen von Norman Paech, Nadija Samour, Helga Baumgarten, Werner Ruf und Karin Kulow, Frieden links, Anmeldung nötig: [kurzelinks.de/gazageopolitisch](http://kurzelinks.de/gazageopolitisch), Zoom, 19 bis 21 Uhr

#### DI ★ 26. MÄRZ

**München:** „Braunes München. Neue Forschungen über NS-Täterschaft“ mit Thomas Schlemmer, Wolfgang Proske und Brigitte Zuber, NS-Dokumentationszentrum, Max-Mannheimer-Platz 1, 19 Uhr

**Wuppertal:** Buchvorstellung „Der junge Engels“ mit Autor Dirk Krüger, Tabea Becker (CommPress Verlag), Manfred Sohn (Vors. Marx-Engels-Stiftung) und Regina Stephan (DKP Wuppertal), Marx-Engels-Stiftung, Alte Feuerwache, Gathe 6, 19 Uhr

#### DO ★ 4. APRIL

**Göttingen:** „Jugend in der DDR – Wie war das damals?“ mit Egon Krenz und Hartmut König, SDAJ und Marx-Engels-Stiftung, Holbornsches Haus, Rote Straße 34, 19 Uhr

**Stuttgart:** Politischer Reisebericht aus Kuba von Reiner und Hilde, FG BRD-Kuba Stuttgart, Waldheim Gaisburg, Obere Neue Halde 1, 19 Uhr

#### SA ★ 6. APRIL

**Cottbus:** „Die Massenpsychologie des Faschismus und die Rolle der AfD“ mit Siegfried Kretzschmar, RotFuchs-Regionalgruppe Cottbus, Brandenburger Hof, Friedrich-Ebert-Straße 33, 10 Uhr

**Wuppertal:** Tagung „Faschismusgefahr und AfD“ mit Jörg Lang, Ekkehard Lieberam, Jürgen Lloyd und Ulrich Schneider, Marx-Engels-Stiftung, Infos und Hinweise zur Anmeldung: [kurzelinks.de/faschismusgefahr](http://kurzelinks.de/faschismusgefahr), Alte Feuerwache, Gathe 6, 11 bis 17.30 Uhr. Kostenbeitrag: 15 Euro

#### SO ★ 7. APRIL

**Online:** Vernetzungstreffen „Versammlungsfreiheit und Grundrechte verteidigen“, Grundrechte verteidigen, Anmeldung nötig bis 29. März: [info@grundrechtverteidigen.de](mailto:info@grundrechtverteidigen.de), 16.30 bis 18.30 Uhr

### leserbriefe@unsere-zeit.de

### Wer treibt zum Krieg?

Zu „Haltet ein!“; UZ-Blog vom 16. März

Wer den russischen Einmarsch vor zwei Jahren als grundlosen, rein brutalen Angriffs- und Eroberungsfeldzug des Despoten und Herrschenden Putin sieht und sich erklären lässt, der kann in der Tat kein Putin-Versteher sein. Aber warum versuchen wir eigentlich nicht, bewusst Putin-Versteher zu sein? Warum ist es negativ besetzt und verachtenswert, den vermeintlichen Gegner zu verstehen oder es zumindest zu versuchen?

Jeder Putin- und Russland-Versteher könnte wissen, wer wen bereits 1990 mit dem 2+4-Vertrag betrogen hat. (...) Putin und Russland kann noch besser verstehen, wer weiß, wer die ABM- und Abrüstungsverträge einseitig aufgekündigt hat und sich nun über Reaktionen wundert. Jeder Putin-Versteher weiß um Angebote und die ausgestreckte Hand Russlands in Reden und Auftritten Putins – auf der Münchner Sicherheitskonferenz bis hin zum deut-

schen Bundestag. Putin-Versteher könnten begreifen, dass deutsche Zukunft nicht im Krieg mit Russland oder China liegen kann, sondern Perspektiven in gegenseitigem Interesse friedlichen Handels haben kann. Russland und Putin verstehen heißt, die russische Geschichte verstehen, die Erfahrungen des russischen Volkes mit Aggressoren aus dem Westen. (...) Machtpolitische Veränderungen in der Welt, Machtverlust des Westens senden andere Signale, als sie bisher gen Russland verschossen werden. Zunehmend beantwortet der Westen die Frage danach selbst: Wer will den großen Krieg, wer provoziert ihn täglich, wer redet ihn rund um die Uhr herbei? Haltet ein!

Roland Winkler, Aue

### Bis es passt Zur Papst-Bildmeldung auf Seite 9, UZ vom 15. März

Bei öffentlichen Auftritten, besonders vor Wahlen, bekennen und präsentieren sich die gestandenen oder nach Mandaten strebenden Politikerinnen

und Politiker vorgeblich als glühende Verfechterinnen und Verfechter der Demokratie. Unermüdllich bekunden sie ihre unbedingte Achtung des Wählerwillens und ihre enge Verbundenheit mit den Bürgerinnen und Bürgern. Auch fühlen sie sich den christlich-liberalen Werten und ihrem Gewissen verpflichtet. Dem stehen Entscheidungen in Landesparlamenten und insbesondere im Bundestag entgegen, die dem Mehrheitswillen der Bevölkerung widersprechen. Unüberhörbar und kräftig wird weiter für Waffenlieferungen und Sanktionen die Kriegstrommel gerührt, auch wenn damit wesentlich die Lunte an das Pulverfass eines möglichen nuklearen Weltkrieges gelegt wird. Ohne Sinn und Verstand, getrieben vom Streben nach einer europäischen Vormachtstellung in EU und NATO, eifern Parteien und Politiker um die nunmehrige Taurus-Lieferung. Merz, Strack-Zimmermann und Co. wollen mit aller Macht den Kanzler politisch in die Knie zwingen und damit erneut eine Mauer friedenssichernder

Vernunft niederreißen. Obwohl die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger gegen die teuflische Taurus-Waffenlieferung ist, wird erneut im Bundestag darüber abgestimmt. Motto: „Bis es passt! Egal, wie das gemeine Volk darüber denkt!“

Da beweist der Papst einen erfreulich realistischen Blick auf die tatsächlichen Politik- und Machtverhältnisse und erkennt die Gefahren, diese zu ignorieren. Er steht der Umsetzung der Forderung „Frieden auf Erden“ wesentlich näher als viele Politiker von CDU/CSU, FDP und Grüne/Bündnis-90. Mögen die SPD, ihr Kanzler und auch der Verteidigungsminister dem Ruf des Volkes und den Worten aus dem Vatikan mit Taten folgen!

Raimon Brete, Chemnitz

### Christenverfolgung

Zu „Jagd auf die falsche Lehre“; UZ vom 23. Februar

Ist es eigentlich Christenverfolgung, wenn ich gegen Söder und die bayrische Politik bin?

Ursula Vogt, Regensburg

### Impressum

UZ – unsere zeit | Sozialistische Wochenzeitung | Zeitung der DKP  
Herausgeber: Parteivorstand der DKP | Erscheint wöchentlich | ISSN 0943-4216

#### Redaktion:

Wera Richter – Chefredakteurin, V.i.S.d.P. ([wr@unsere-zeit.de](mailto:wr@unsere-zeit.de)) | Björn Blach ([bb@unsere-zeit.de](mailto:bb@unsere-zeit.de)) | Vincent Cziesla ([vc@unsere-zeit.de](mailto:vc@unsere-zeit.de)) | Melina Deymann ([md@unsere-zeit.de](mailto:md@unsere-zeit.de)) | Lars Mörking ([lm@unsere-zeit.de](mailto:lm@unsere-zeit.de)) | Valentin Zill ([vz@unsere-zeit.de](mailto:vz@unsere-zeit.de))  
Tel.: 0201 177889-90 | E-Mail: [redaktion@unsere-zeit.de](mailto:redaktion@unsere-zeit.de)

**Aboservice:** Carol Schröder ([abo@unsere-zeit.de](mailto:abo@unsere-zeit.de), Tel.: 0201 177889-15)

#### Anzeigenservice:

Tabea Becker ([anzeigen@unsere-zeit.de](mailto:anzeigen@unsere-zeit.de), Tel.: 0201 177889-20)  
Ben Richter ([info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de), Tel.: 0201 177889-54)  
**Anzeigenschluss:** Jeweils Montag, 12.00 Uhr

**Verlag:** CommPress Verlag GmbH | **Druck:** Union Druckerei Berlin GmbH  
**Geschäftsführer:** August Ballin ([vertrieb@unsere-zeit.de](mailto:vertrieb@unsere-zeit.de), Tel.: 0911 8019991)  
Klaus Leger ([verlag@unsere-zeit.de](mailto:verlag@unsere-zeit.de), Tel.: 0201 177889-16)

**Anschrift Redaktion und Verlag:** Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

**Bankverbindung:** Postbank Köln, BIC: PBNKDEFF | IBAN: DE34 3701 0050 0417 0995 07

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

**Internet:** [www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de) | [facebook.com/UnsereZeit.UZ](https://facebook.com/UnsereZeit.UZ) | [@unserezeit@mastodon.social](https://twitter.com/UnsereZeit_UZ)

#### Spendenkonto DKP-Parteivorstand

GLS-Bank | BIC: GENODEM1GLS | IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01



Jetzt 6 Wochen kostenlos testen



Ich möchte gerne:

Die UZ sechs Wochen gratis probelernen.

Print  Online  Print & Online

Der Bezug endet automatisch

Weitere Informationen über die DKP

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail



# Doof bleibt doof

Strack-Zimmermann zieht in den Wahlkampf

Weil die Politiker und -innen anscheinend nicht mehr so richtig wissen, wie sie sich gegenüber dem Volk zu präsentieren haben, werden Werbeagenturen damit beauftragt, die Herrschaften ins rechte Licht zu rücken. Wenn man aber weder selbst Bildung hat noch bei der beauftragten Agentur welche vorhanden ist, dann geht so was schnell in die Hose.

So bei Zack-Rheinmetall, auch bekannt als Marie-Agnes Strack-Zimmermann: Sie beauftragte eine Werbeagentur namens HeimatTBWA zur Gestaltung ihres Wahlkampfauftritts als Spitzenkandidatin der FDP für

ihrer Kinder an den Krieg verliert und doch immer weiter an den Gewinn aus dem Krieg glaubt.“ Und weiter: „Sie lernt so wenig aus der Katastrophe wie das Versuchskarnickel über Biologie lernt.“ Die Kriegstreiberin will also die Kriegstenderin sein, nur eine Generation älter.

Bei Beispiel Nummer 2 kann man sich eigentlich nur noch auf den Boden schmeißen: Eine grimmig in die Kamera blickende Strack-Zimmermann hält mit beiden Händen den Mantelkragen hoch. Text: „Eurofighterin. Streitbar in Europa.“ Die weiteren Motive fallen dagegen fast



die EU-Wahlen. Heraus kamen ausgesprochen entlarvende Poster.

Nummer 1: Oma Courage. Strack-Zimmermann und die Werberinnen und Werber von HeimatTBWA erklären das so: „Es gebe da ja diesen Spruch, nach dem die Kandidatur fürs Europaparlament so eine Art Abstellgleis sei für Politiker. ‚Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa‘, so heißt dieser Spruch. So will Strack-Zimmermann, 66 Jahre, drei Enkel, weiße Turnschuhe, auf keinen Fall gesehen werden.“ Nun ist jemand, der das französische Wort Courage kennt, noch lange keine mutige Oma. Bertolt Brecht hat seine „Mutter Courage“ im gleichnamigen Stück so charakterisiert: „Eine Händlerin, kräftig und verschlagen, die eins ums andere

schon ab: Strack-Zimmermann findet Schweigen skrupellos und will lieber Politik für Menschen machen als für Gurken. Die Gurken wird es freuen.

Es scheint, als hätte Strack-Zimmermann bei der Auswahl der Werbeagentur ein gutes Händchen bewiesen. „HeimatTBWA – We Are The Disruption© Company“ posaunt diese von ihrer Webseite. „Menschen wollen nicht mehr über Marken belehrt werden, sondern sie erleben. Deshalb muss der Markenkern in der kompletten Experience aktiviert werden.“ Aktiviert ist der Markenkern Kriegstreiberin ja schon lange, jetzt muss er nur noch passend präsentiert werden. Auf die „Experience“ würde man gern verzichten.

Ursula Vogt



# „Schmerzhaftes Realität“

Die erste Ausgabe des Literaturmagazins „Berlin Review“ widmet sich Nahost

Es herrscht Kulturkampf und alle gehen hin. Nicht erst seit dem Angriff der Hamas vergangenen Oktober. Gecancelte wurde hierzulande schon lange vorher. Der den Verhältnissen taubstumm gegenüberstehende Empörungsbetrieb nach innen entspricht dem nach außen: Eine Bundesregierung erklärt mal wieder ihre Solidarität und die Adressaten sollten sich die Frage stellen, womit sie das verdient haben. Derweil sich der deutsche Imperialismus aufs Neue über einen peripheren Krieg freut und um profitable Beteiligung ringt, schieben die Aiwanger aller Bundestagsparteien die Ursache für Antisemitismus in Deutschland auf die zu Abfallprodukten des globalen Ausbeutungsgefüges gemachten Migranten. Schließlich weiß man es hierzulande ja am besten, hat man den Judenhass doch bis zur industriellen Massenvernichtung durchexerziert und ist demnach vom Fach.

In diese Situation hinein hat nun das deutsche Pendant zur „New York Review of Books“ seine erste Ausgabe veröffentlicht. Das online abrufbare Literaturmagazin „Berlin Review“ widmet sich darin schwerpunktmäßig Nahost.

Der Historiker Joseph Ben Prestel (FU Berlin) zeigt mit „Geboren in ‚Jaffa, Jordanien‘“ eine Genese des Umgangs mit der palästinensischen Befreiungsbewegung anhand der großen Diaspora in Westdeutschland. Eine Zäsur sieht Prestel im Olympia-Attentat von 1972 und sieht Analogien zu den Nachwehen des 7. Oktober vergangenen Jahres.

Über den deutschen Sonderweg schreiben die beiden Politikwissenschaftler Ivan Krastev (Bulgarien) und Stephen Holmes (USA). Anlass dazu waren Kontroversen um die Verleihung des Hannah-Arendt-Preises an Masha Gessen aufgrund von Parallelisierungen jüdischer Ghettos im deutschen Faschismus mit Gaza. „Die deutsche Debatte darüber“, heißt es im Aufsatz „Broken Contact“, „was über Israel gesagt werden kann und was nicht, eine Debatte, die nirgendwo sonst in diesem Ausmaß tobt, hat die Welt an die einzigartige Geschichte Deutschlands erinnert. (...) Die unfaire Anklage gegen Gessen kann als verständliche Folge der einzigartigen Geschichte Israels und Deutschlands aufgefasst werden. Sie ist aber auch eine vorsätzliche Weigerung, einer neuen und schmerzhaften Realität ins Auge zu sehen.“ Als Außenperspektive die Frage aufwerfend, wie nützlich Ferndiagnosen sind, nehmen die beiden Autoren in ihrem Fazit einen Teil als Ganzes und sehen in der AfD die größte Bedrohung für die bürgerliche Demokratie in Deutschland, finden in der Cancel Culture aber ein Symptom des Demokratieabbaus.

Der in Berlin lebende Dozent für Jüdische Studien im französischen



Mit dem Beitrag der palästinensischen Autorin Adania Shibli sorgte die erste Ausgabe von „Berlin Review“ für Aufsehen.

Lille, Elad Lapidot, zeichnet mit „Das Ende der gelben Zeit“ anhand der Essays des israelischen Schriftstellers David Grossman ein nüchternes Bild von der Friedensbewegung in Israel und ihrer Utopie: „Dem bestehenden jüdischen Staat, der die Besatzung missachtet, stellt Grossman die Vision eines alternativen jüdischen Staates entgegen, im Geiste des säkularen, humanistischen Zionismus – eine Vision, die allerdings weiterhin die Besatzung ausblendet.“ Gleichstellung sei erst möglich, so Grossmann, „wenn der ‚große‘ Konflikt irgendwann beigelegt“ sei.

Mit einem moralistischen Bodycount steigt der in Princeton lehrende französische Anthropologe Didier Fassin ein. Er verweist zwar korrekt auf die viel größeren Opferzahlen in vom Krieg überzogenen Ländern wie Irak im Vergleich zu den Toten, die die Invasoren verzeichnen. Realitätsfern wird es aber, wenn er zu skandalisieren sucht, dass Washington der Familie eines gefallenen US-Soldaten bis zu 500.000 Dollar überweist, den Hinterbliebenen eines vom Westen umgebrachten afghanischen oder irakischen Zivilisten nur 2.500 Dollar. Wäre es denn anders vorstellbar? Und wenn vorstellbar, wäre es denn anders besser?

Im menschenleeren Pazifismus verhaftet, kommt dann eben auch dessen Kehrseite zu Wort, wenn die ukrainische Autorin Yevgenia Belorusets in ihrer Reportage über eine Rückkehr nach Kiew und das Treffen mit einem

verwundeten orthodoxen Frontprieester („Kein Ende des Krieges“) so ehrlich-drucksend schreibt: „Ich spüre die Gefahr, dass der Krieg zu einem rechtmäßigen Zustand wird, mit dem man rechnen musste wie mit einem ordinären Geschehen. So hielt ich früher Kriegsgesetze für verbrecherisch, da sie Mord und Vernichtung auf eine bestimmte Weise legitimieren. Aber in diesen Kriegsmonaten beginne ich, meine Ansichten auf diese Gesetze zu gründen. Sie enthalten die Überreste von Vorkriegsvorstellungen über die Menschenrechte.“

Großes Aufsehen aber, klar, macht „Berlin Review“ durch den Beitrag von Adania Shibli. An die Israelin mit arabisch-palästinensischem Kontext sollte auf der letzten Frankfurter Buchmesse der Preis des Vereins Litprom gehen. Die Verleihung wurde verschoben, mit Shibli wurde ausgenommen unprofessionell umgesprungen. Dass Shibli hier zu Wort kommt, zeigt an, dass nicht mehr der „Tag danach“ ist und sich die bürgerliche Öffentlichkeit aktuell keinen Wettstreit der Übersprungshandlungen liefert. Skandalös ist Shiblis Essay „Als das Monster freundlich war“ keineswegs und kann mit jenem Einwortsatz beschrieben werden, mit dem es beginnt: „Gefühle.“

Ken Merten

Berlin Review ist zu lesen unter [blnreview.de](http://blnreview.de)

## »Ungeachtet der Schwierigkeiten und Entbehrungen wird unser Volk gewiss den Sieg davontragen.« Ho Chi Minh | #vietnam im uzshop.de

Am 13. März 1954 begannen die Vietminh den Angriff auf die französischen Kolonialtruppen in Dien Bien Phu, Indochina. Sie gewannen die „Schlacht, die einen Kolonialkrieg beendete“, am 8. Mai 1954. Ein gigantischer Beitrag zur Befreiung vom französischen Kolonialismus und zugleich ein Schritt im Widerstand gegen den US-Imperialismus.

**Helmut Kapfenberger: „Ho Chi Minh“**  
Vom Schiffsjungen zum Staatspräsidenten. Politische Biografie über das abenteuerliche Leben eines Mannes, der aber nie ein Abenteurer war. Verlag Wiljo Heinen, Tb, 574 Seiten, 58 Schwarz-Weiß-Fotos. 24,00 Euro

**Walter Heynowski/Gerhard Scheumann: „Piloten im Pyjama“**  
1967 reisten die DDR-Dokumentaristen Walter Heynowski und Gerhard Scheumann (H&S) in die Demokratische Republik Vietnam (DRV), um dort in Gefangenschaft geratene US-Piloten zu

interviewen. Der entstandene Film erregte weltweit Aufsehen. DVD, DEFA 1967/Absolut Medien, 294 Min./S/W, 4:3, Mono, Sprache: Deutsch, Englisch. 12,00 Euro

**Gerhard Feldbauer: „Vietnamkrieg“**  
Der Widerstandswille des vietnamesischen Volkes wurzelte in den Traditionen nationalen und anticolonialen Widerstandes, die der legendäre Ho Chi Minh zu mobilisieren verstand. Seine Bedeutung zeigte sich auch nach seinem Tod; als er 1969 verstarb, hinterließ er kein Vakuum, sondern eine kollektive politische Führung und eine Bevölkerung, in deren Mehr-

heit das Streben nach Unabhängigkeit tief verwurzelt war.

PapyRossa, Pocket, 127 Seiten. 12,00 Euro



**Helmut Kapfenberger: „Ho-Chi-Minh-Pfad“**  
Die Geschichte der legendären Nachschubstraße als das Meisterwerk Zehntausender. Verlag Wiljo Heinen, 2019, Tb, 500 Seiten. 22,00 Euro

**Stop The War: „Vietnam Through The Eyes Of Black America“**

Die Lieder spiegeln wider, wie schwarze Musiker sich mit dem Vietnamkrieg auseinandersetzen; wie sie Ängste, Hoff-

nungen, Einsichten und Warnungen mit ihrer Musik transportierten. William Bell, The Staple Singers, Chainmen Of The Board, Marvin Gaye, The Impressions u. a. Audio-CD, 23 Stücke. 15,95 Euro

**Hellmut Kapfenberger: „... unser Volk wird gewiss siegen.“**  
Die Geschichtsschreibung des dreißigjährigen Vietnamkrieges ist noch immer geprägt aus der Sicht „westlicher“ Historiker bzw. der herrschenden Klasse. Kapfenberger, als ADN-Korrespondent (DDR) in Vietnam, vermittelt ein Bild aus Verbundenheit mit dem antiimperialistischen, nationalen Befreiungskampf. Verlag Wijo Heinen, Klappenbroschur, 414 Seiten, Kartenanhang. 16,00 €

[uzshop.de](http://uzshop.de) | #vietnam